

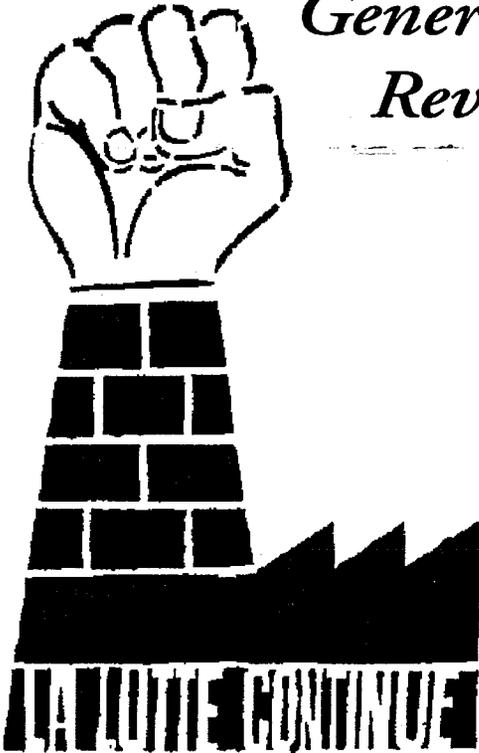
Clare Doyle

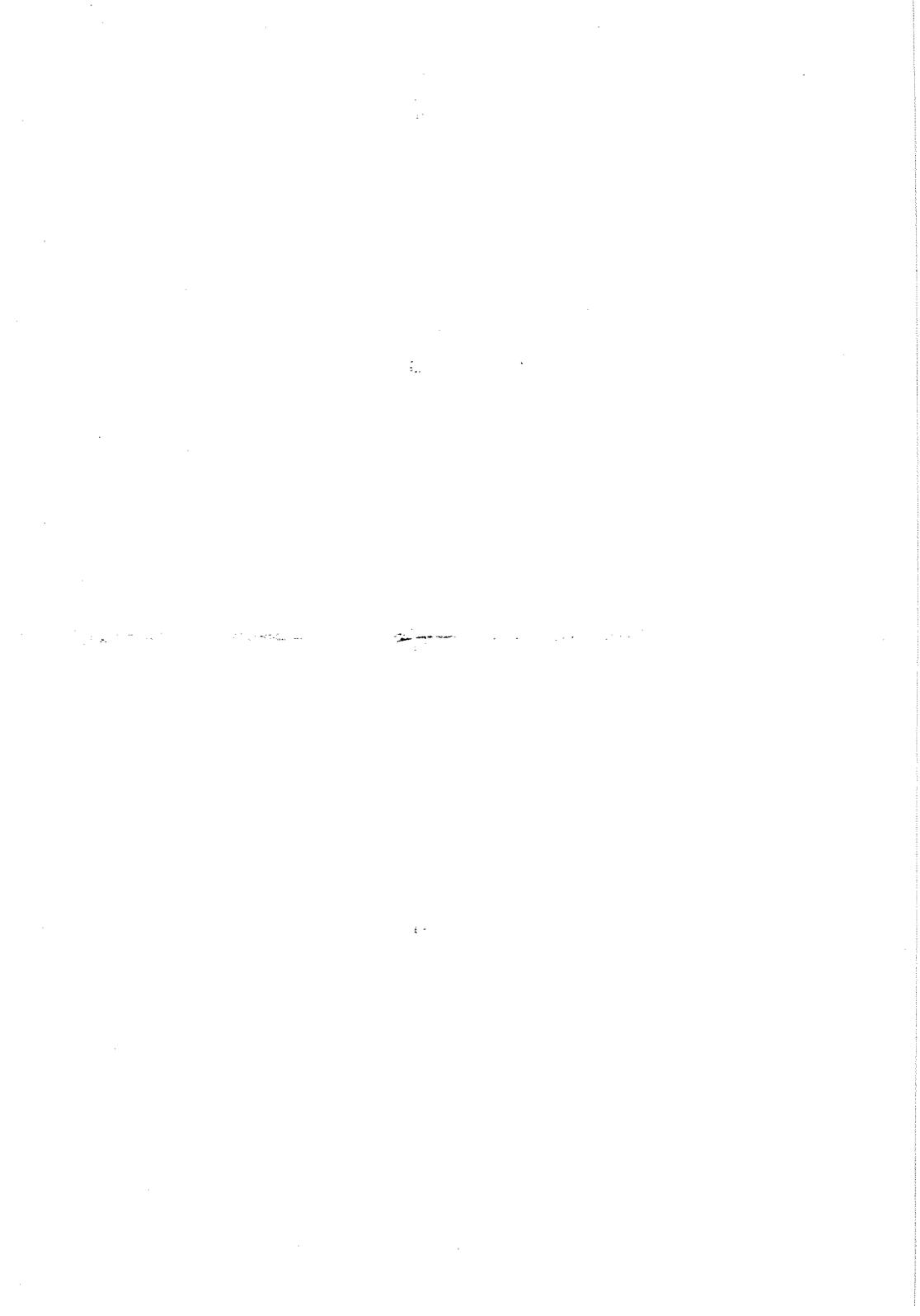
*Frankreich 1968:*

*Studentenrevolte*

*Generalstreik*

*Revolution*





Clare Doyle

Frankreich '68

*Studentenrevolte*

*Generalstreik*

*Revolution*

## Impressum

Herausgeber:

Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV  
Kaiserstr. 14/11 , 1070 Wien,  
Tel.: 0222/524 63 10, Fax 0222/524 63 11  
e-mail: sov@gmx.net  
Spendenkonto: PSK 8812.733

Sozialistischen Alternative - SAV,  
Hansaring 4, 50670 Köln,  
Tel. (02 21) 13 45 04, Fax (0221) 13 72 80,  
e-mail: SAVbund@aol.com  
Bankverbindung: Postbank Essen,  
BLZ 360 100 43, Konto 2500 59-430

ViSdP: Sascha Stanicic

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

## Inhalt:

Vorwort	Seite	5
Entstehung einer Revolution		11
Studierende auf der Straße		16
Boom auf Kosten der Arbeiterklasse		20
Sturmwolken am Horizont		29
Der Sturm bricht los		36
Das Gleichgewicht der Kräfte		42
Vier Bedingungen für eine Revolution		54
Der Wendepunkt		66
Die Lehren des Mai '68		76
Begriffserklärung		88
Selbstdarstellung		90
Weitere Broschüren		93

## **Über die Autorin:**

Clare Doyle besuchte Frankreich 1968 und ist seitdem durch viele Aufenthalte Kennerin der dortigen politischen Situation. Sie war langjähriges Mitglied der Redaktion des Militant. Seit einigen Jahren arbeitet sie für das Internationale Büro des Komitees für eine Arbeiter-internationale und ist derzeit Mitglied dessen Internationalen Sekretariats. Clare Doyle ist Autorin verschiedener Bücher und Broschüren über die internationale ArbeiterInnenbewegung.

## **Vielen Dank**

für Übersetzung, technische Bearbeitung und Lay-Out an: Martin Birkner, Anton Dannat, Harald Mahrer, Kristian Lehle, Kim Opgenoorth, Sascha Stanicic

## **Anmerkung**

Um uns vom gewöhnlich männlich dominiertem Sprachgebrauch abzusetzen, benutzen wir in der gesamten Übersetzung die Schreibweise mit dem großen I (statt Arbeiter und Arbeiterinnen schreiben wir kurz ArbeiterInnen, statt jede und jeder, jedEr).



## Vorwort

Vor 30 Jahren schlug die ArbeiterInnenklasse Frankreichs den Weg einer sozialistischen Revolution ein. Im Unterschied zu Deutschland sprang der Funke der Studierendenbewegung auf die Arbeiterinnen und Arbeiter über. Es kam zur größten Streikbewegung in der französischen Geschichte. 10 Millionen ArbeiterInnen legten die Arbeit nieder.

Frankreich 68 ist ein Beispiel für Klassenkämpfe während eines wirtschaftlichen Aufschwungs. Es zeigt auch, welche Dynamik Bewegungen annehmen können, wenn die ArbeiterInnenbewegung erst einmal ihre eigene Stärke spürt. Frauen, Männer, Jugendliche, RentnerInnen, AusländerInnen diskutierten in jenem Mai über eine vollkommen andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und entwickelten Ideen, wie das Leben frei und solidarisch organisiert werden kann. Die alten Machthaber sahen ihr Ende nahen. Für einige Tage lag die Macht auf der Straße.

Auch in den 90er Jahren steht die französische ArbeiterInnenklasse an der Spitze der Bewegungen in Europa. Die generalstreikähnliche Situation im November/Dezember 1995 wurde von ArbeitnehmerInnen in ganz Europa verfolgt - „französische Verhältnisse“ werden von ArbeiterInnen in Deutschland und anderen Ländern gefordert und herbeigesehnt. Es gab die größten Demonstrationen in der Geschichte Frankreichs. Die Mobilisierungen auf der Straße waren größer als beim Generalstreik 1936 oder im Mai 1968.

In Paris standen Metro und Busse still, kilometerlange Staus legten alles lahm. Air France-ArbeiterInnen besetzten Landebahnen und verhinderten Landung und Abflug. Ein Großteil der Postverteilzentren und Telekom-Depots schlossen sich dem Streik an. Genauso die KrankenpflegerInnen, Beschäftigten der Gas- und Elektrizitätswerke und die ProfessorInnen. Solidaritätsstreiks und Unterstützung auf den Demonstrationen und gab es von ArbeiterInnen der Automobilindustrie, der Stromversorgung, Kernkraftwerke, von HafendarbeiterInnen, TaxifahrerInnen, LehrerInnen und GymnasiastInnen. Das Gefühl zusammenzugehören überwältigte alle. „Tous ensemble à gagner“ - „Alle gemeinsam voran zum Sieg“ wurde zum Schlachtruf der Bewegung. Die Demonstrationen wurden von Woche zu Woche mächtiger. Die 2 Millionen - Grenze wurde nach Provokationen von Juppe überschritten. In manchen Städten in der Provinz demonstrierten mehr als ein Viertel der Bevölkerung.

Viele AktivistInnen waren sehr mißtrauisch gegenüber der Gewerkschaftsführung. Es gab in vielen Betrieben täglich Vollversammlungen, die über den weiteren Verlauf der Streiks berieten. Unabhängige Netzwerke und Basiskomitees wurden aufgebaut. Dies waren Elemente von ArbeiterInnenkontrolle und Selbstorganisation, die

jedoch das Niveau von 1968 nicht erreichten. In den Gewerkschaften fand eine Politisierung statt. Durch die Gewerkschaft CFDT geht ein Riß: die Führung unterstützte den Plan Juppé, ein linker Flügel mit dem Namen „CFDT en lutte“ (CFDT im Kampf) gewinnt Unterstützung. AktivistInnen versuchen auf einer kritischen Basis die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zu überkommen.

Auch wenn die Gewerkschaftsführungen die Kontrolle über die Bewegung niemals völlig verloren hatten, so hatten sie doch große Mühe den Streik wieder abzubauen. Letztlich dauerte es eine Woche, bis alle streikenden ArbeiterInnen wieder an ihre Arbeit zurückgekehrt waren.

Doch weshalb konnte diese machtvolle Bewegung im Herbst und Winter 1995 den Plan Juppé nicht stoppen und die Regierung stürzen? Warum wurde nicht, wie 1968, die Frage bewußt gestellt: wer soll die Macht im Lande haben - die Kapitalisten oder die ArbeitnehmerInnen?

Ein Grund war sicherlich, daß sich 1995 nur der öffentliche Dienst im Vollstreik befand. Die Belegschaften der Privatindustrie beteiligten sich zwar an Demonstrationen, sind aber nicht selber in den Ausstand getreten. Die Angst vor Repressionen saß tief. Die Gewerkschaften hatten darauf verzichtet einen Aufruf an die Beschäftigten der Privatindustrie zu richten.

Entscheidend war aber, daß die streikenden KollegInnen 1995 keine Vorstellung einer gesellschaftlichen Alternative hatten. Sie kämpften gegen die Sozialkürzungen, die mit dem Plan Juppé durchgesetzt werden sollten, sie kämpften gegen die Auswirkungen der Marktwirtschaft, aber nicht gegen die Marktwirtschaft selber. Durch die jahrzehntelange Diskreditierung des Sozialismus durch die stalinistischen Diktaturen in der Sowjetunion, der DDR, China und den anderen angeblich sozialistischen Staaten und deren Zusammenbruch 1989/90 ist die Möglichkeit einer anderen, einer besseren und gerechteren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus dem Massenbewußtsein der ArbeiterInnenklasse vorübergehend verbannt worden. Deshalb blieben die Forderungen der Streikbewegung gegen den Plan Juppé gerichtet und forderten nicht einmal eine neue Regierung.

1968 wurde nicht nur die Frage einer neuen Regierung, sondern einer neuen Republik, einer ArbeiterInnen-demokratie, diskutiert. Damals stellte die Kommunistische Partei 1968 die Forderung nach Neuwahlen auf, um von der Möglichkeit einer sozialistischen Revolution abzulenken. 1995 stellten die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei nicht einmal die Forderung nach Neuwahlen auf. Beide Parteien stehen voll und ganz auf dem Boden der Marktwirtschaft und wollten gar nicht von einer Massenbewegung an die Regierung gespült werden, denn sie hätten unter dem Druck der kapitalistischen Verhältnisse eine Politik des Sozialabbaus betrieben - wie sie es dann auch nach der Bildung der sogenannten „Links“regierung 1997 taten.

Aber auch die Kräfte links von der KPF, wie Lutte Ouvrier (Arbeiterkampf) oder LCR (Revolutionär-Kommunistischer Bund, Nachfolger der von Clare Doyle oft erwähnten PCI) stellten in der 95er Bewegung kein klares Programm für Arbeitermacht auf.

Nach der Niederlage der 68er Bewegung, den enttäuschten Hoffnungen in die erste "sozialistische" Regierung 1980 unter Mitterrand, die statt Reformen, einen kapitalistischen Kurs einschlug, der Schwächung der Gewerkschaften, der Restauration des Kapitalismus in den ehemals stalinistischen Staaten, die eine Demoralisierung der Linken und eine ideologische Offensive der Kapitalisten weltweit zur Folge hatte, ist die französische Arbeiterklasse wieder auf dem Vormarsch. Seit 1993 gab es einen Prozeß der Remobilisierung der Arbeiterklasse, der der großen Bewegung des Winters 1995 vorausging: die Streiks der Air-France-Beschäftigten 1993, große Demonstrationen zur Verteidigung der staatlichen und öffentlichen Bildung im Januar 1994, gefolgt von den Kämpfen der Jugend gegen die Einführung von Billiglöhnen und Streikwellen verschiedener Bereiche im Winter 1994 und Frühling 1995.

Der Juppé- Regierung wurde 1997 die Quittung erteilt. Sie wurde abgewählt. Das war eine Folge der Massenbewegung vom Herbst/Winter 1995, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung. Seit den Kommunalwahlen 1998 und den Massenprotesten gegen die Zusammenarbeit mit der rechtsextremen FN droht das bürgerliche Lager vollkommen auseinanderzubrechen. Aber auch die neue "Links"regierung wurde vom ersten Tag an durch ArbeiterInnen, Erwerbslosen und der großen Bewegung der "sans papiers" ("ohne Papiere") unter Druck gesetzt. Ein Stimmenzuwachs links von den Regierungsparteien ist erkennbar. Schon bei der Präsidentschaftswahl 1995 erhielt die Kandidatin der Gruppe Lutte Ouvrier (Arbeiterkampf), Arlette Laguiller, 5,6 Prozent der Stimmen. Bei den letzten Kommunalwahlen bekamen die trotzkistischen Parteien und Organisationen landesweit 4,3% der Stimmen, obwohl sie nur in zwei Drittel der Wahlkreise KandidatInnen aufstellen konnten. Bei den unter 25-jährigen kamen diese Parteien sogar auf 8%.

Auch heute gibt es eine Internationalisierung, wie sie 1968 zu sehen war (der Prager Frühling, die deutsche Studierendenbewegung, die Anti-Vietnambewegung in den USA, die Streikwelle in Italien 1969). Die französischen Klassenkämpfe haben eine Ausstrahlung und finden Nachahmer in ganz Europa. 1997 gab es den ersten internationalen Streik bei Renault gegen die Schließung des belgischen Werkes in Vilvoorde, an dem sich ArbeiterInnen in den Werken in Belgien, Frankreich, Spanien und Slowenien beteiligten.

30 Jahre nach der revolutionären Bewegung im Mai 1968 und zehn Jahre nach seiner Erstveröffentlichung legen wir hiermit Clare Doyles Buch „1968: month of revolution, lessons of the general strike“ in deutscher Sprache vor. Auch heute 1998

müssen wir die Frage untersuchen, die die Autorin 1988 gestellt hat:

„Kann eine ähnliche Situation heutzutage wieder passieren? In welchen Ländern? In jedem anderen Land?“ Clare Doyle, Mitglied der internationalen Führung des Komitee für eine Arbeiterinternationale, hat dieses Buch 1988 geschrieben. Sie hat Frankreich 1968 und viele Male später besucht. Ihr Buch ist eine lebendige Darstellung der Maiereignisse und eine marxistische Analyse vom Aufstieg und Fall der revolutionären Bewegung.

Zum damaligen Zeitpunkt gingen die MarxistInnen um die britische Zeitung *Militant* und ihre MitstreiterInnen in anderen Teilen der Welt davon aus, daß der Weg zur Schaffung neuer, revolutionärer, sozialistischer Parteien in den meisten Ländern, vor allem Europas, durch die bestehenden sozialdemokratischen und (im Fall von Frankreich und Italien) stalinistischen traditionellen Massenparteien der Arbeiterklasse gehen würde.

Die Sozialdemokratie hatte zwar schon 1914 durch ihre Zustimmung zum Ersten Weltkrieg dem Sozialismus den Rücken gekehrt und die „kommunistischen“ Parteien waren seit der Stalinisierung der Sowjetunion nur noch der verlängerte Arm der Herrschenden in Moskau und kein Instrument mehr zum Kampf für den Sozialismus, aber in den Augen der Massen besaßen sie eine große Autorität.

Sie verbanden diese Parteien trotz allem mit der Hoffnung um den Kampf für Verbesserungen im Alltagsleben, wie auch eine gerechtere, sozialere Welt. Vor allen Dingen vor der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er wurde die Politik dieser Parteien mit Reformen verbunden. Und es war auch in der Realität so, daß Massen von ArbeiterInnen in den 70er Jahren in diese Parteien eintraten und versuchten sie in ihrem Sinne umzuwandeln. In Frankreich wurde nach 1968 die Sozialistische Partei neu gegründet, die zeitweise links von der KPF stand, in Großbritannien entwickelte sich ein starker linksreformistischer Flügel in der Labour Party, in Deutschland traten zehntausende in die SPD ein, in Griechenland entstand mit der PASOK eine neue linksreformistische Partei. Die MarxistInnen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale arbeiteten deshalb in den traditionellen Massenparteien der ArbeiterInnenklasse und verbanden diese Arbeit mit der Perspektive der Herausbildung von starken linken Massenflügeln in diesen Parteien als Folge von größeren Klassenauseinandersetzungen. 1988 geschrieben, enthält das vorliegende Buch diese Perspektive für die Kommunistische Partei Frankreichs.

Heute, 30 Jahre nach dem Mai 68 und zehn Jahre nach Erstellung des Buches haben weitreichende Veränderungen in den traditionellen ArbeiterInnenparteien stattgefunden, die das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale dazu veranlaßt haben, die Perspektiven für diese Parteien zu revidieren und die Arbeit in diesen Parteien aufzugeben.

Die Krise des Kapitalismus verschärft sich, die ökonomische Lage ist zugespitzter,

es gibt keinen Spielraum mehr für Reformen. Börsenkräche erschüttern die Finanzmärkte, Massenarbeitslosigkeit ist, unabhängig vom wirtschaftlichen Konjunkturzyklus, zum Dauerzustand geworden.

In den ehemaligen Arbeiterparteien hat ein Rechtsruck stattgefunden, der eine vollständige Kapitulation vor der Marktwirtschaft bedeutet. Aus reformistischen Parteien sind konterreformistische Parteien geworden. Sie vertreten auch in Worten keine sozialistische Politik mehr. Die linken Flügel in diesen Parteien sind zusammengebrochen. Es findet ein deutlicher Mitgliederrückgang statt. Sie werden von großen Teilen der Arbeiterklasse nicht mehr als ihre Partei gesehen, sondern als Teil des bürgerlichen Establishments. Auch wenn sie mit großen Mehrheiten, wie im Falle Tony Blairs, an die Regierung gewählt werden, geht dies nicht mehr mit Begeisterung für ihre Politik und dem Eintritt von ArbeiterInnen und Jugendlichen in diese Parteien einher. Die traditionellen sozialdemokratischen Parteien verbürgerlichen und werden zu „ganz normalen“ kapitalistischen Parteien. Die stalinistischen, „kommunistischen“ Parteien wie die KPF haben ebenfalls vor der Marktwirtschaft kapituliert, wenn sie auch in Worten weiterhin links von der Sozialdemokratie stehen. Durch den Zusammenbruch des Stalinismus sind sie aber in den Augen der breiten Mehrheit der ArbeiterInnenklasse und der Jugend unglaubwürdig. Ihre Beteiligung an Sozialabbau, wie im Falle Frankreichs, wird ihre Unterstützung weiter untergraben. Dort setzt die Regierung Jospin unter Beteiligung der Kommunistischen Partei Frankreichs eine arbeitnehmerfeindliche Politik um: sie hat den Plan Juppé nicht zurückgenommen, sie hat der Schließung des Renault Werks in Vilvoorde zugestimmt, sie hat die Amsterdamer Verträge unterschrieben und der Einführung des EURO zugestimmt, sie hat Air France und die Telekom privatisiert und ihr Gesetz zu 35-Stunden-Woche dient in Wirklichkeit mehr den Unternehmern, denn es ist mit weitreichender Flexibilisierung verbunden.

Die einzig mögliche Schlußfolgerung daraus ist: der Aufbau von neuen sozialistischen ArbeiterInnenparteien ist notwendig. Deshalb haben die Sektionen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale in vielen Ländern unabhängige Organisationen und Parteien ins Leben gerufen, sich an Wahlen beteiligt und den ersten Schritt zum Aufbau von solchen ArbeiterInnenparteien unternommen.

1968 hatte die stalinistische KP Masseneinfluß und nutzte diesen um die Bewegung zum Ende zu bringen. Von Moskau geleitet hatte sie kein Interesse an einer lebendigen ArbeiterInnendemokratie. Die diktatorischen Verhältnisse in der Sowjetunion und den anderen stalinistischen Staaten wären sofort von den ArbeiterInnen dort in Frage gestellt worden, wie es dann ja auch in der Tschechoslowakei geschah. Eine politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratien wäre die Folge gewesen. Die verräterische Politik der KP brach der Bewegung 1968 das Genick.

Die ehemaligen "sozialistischen" und "kommunistischen" Arbeiterparteien haben

dem Sozialismus den Rücken zugewendet und sich vollends der Marktwirtschaft angepaßt. Aber das bedeutet nicht, daß der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft vorbei wäre. Der gescheiterte Versuch des real existierenden Stalinismus zeigt vor allem eins: daß eine Planwirtschaft demokratisch organisiert sein muß, damit sie die Gesellschaft entwickeln kann. Sonst erstickt sie die wichtigste Trägerin für eine sozialistische Gesellschaft: die Motivation und die Eigeninitiative der Menschen. Nur eine sozialistische Rätedemokratie kann auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen, indem alle an den Entscheidungen in der Produktion, in der Verwaltung und im sozialem Bereich beteiligt sind. Gerade die besetzten Betriebe im Mai 1968 zeigten, wieviel Schaffenskraft und Kreativität entstehen kann, wenn die ArbeiterInnen ihre Belange selbst in die Hand nehmen.

Der Sozialismus wird wieder Massenanhang finden. Der real existierende Kapitalismus jedenfalls gibt momentan sein Bestes, die Ideen des Sozialismus populär zu machen.

Millionen Menschen werden bei der Suche nach einem Ausweg auf diese Ideen gestoßen werden. Die neuen Entwicklungen in Frankreich und anderen Ländern bereiten große soziale Explosionen vor. Die Machtfrage wird in zukünftigen Bewegungen gestellt werden. Die Aufgabe von SozialistInnen heute ist es, sich auf die zukünftigen Kämpfe einzustellen, vorzubereiten und den Grundstein zu legen für den Aufbau von Arbeitermassenparteien, die in der Lage sind revolutionäre Erhebungen zum Erfolg zu führen. Die Lehren aus dem revolutionären Mai 1968 in Frankreich sind dafür unabdingbar.

*Köln, Mai 1998*

*Kim Opgenoorth,  
Sascha Stanicic*

# Frankreich 1968: *Studentenrevolte* *Generalstreik* *Revolution*

## Entstehung einer Revolution

Die politischen Geschehnisse des „Mai 68“ in Frankreich stellten den größten Generalstreik der französischen Geschichte dar. Selbst in den entferntesten Winkeln der Erde waren die Auswirkungen dieses politischen Vulkanausbruchs zu spüren. Am Höhepunkt der Streikbewegung befanden sich rund zehn Millionen ArbeiterInnen im Ausstand. Sie besetzten Fabriken, hißten rote Fahnen und gründeten Komitees; sie sangen die „Internationale“, und diskutierten darüber, wie sie ihr Leben zukünftig selbstverwaltet und demokratisch organisieren werden. Alle Schichten der Gesellschaft wurden von dieser gigantischen Welle mitgerissen, die in Richtung einer neuen Gesellschaft flutete - ein Bruch mit der Vergangenheit und ein Aufblühen der Menschlichkeit. Nur wenige sahen das Herannahen dieser Massenbewegung, Millionen aber spürten ihre Auswirkungen, und die herrschenden Klassen auf der ganzen Welt zitterten vor den möglichen Konsequenzen.

Die plötzliche Eskalation der Klassenkämpfe in Frankreich kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der Weltkapitalismus war gerade in euphorischer Stimmung angesichts des anhaltenden Nachkriegsaufschwunges, den viele KommentatorInnen für endlos hielten. Sogar selbsternannte „MarxistInnen“ gestanden dem Kapitalismus zu, einen Weg gefunden zu haben, um seine Krisen zu meistern. Frankreichs sogenannter „verchromter“ Aufschwung, begann mit der Machtübernahme von General Charles De Gaulle im Jahre 1958. 1968 betrug das Wirtschaftswachstum satte 5 Prozent, und französische Produkte fanden verstärkt Absatz auf dem Weltmarkt. „Alles war zum Besten in der besten aller Welten“, wie Voltaires Figur Pangloss gerne glaubte.

Keiner der Grundwidersprüche einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung war jedoch wirklich gelöst worden. Im Gegenteil: Sie spitzten sich sogar noch zu und führten unweigerlich zum Ausbruch neuer Klassenkämpfe. Genau wie es zwanzig Jahre später nur die MarxistInnen um die Zeitung „Militant“ herum waren, die den Börsenkrach des Jahres 1987 und die folgenden Erschütterungen voraussahen, verstanden auch nur sie die Entwicklungen des Jahres 1968. Sie bestanden hartnäckig darauf, daß explosive Veränderungen kommen würden und daß die sozialistische Revolution in Europa machtvoll wiederauferstehen würde.

Die „Kommunistische“ Partei in Frankreich vertrat weiterhin die schon vor dem

2. Weltkrieg vom Führer Maurice Thorez vertretene Linie, wonach in Frankreich eine Revolution unmöglich wäre, solange der Lebensstandard in der Sowjetunion niedriger als in Westeuropa sei! Die falsche Perspektive auch anderer sogenannter „MarxistInnen“ zeigt sich typisch durch folgendes Zitat aus einem Artikel des französischen Theoretikers André Gorz, in der Januarausgabe 1968 des „Socialist Register“: *„In absehbarer Zukunft wird der Kapitalismus keine Krisen hervorbringen, die es notwendig machen, die arbeitenden Massen in einen revolutionären Generalstreik zu führen“.*

Die PCI (Internationale Kommunistische Partei), deren Jugendorganisation JCR bereits intensiv in die französischen StudentInnenproteste intervenierte, folgte ebenfalls dieser falschen Analyse. Sich auf die Ideen Leo Trotzki's berufend, hatte sich die PCI real längst von ihnen getrennt. Auf einer Versammlung der PCI in London, nur Wochen vor dem Ausbruch des Generalstreiks sprachen sie noch davon, daß solche Entwicklungen in den nächsten 20 Jahren nicht realistisch seien! Darüberhinaus erklärten sie, daß die ArbeiterInnen in den Metropolen „in die Defensive gedrängt“, ja „besiegt“ worden wären! Sie haben der europäischen ArbeiterInnenklasse den Rücken zugekehrt, und suchen überall anders nach ihrer „Revolution“. Sie konzentrierten sich auf Arbeit im studentischen Bereich und sangen Loblieder auf die FührerInnen der antikolonialen Revolutionen in Kuba, Algerien und Vietnam (welche sie analog zur Russischen Oktoberrevolution von 1917 sahen), die sich an den Stalinismus anlehnten.

Der volle Umfang des revolutionären Aufschwunges in Frankreich überraschte sogar jene, welche politische Bewegungen der ArbeiterInnenklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern erwarteten. Er blickte zurück auf die revolutionäre Vergangenheit Frankreichs, gab aber auch einen Vorgeschmack auf zukünftige revolutionäre Bewegungen - nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa und sogar der ganzen Welt.

Es war nicht nur „Militant“, die im Mai und Juni 1968 die Entstehung einer neuen französischen Revolution erkannte. Der französische General Beaufre erklärte: „Die Zeiten, in denen wir leben, sind ohne Zweifel die der Geburt einer Revolution, bei der man die genauen Abläufe nicht vorhersagen kann“.

Wie immer kamen die seriösen StrategInnen des Kapitals zur selben Schlußfolgerung wie die MarxistInnen, nur vom entgegengesetzten Standpunkt aus. Die „Financial Times“ vom 22. Mai 1968, beschreibt die Panik der internationalen Bourgeoisie aufgrund dieser Aussichten wie folgt:

„Als Louis Phillippe nach dem Aufstand 1848 entmachtete wurde, und nach England flüchtete, folgten überall in Europa Revolutionen. Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien und Spanien haben heute genug Schwierigkeiten, auch ohne daß die „Mutter aller Revolutionen“ mit „gutem Beispiel“ vorangeht.“

Der Londoner „Evening Standard“ erklärte am 29. Mai: „Die momentane Situation kann kurz und bündig zusammengefaßt werden: Eine revolutionäre Situation nahezu wie aus dem Lehrbuch.“ Und „The Economist“ zog am 1. Juni dieselbe Schlussfolgerung, obwohl er noch eine Woche zuvor erklärt hatte, Frankreich wäre kein revolutionäres Land!

Kaum hatte sich der revolutionäre Sturm gelegt und die KommentatorInnen hatten ihr Gleichgewicht wiedergefunden, wurden auch die journalistischen Töne wieder vertrauter. Die „Maiereignisse“ waren plötzlich „außergewöhnlich“, „Verirrungen“, eine „Episode“ - unvergeßlich, aber trotzdem nur eine „Episode“. Sie bestanden darauf, daß die „französische Gesellschaft“ niemals wirklich bedroht gewesen sei. Aber so eine mächtige Bewegung kann nicht für begraben erklärt werden; auch 20 Jahre später bleiben Fragen offen: Kann eine ähnliche Situation heutzutage wieder passieren? In welchen Ländern? In jedem anderen Land?

Ein Generalstreik in den Ausmaßen von 1968 war und ist nicht nur für die französische herrschende Klasse ein Alptraum, sondern für die gesamte europäische, ja internationale Bourgeoisie. Mit dem Herannahen einer Weltrezession heute, geht das Gespenst von 68 mehr um als jemals zuvor.

Bis 1968 gab es den langanhaltenden Nachkriegsaufschwung. Dieser hatte für die ArbeiterInnen eine Atempause bedeutet. Die Wunden von vergangenen Niederlagen und Enttäuschungen waren verheilt. Die Organisationen der ArbeiterInnen wuchsen zahlen- und kräftemäßig. Die UnternehmerInnen, verwöhnt von Riesenprofiten, schienen leichter bereit zu sein Forderungen der ArbeiterInnenschaft einzuwilligen. Die Verhältnisse zwischen den Klassen wurden anscheinend enthärtet. In diesem Klima konnten die Ideen des Reformismus Boden gewinnen: Die Illusion, daß der Kapitalismus die Bedürfnisse der ArbeiterInnen Schritt für Schritt befriedigen könne, brachte die FührerInnen der ArbeiterInnenorganisationen dazu der Idee, daß der Sozialismus eine Notwendigkeit ist, den Rücken zu kehren.

Die Analyse der sogenannten trotzkistischen TheoretikerInnen war die andere Seite der selben Medaille. Sie, und viele andere AkademikerInnen, entdeckten ein weiteres Phänomen, daß die ArbeiterInnen angeblich davon abhielt sich in Richtung Sozialismus zu bewegen - die Existenz des „starken Staates“. In Frankreich manifestierte sich dieser „starke Staat“ in der Person Charles De Gaulles'. Er kam 1958 - während einer schweren Wirtschaftskrise - als „Retter der Nation“ an die Macht, und setzte sogleich alles daran, den Befreiungskrieg des algerischen Volkes gegen Frankreich zu beenden.

### **Ein starker Staat?**

Schon Engels, Marxens Mitarbeiter, erklärte, wie - auf bestimmten Stufen der kapitalistischen Entwicklung - sich der Staat über die Gesellschaft aufschwingen

könne, relativ unabhängig von den (entgegengesetzten) Interessen sowohl von Arbeit als auch von Kapital. Trotz dem scheinbaren Gleichgewicht der Klassenkräfte widerspiegelt der Staat immer die Interessen der ökonomisch herrschenden Klasse; im Falle De Gaulles, die Interessen der französischen KapitalistInnen.

De Gaulle behauptete von sich selbst, einen sogenannten „Dritten Weg“ zu repräsentieren - „zwischen Kapitalismus und Kommunismus“; nichts dergleichen tat er tatsächlich! Er rettete Frankreich für den Kapitalismus, aber um das zu machen mußte er sich auf andere Klassen in der Gesellschaft stützen. Er mußte sogar Maßnahmen ergreifen, die für Teile der KapitalistInnen und KleinunternehmerInnen unangenehm waren, welche großteils erbittert gegen die Preisgabe der französischen Kolonie in Algerien opponierten. Er führte auch die Staatsintervention in die zügellose kapitalistische Wirtschaft ein, die bisher Großkapitalisten übervorteilte, Kleinunternehmer jedoch ökonomisch ausquetschte.

Die Freiheit der Medien wurde ebenfalls beschnitten, die Zensur wiedereingeführt, zum Teil wurde das Recht der Medien zu debattieren und zu kritisieren eingeschränkt.

Eine besondere Form von autoritärer Personenherrschaft bildete sich heraus. De Gaulle erklärte bereits bei seiner Antrittsrede: „Ich gehöre zu allen, und alle gehören zu mir“. Er mißachtete zunehmend die Beschlüsse des Parlaments, und ging dazu über, per Dekret zu regieren, begleitet von sogenannten Plebisziten - Abstimmungen „des Volkes“.

In Ermangelung eines starken Rückhalts in der Bevölkerung ist ein bonarpartistischer Staat stets auf seine bewaffneten Kräfte angewiesen. De Gaulles Bonarpartismus war - verglichen mit den unverhüllten Polizeidiktaturen, die in vielen Teilen der Welt existierten - ein, wenn auch radikal eingeschränkter, parlamentarischer. Nichtsdestoweniger war es ein brutales Regime, deren oberstes Prinzip das des „zuerst zuschlagen, dann überlegen“ war. Nur funktionierte dieses Prinzip nicht gegen die aufgebrachte StudentInnenschaft, ebensowenig wie gegen die neue Generation in der französischen ArbeiterInnenklasse, deren Organisationen noch immer intakt waren.

Um die „Ordnung“ zu gewährleisten, war die Anzahl der bewaffneten Einheiten in Frankreich prozentuell die höchste aller entwickelten kapitalistischen Staaten weltweit. Aber sogar dieser immens mächtige Staatsapparat zerbröckelte beim ersten wirklichen Kräftemessen - was gegen alle Theorien derjenigen sprach, die die Arbeiterklasse abgeschrieben hatten.

In einer revolutionären Situation, wie jener im Mai 1968 in Frankreich können 20 Jahre wie ein Tag erscheinen und, wie, Marx sagte, „Tage (...) kommen, in denen 20 Jahre konzentriert sein werden“. Revolutionäre Situationen können nicht unbeschränkt andauern, aber sich doch über Tage, Wochen, ja sogar Monate hin erstrek-

ken. In Rußland 1917 dauerte diese beinahe drei Monate. Zwar gibt es verschiedene Stufen in der Entwicklung der Ereignisse während einer Revolution, aber niemals darf hierbei der Kampf für mehr Demokratie als eine andere Stufe vom Kampf für Sozialismus abgetrennt werden, wie das die „kommunistischen“ Parteien stets predigten. De Gaulles Machtübernahme hat gezeigt, wie verletzlich die „Demokratie“ in einer kapitalistischen Gesellschaft ist. Nur mit der Übernahme der Kontrolle über die Wirtschaft durch die ArbeiterInnenklasse kann eine wirkliche sozialistische Demokratie etabliert werden. Die Ereignisse in Frankreich haben gezeigt, wie realistisch und „unutopisch“ diese Idee war. Nahezu alle Schichten der Bevölkerung waren damals überzeugt, daß es eine praktischere, gerechtere und humanere Möglichkeit gibt, das Zusammenleben einer Gemeinschaft zu organisieren, als jene, welche ihnen der Kapitalismus aufzwang. Außerdem bewiesen die Geschehnisse, daß letztendlich nur die ArbeiterInnenklasse die sozialistische Revolution durchführen kann. In Frankreich 1968 hätte, wegen der großen Macht der ArbeiterInnenklasse und der Unterstützung der Mittelschichten, die sozialistische Revolution friedlich und innerhalb weniger Tage durchgeführt werden können.

## Studierende auf der Straße

Die Art und Weise wie sich die Dinge entwickelten, schienen vorerst die Annahme jener StudentInnen zu bestätigen, die glaubten eine Revolution „entzünden“ zu können. Kein Wunder, daß so manche Regierung anläßlich solcher Aussichten erztitterte - in einer Periode, wo gleich in mehreren Ländern, wie Polen, Italien, Spanien, Deutschland, Großbritannien und den USA - StudentInnenunruhen an der Tagesordnung standen. In einigen dieser Länder erreichten diese Konflikte sogar ein höheres Ausmaß als in Frankreich!

In Spanien bekämpften die StudentInnen den faschistischen Diktator Franco. In den USA waren StudentInnen massiv an der Anti-Vietnamkriegsbewegung und im Süden an der Schwarzen- bzw. Bürgerrechtsbewegung beteiligt. In Nordirland engagierten sich die StudentInnen gegen antikatholische Diskriminierung. Intellektuelle, StudentInnen und Teile der ArbeiterInnenklasse leiteten in der Tschechoslowakei den sogenannten „Prager Frühling“ ein. In allen wichtigen Universitätsstädten Deutschlands kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, im Verlauf derer es gar zu einem Attentat auf den StudentInnenführer Rudi Dutschke kam. In Großbritannien demonstrierten zehntausende StudentInnen gegen den Vietnamkrieg.

Obwohl die StudentInnenunruhen symptomatisch waren für die tiefen sozialen Konflikte in all diesen Ländern, waren nur in Frankreich diese Proteste ausschlaggebend für einen Generalstreik, welcher erst das Ende der Herrschaft des Kapitals herbeiführen hätte können. Warum? Es lag nicht an den besonderen Methoden der französischen StudentInnen, vielmehr am Zusammentreffen aller politischen und sozialen Bedingungen für eine Revolution. Der „Bonapartismus“ De Gaulles war zusätzlicher und verschärfender Zündstoff.

Französische StudentInnen waren in die Massenbewegung gegen den Algerienkrieg in den frühen 60er Jahren involviert. Sie demonstrierten ebenfalls für den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes. Das waren wichtige Punkte, die die Erinnerung an jene unrühmlichen Bemühungen Frankreichs, die frühere Kolonie in Indochina zu halten, wieder zum Leben erweckten. Nach der katastrophalen französischen Niederlage in Dien Bien Phu übernahm der US-Imperialismus die Macht in Südvietnam.

Anfang 1968 waren es die Proteste gegen das restriktive, autoritäre Bildungssystem, welche in offenen Kämpfen an den Universitäten gipfelten. Die erschrockene Staatsbürokratie ließ die Proteste brutal niederschlagen. Anfang Mai wurden einige StudentInnen der Universität Nanterre, unter ihnen auch Daniel Cohn-Bendit, wegen „Aufwiegelei“ vor ein Universitätsgericht zitiert. Inzwischen tobten Straßenschlachten zwischen StudentInnen und Faschisten. Am 2. Mai erklärte ein gewisser Herr Roche, Rektor der Universität Nanterre, diese für geschlossen.

Am nächsten Tag protestierten die StudentInnen von Nanterre und der Sorbonne friedlich gegen die Schließungen und wurden dabei von den verhaßten Spezialeinheiten der CRS attackiert - hunderte wurden verhaftet. Die Lektoren von Sorbonne und Censier Annexe wurden vom Dienst suspendiert. Eine Welle der Empörung schwappte hoch und die Gewerkschaft der Universitätslehrer (SneSUP) trat in den Streik, welcher prompt vom Erziehungsminister Alain Peyrefitte für illegal erklärt wurde.

Am Sonntag, dem 5. Mai wurden die Tage zuvor verhafteten StudentInnen verurteilt und inhaftiert. Das brachte das Faß endgültig zum Überlaufen. Demonstrationen wurden verboten, aber der Streik an den Universitäten breitete sich auf die höheren Schulen aus. Jede neuerliche Repression seitens des Staatsapparats verstärkte die Wut der StudentInnen aufs Neue.

Am 6. Mai wurde eine Demonstration von 60.000 von der CRS attackiert - mit einer Brutalität, welche enorme Sympathien unter der Bevölkerung mit den StudentInnen hervorrief. Die Entrüstung der ArbeiterInnen nahm immer mehr zu, da neue Scheußlichkeiten im Radio bekanntgegeben wurden. Die StudentInnen begannen, mit allem Verfügbaren, Barrikaden zu ihrem Schutz zu errichten. Es war das erste Mal seit 1944, als die ArbeiterInnenschaft gegen die Deutschen aufstand, noch bevor die Alliierten die Hauptstadt erreichten, daß in Paris Barrikaden errichtet wurden.

Nach einer Nacht blutiger Straßenschlachten wurden 739 Verletzte in die umliegenden Krankenhäuser eingeliefert. Hunderte weitere wurden von der Pariser Bevölkerung verarztet. Die Mittelklassen waren geschockt und entsetzt. In den folgenden Tagen erschienen unzählige Augenzeugenberichte in den Zeitungen. Ein Doktor schrieb „mit all der Verbitterung meiner Machtlosigkeit“ an die Tageszeitung „Le Monde“, was sich vor seinem Fenster ereignet hatte:

„Ich sah einige ausländische Jugendliche aus einem Café kommen, als diese von mehreren Polizisten angegriffen wurden. Die Beamten schlugen brutal auf Gesichter und Schienbeine der Jugendlichen ein, die sich, erfolglos, mit Büchern zu schützen versuchten. Die Schläge prasselten auf sie nieder bis sie in einen Polizeiwagen geworfen wurden, der dreißig Meter weiter weg stand. Wie weit dieser kurze Abstand erschien! Die Anwohner protestierten lautstark. Einstweilen wurde ein schwarzer Jugendlicher, der zufällig vorbeischlenderte, verhaftet, in einen Arrestwagen gezerrt, und erst 15 Minuten später, blutüberströmt(!) wieder freigelassen. Er brach zusammen und wurde auf einer Bahre abtransportiert. Ich nehme an, alleine seine Hautfarbe ließ ihm diese „Sonderbehandlung“ zuteil werden. Kurz darauf gelang es den StudentInnen, die Polizei zurückzudrängen. Flaschen prasselten aus den angrenzenden Häusern auf die Polizeibeamten nieder. Die Sympathie der Bevölkerung gehörte den StudentInnen. Morgen wird die Polizei dafür „Auswärtige“ verantwortlich machen, während die wirklichen DemonstrantInnen die Polizei zurückschlagen wird, und ich sage das mit Befriedigung...das gebe ich zu!“

Immer wenn die Polizei zurückgedrängt wurde, gab es Applaus von den Balkonen der umliegenden Häuser. Es gab keinerlei Feindseligkeiten gegen die DemonstrantInnen, im Gegenteil - Radioempfänger, Lebensmittel und Zufluchtsmöglichkeiten wurden seitens der Bevölkerung angeboten. Eine Meinungsumfrage bestätigte, daß 80% der EinwohnerInnen von Paris hinter den DemonstrantInnen standen. Die Regierung irrte, als sie glaubte, daß es sich nur um eine kleine isolierte Gruppe von radikalen AgitatorInnen handelte. Minister Peyrefitte sprach von „einer Handvoll Querulanten“. Skandalöserweise fielen die Führer der „Kommunistischen“ Partei darauf hinein, ja sie verstiegen sich soweit, die StudentInnenbewegung als das Werk von „trozkistischen“ Gruppen und Grüppchen, AnarchistInnen, gar OAS und CIA(!)-Agenten zu bezeichnen!

### **Die ArbeiterInnenjugend tritt in den Kampf ein**

Die Ereignisse des 6. Mai führten in der Folge zu weiteren Demonstrationen, Straßenkämpfen und dem Bau neuer Barrikaden. Als die Zahl der protestierenden StudentInnen ständig anwuchs und schließlich sich immer mehr junge ArbeiterInnen anschlossen, verspotteten sie die Regierung wie auch die „kommunistischen“ FührerInnen mit Sprechchören - „Wir sind ein Grüppchen!“. Parolen wie „Solidarität zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen“, „Befreit unsere GenossInnen“, „Polizei raus aus dem Quartier Latin“, (StudentInnenviertel in Paris, Anm.d.Übers.) und „Öffnet die Universitäten wieder“ waren zu hören.

Nach der Revolution von 1848 befahl der Polizeipräfekt den Umbau von Paris - weitläufige Boulevards sollten verhindern, das Paris je wieder durch Blockaden lahmgelegt wird. Eine Ironie der Geschichte, denn die groben Pflastersteine der Boulevards ergaben ein geradezu ideales Baumaterial für die Barrikaden des Mai 1968! ArbeiterInnen nutzten ihre handwerklichen Fähigkeiten, um den Bau der Barrikaden zu beschleunigen und diese noch widerstandsfähiger zu gestalten!

Am 10. Mai, der später als die „Nacht der Barrikaden“ in die Geschichte eingehen sollte, wurden so rund 60 dieser Konstruktionen errichtet. Die Polizei setzte Tränengas, Rauchbomben, ja sogar CS-Gas ein. Anwohner leerten kübelweise Wasser aus ihren Fenstern um die Schmerzen durch Verätzungen zu lindern! Das Gas drang sogar in die Metro ein und verletzte zahlreiche Metropassagiere. In einem Fall wurden 30 Patronen Tränengas in ein Café abgeschossen! Seit den ersten Übergriffen der Polizeispezialeinheiten riefen die StudentInnen immer wieder „CRS-SS!“ . Nach dem Tränengasangriff schrien die Polizisten: „Ihr werdet sehen, ob wir die SS sind!“.

Eine Philosophiestudentin beschrieb, wie sie mehrmals in die Toilette im Keller dieses Cafés hinuntergezwungen wurde. Einige andere Frauen lagen schreiend und betend am Boden! Sie war völlig von Sinnen vom Gas und von der Hysterie. Halb

ohnmächtig, wurde ihr erst nachdem sie aus dem Café gebracht wurde bewußt, daß sie das Augenlicht verloren hatte!

Die Opferbilanz der Kämpfe war dermaßen erschütternd, daß Ärzte forderten, die Exekutive gerichtlich zu belangen. Polizeifahrzeuge sollen absichtlich in Ansammlungen von DemonstrantInnen gefahren sein. In einem Fall wurde ein Fußgänger fast dreißig Meter von einer Stoßstange mitgerissen und der Fahrer sagte, er habe ihn nicht gesehen! In der Nacht des 10. Mai, als die Polizei die Barrikaden stürmte, durfte nicht einmal das Rote Kreuz die Verletzten mitnehmen!

Am Vortag verbat Peyrefitte die Wiedereröffnung der Universität Nanterre. Die Wut gegen das brutale Vorgehen der Regierung gegen die StudentInnen erreichte ihren Höhepunkt. Die führenden Gremien der wichtigsten Gewerkschaften und der linken Parteien riefen für Montag, den 13. Mai, einen eintägigen Generalstreik aus. Premierminister Pompidou verkündete daraufhin die Öffnung der Universität Sorbonne und den Rückzug der Polizei. Aber das war zu wenig, und außerdem zu spät! Die Schleusen waren geöffnet und sollten bis weit in den Juni hinein nicht mehr geschlossen werden. De Gaulles Ausspruch: „Der Staat gibt niemals auf!“ verwandelte sich in Nichts. Das war der Anfang von seinem Ende.

Die teilweisen Zugeständnisse der Regierung waren den StudentInnen viel zu wenig, jedoch ausreichend, um Millionen ArbeiterInnen zu ermutigen, mittels Streiks und Besetzungen für ihre eigenen Forderungen einzutreten. Die ArbeiterInnen, speziell die jungen, waren begeistert von der Kühnheit und dem Elan, den die StudentInnen an den Tag legten. Die StudentInnen kämpften anfangs nur gegen das reaktionäre Bildungssystem, bald aber stellten sie die herrschende Gesellschaftsordnung als Ganzes in Frage. Sie waren ein Auslöser für die Bewegung der ArbeiterInnen. Leider gab das den StudentInnen die Illusion, sie seien die treibende Kraft. In Wirklichkeit waren die Bedingungen für die Bewegung der ArbeiterInnen schon herangereift.

## Boom auf Kosten der Arbeiterklasse

Der große Streik des Mai 1968 fand nicht vor einem Hintergrund wirtschaftlicher Rezession oder Stagnation statt, sondern in einer Periode, in der die Realeinkommen durchschnittlich um fünf Prozent im Jahr stiegen. Bei einigen Teilen der Gesellschaft - vor allem FacharbeiterInnen und Fachleute - waren die Erwartungen daran, was der Nachkriegsaufschwung für sie bedeuten würde, gestiegen. In zehn Jahren hatte sich die Anzahl der AutoeigentümerInnen verdoppelt, genauso wie die Anzahl der Waschmaschinen in Privatwohnungen. Der Kauf von Kühlschränken hatte sich verdreifacht. Über eine Million Zweitwohnungen war gekauft worden. Der Besitz von Fernsehern hatte sich verfünffacht.

Es war dieses Proletariat, angeblich durch die „Konsumgesellschaft“ korrumpiert und „verbürgerlicht“, das den größten Generalstreik der Geschichte durchführte. Es war diese ArbeiterInnenklasse, die mit aller Macht versuchte, eine Revolution zu machen. Es gibt also nur einen scheinbaren Widerspruch zwischen dem Anstieg des Lebensstandards von ArbeiterInnen, was oberflächlichen bürgerlichen KommentatorInnen zufolge den Kapitalismus (und damit de Gaulle) stabilisieren würde, und dem Ausbrechen einer Revolution. Die Erhebungen vom Mai-Juni 1968 bestätigen die Analyse des Marxismus, die besagt, daß die Bedingungen für eine Revolution nicht automatisch durch wirtschaftlichen Niedergang oder Aufschwung vorbereitet werden, sondern durch den Wechsel von einer Epoche zur anderen.

Wirtschaftliche Katastrophen, wie die von 1929-33 in Amerika können das Proletariat für eine Weile schocken und lähmen. Auf der anderen Seite kann eine Steigerung der Produktion, begleitet von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, das Selbstbewußtsein der ArbeiterInnenklasse wiederherstellen und die Grundlage für neue Explosionen des Klassenkampfes bilden.

Der Nachkriegsaufschwung in Frankreich, und vor allem die Phase unter de Gaulle, hat die Wunden der französischen ArbeiterInnenklasse geheilt. Das Bewußtsein über die Rückschläge und Niederlagen der Zwischenkriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, hat sich mit der Entwicklung einer neuen und kämpferischen Generation von ArbeiterInnen aufgelöst. Nun bedrohten Inflation und Arbeitslosigkeit alles, was erreicht wurde. Diese Faktoren, zusammen mit dem besonderen Charakter von de Gaulles bonapartistischem Regime, führten in Frankreich zum Potential für revolutionäre Explosionen.

Sich der Gefahr der Entwicklung einer mächtigen ArbeiterInnenklasse, mit den großen Traditionen der Revolution, bewußt, hatte die französische herrschende Klasse 150 Jahre lang, bis zu den späten 50er Jahren, absichtlich die Entwicklung einer industriellen Wirtschaft zurückgehalten. Frankreich wurde als der „Bankier der Welt“ bekannt und hatte immer noch eine große Bauernschaft, die als Gegenge-

wicht gegen die ArbeiterInnen in den Städten fungieren konnte.

Selbst 1968 lebte die Hälfte der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2.000 EinwohnerInnen. 28 Prozent der Beschäftigten arbeiteten in der Produktion, verglichen mit 35 Prozent in Deutschland und Großbritannien. Frankreichs Produktivität war weniger als die Hälfte des Durchschnitts des Rests von Europa. Allerdings war der Rückgang des Anteils der Bevölkerung, der direkt auf dem Lande beschäftigt war der schnellste von allen westlichen Ländern innerhalb von 20 Jahren: von 35 Prozent im Jahre 1935 auf 17 Prozent.

Als de Gaulle 1958 in der Hitze des beispiellosen Nachkriegsaufschwungs an die Macht kam, war er gezwungen Frankreich zu modernisieren und auf den Weltmarkt zu bringen - mit einem Wort: zu konkurrieren. Ihm wurde durch eine fünfzehnprozentige Abwertung des Franc und großen Investitionen durch die USA geholfen. Ein Handelsbilanzdefizit wurde in einen Überschuss umgewandelt und eine große Reserve von 5,25 Milliarden US-Dollar akkumuliert. Aber neben dem glitzernden Boom setzte schon der Rost an. Das Wunder wurde mit einem hohen Preis für die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen ArbeiterInnen bezahlt. Die rasante Expansion hat innerhalb von zehn Jahren ein 45-prozentige Inflation mit sich gebracht. 1968 wurden die Preissteigerungen durch eine neue Mehrwertsteuererhöhung und eine Deregulierung von Mieten verschärft. Die Arbeitslosigkeit war seit 1960 um 70 Prozent auf eine offizielle Zahl von 500.000 (nach Angaben der Gewerkschaften 700.000) gestiegen. Ein Viertel der Arbeitslosen waren SchulabgängerInnen, AkademikerInnen und gescheiterte Studierende. Es wurde geschätzt, daß die Hälfte unter 25 Jahren alt waren.

Gesundheits- und Sozialsicherungen, die sowieso schon nicht ausreichend waren, wurden weiter gekürzt; vor allem eine Verordnung über eine weitere Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde zu einem brennenden Thema. Die Geburtensterblichkeit lag für ein europäisches Land hoch. In Paris lebten drei Millionen Menschen in Slums und die Hälfte der Wohnungen hatten keine Innentoiletten.

In der Industrie gab es lange Arbeitszeiten, oftmals wurden nur Billiglöhne gezahlt. Ein Viertel der ArbeiterInnen erhielt nicht mehr als ca. 60 DM in der Woche. Eineinhalb Millionen ungelernete ArbeiterInnen und LandarbeiterInnen erhielten immer noch 400 Francs (ca. 165 DM) oder weniger im Monat. Sechs Millionen Menschen lebten unter der Armutsgrenze. Die 40-Stunden-Woche war von der Volksfrontregierung 1936 eingeführt worden und vor dem Krieg weitgehend eingeführt worden. Jetzt, 1968, war die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 45 Stunden.

### **Ein Blick aus der Hölle**

In den gigantischen Autofabriken, die während des Booms aus dem Boden ge-

stampt wurden, wurden die modernsten Fahrzeuge unter archaischen Bedingungen hergestellt. Wie im Amerika der 30er Jahre, wurden Fließbänder von Privatarmeen bewaffneter Schläger bewacht. Einwanderer wurden bewußt zur Spaltung der Belegschaften eingesetzt. An den Fließbändern wurden ArbeiterInnen ihrer Nationalität entsprechend so postiert, daß ein Arbeiter selten neben einem Arbeiter war, der dieselbe Sprache sprach.

Drei Millionen wurden aus der Armut in Südeuropa, Nordafrika und der Karibik in die französischen Betriebe geholt. Ein Drittel der 40.000 ArbeiterInnen von Citroen Paris waren ImmigrantInnen. Tausende weitere, vor allem Portugiesen und SpanierInnen, wurden in der großen Maschinenindustrie beschäftigt. Deren Träume platzten, als sie feststellten, daß sie unter grauenhaften „Dritte Welt“-Bedingungen leben und arbeiten mußten. Wenn sie sich zur Wehr setzten und zu kämpferisch wurden, brachten die Firmen einfach die Polizei dazu die Arbeiterlaubnisse zurückzuziehen. Viele wurden in Unterkünfte gepfercht, in denen Überfüllung und unhygienische Bedingungen mit drakonischer Disziplin einhergingen: keine Besuche, keine Zeitungen, keine Gespräche am Essenstisch. Ein *Militant* Korrespondent in Frankreich im Mai 1968, berichtete über die Situation bei Simca:

Die Fabrik hat einen Mini-Polizeistaat mit einer Fabrikpolizei, die zum Teil im geheimen arbeitet und bereit ist jeden Gewerkschafter rauszuschmeißen. Diese hat ihre Pflichten nicht nur in der Fabrik selber, sondern auch in den Werkswohnungen und im Werkskrankenhaus ausgeübt. Sechzig Prozent der Beschäftigten waren ImmigrantInnen. Während des Streiks wurden 4000 dieser ArbeiterInnen in einer Werksunterkunft gefangengehalten. Jeder der versuchte das Gebäude zu verlassen bekam zu hören, es gebe keine Arbeit und geriet sofort unter Verdacht.

Bei der Fabrik Renault Flins war von Anfang an eine große Anzahl ImmigrantInnen als Streikposten beteiligt. Auf der großen Demonstration vom 13. Mai riefen Gruppen von portugiesischen ArbeiterInnen „de Gaulle, Franco, Salazar - Mörder“. Ein „Maghrebisches (nordafrikanisches) Aktionskomitee“ veröffentlichte ein Flugblatt, in dem es nordafrikanische ArbeiterInnen aufrief den Streik zu unterstützen und die Diktaturen in Tunesien, Algerien und Marokko anprangerte, wo Studierende, LehrerInnen und SchülerInnen schon rebellierten.

Der *Economist* bezeichnete das Montageband und die Gießerei bei Renaults Riesenfabrik in Billancourt als einen „Blick aus der Hölle“. Die ArbeiterInnen, die in den Streik traten, rebellierten gegen „les cadences“ - den unmenschlichen Arbeitsrhythmus - die Belastung und den Stress, die Verschleißerscheinungen bei Muskeln, Nerven und Gliedmaßen.

Diese Bedingungen erklären, wie Frankreich wie ein Pulverfaß explodieren konnte. Sie sind der Grund für die Hochstimmung und Begeisterung, die sich unter ArbeiterInnen breit machte, als sie die Möglichkeit erkannten ihre tägliche Leben

zu verändern. Sie erklären auch, die Verbitterung und den Rachedurst, die in einigen Slogans und in den Puppen, die Kapitalisten darstellten und an den Fabrikatoren an Galgen hingen, deutlich wurden. Sie erklären die Besetzungen, die Diskussionen, das Singen revolutionärer Lieder und die festliche Stimmung, die die Arbeitsniederlegungen begleiteten. Sie erklären auch die Vorfälle, wo Manager in ihren Büros eingesperrt wurden und mit Schaufeln, die durch die Dachfenster gereicht wurden, gefüttert wurden.!

Es hatte in den Jahren vor dem Mai 68 viele Vorbeben gegeben, die vor einem bevorstehenden Erdbeben gewarnt hatten. Aber keines konnte das fantastische Ausmaß der Explosion andeuten, als der Deckel der gaullistischen Gesellschaft einmal gelüftet war.

Die rapide Industrialisierung hatte genau das gemacht, was Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* voraussagten und was die französische herrschende Klasse so lange gefürchtet hatte. Sie brachte ArbeiterInnen in großer Konzentration zusammen, wie zum Beispiel alleine 30.000 bei den Renault Billancourts Werken. Sie schafften sich ihre eigenen Totengräber - darunter an der Spitze, die Jugend.

## **Ausbildungs-Fabriken**

Ein Drittel der französischen Bevölkerung war im Mai 1968 unter zwanzig Jahre alt. Etwas über 500.000 von ihnen besuchten die Universitäten (1946 waren das nur 123.000 und 1961 nur 202.000). An der Universität Nanterre, vom Bildungsminister als Muster für die Universitäten der Zukunft gedacht, wurden 1964 2.300 Studierende angenommen. 1968 war die Zahl sechsmal so hoch! Eine schmucklose Komposition aus Glas- und Stahlwürfel, wurde es schnell gebaut, um Druck von dem zu nehmen, was Seale und McConville in ihrem Buch *Französische Revolution, 1968* „den von Menschen wimmelnden Ameisenhaufen Quartier Latin“ nannten. Hingesetzt in einen Vorort zwischen Autobahnen und nordafrikanischen Slums, wurde Nanterre zum „Muster der Revolution“. Es war der Geburtsort von Daniel Cohn-Bendits „Bewegung des 22. März“. Das war eine eher strukturlose, aber ziemlich mutige Gruppe von AnarchistInnen, die an diesem Tag Büros an der Nanterre Universität besetzt hatten, um dagegen zu protestieren, wie Anti-Vietnamkrieg DemonstrantInnen behandelt worden waren.

Neunzig Prozent der französischen Studierenden waren immer noch Söhne und Töchter der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie. Sogar der Nachwuchs von Ministern war an den Maiereignissen beteiligt, genauso wie der des Polizeichefs! Das Zusammenpferchen dieser „vergoldeten Jugend“ in ineffektive und schmutzige „Ausbildungs-Fabriken“, die eine strenge Herangehensweise an Erziehung und an das soziale Leben auf dem Campus aufrechterhalten hatten, mußte unweigerlich zum Zusammenbruch der Studierenden-LehrerInnen-Beziehungen führen. Es wur-

de allgemein angenommen, daß Polizeispitzel auf dem Campus unter dem stillschweigenden Einverständnis der Universitätsleitung herumschnüffeln konnten. Bibliotheken und Labore liefen über, Vorlesungssäle waren überfüllt und dreiviertel der Studierenden schafften es nicht bis zum Ende ihrer Studiengänge. Mindestens die Hälfte der französischen Studierenden konnten, genau wie heute, nur durch Nebenjobs überleben, was im Gegenzug ungeheure Belastungen für ihr Studium bedeutete.

Alain Peyrefitte, der während der Maiereignisse vom Unglück verfolgte Bildungsminister, sagte 1967:

Es ist, als ob wir ein Schiffsunglück organisieren, um die besten Schwimmer herauszulesen.“ Die Investition in Bildung hatten sich in den vorangegangenen 15 Jahren versechsfacht, aber das reichte keinesfalls für die Finanzierung der Gebäude, deren Ausstattung und die Bezahlung des Lehrkörpers, um mit der enormen Erhöhung der Anzahl der Studierenden mitzuhalten. Alain Touraine, ein Soziologe in Nanterre, meinte:

„Der große neue StudentInnen-Campus des 20. Jahrhunderts isoliert StudentInnen so wie ArbeiterInnen in amerikanischen Städten. Die Menge der Studierenden wurde wie das Industrieproletariat gleich dicht und gesichtslos geboren, mit seinen eigenen Mißständen, seinen eigenen AnführerInnen und auch seinem wachsenden Sinn für seine eigene Macht.“

Die französische Universitäten wiesen Parallelen zu den Fabriken in Rußland auf, sie arbeiteten strikt an vom Zentrum angewiesenen Regeln orientiert. Alle 23 Unis im Land waren staatlich geführt, mit strikt standardisierten Strukturen, ähnlich einem Ministerium. Unzufriedenheiten wurden, anstatt sie durch Verhandlungen und praktische Reformen abzuschwächen, unterdrückt und entluden sich dann in Explosionen von kollektiver Wut. In Nanterre brachen Revolten aus gegen Verbote Studierende des anderen Geschlechts in ihren Zimmern zu besuchen. Beschwerden über die Art des Lehrens, Kritik ebenfalls an dessen tatsächlicher Einordnung in die kapitalistische Gesellschaft wurden laut und gelangten zu einem Höhepunkt. Neue Vorschläge, Bildung an den Interessen der Unternehmer anzupassen, verschärfte die Lage. Zur selben Zeit radikalisierten sich die SchülerInnen der höheren Schulen wegen der weitverbreiteten Aufregung und ihre eigene Entrüstung hinsichtlich des Krieges in Vietnam. Sie beteiligten sich mit der Führerschaft der "Lycee Committees of Action" an 24-Stunden-Streiks und Demonstrationen.

Ihre Wut über Vorschläge, den freien Uni-Zugang zu beenden, gesellte sich zum rasenden Zorn hinzu, den die SchülerInnen ohnehin schon hatten. Sie waren mehr als nur bereit, auf die Straßen zu strömen, als "les enragés" (die Wütenden) der Unis kamen, um die Konfrontation mit den Kräften des Staates zu eröffnen. Zur Zeit der Maikämpfe stimmten die UniversitätsdozentInnen großteils mit den studentischen Forderungen nach Reformierungen überein. Die Lehrenden der höheren Schulen

jedoch versuchten zunächst, die 13- und 14jährigen mittels Zusperrern der Klassenräume in den Schulen zu halten. Nach ein paar Tagen schlossen auch sie sich den Demos und den Vorbereitungsaktivitäten der Besetzungen der höheren Schulen gemeinsam mit den Eltern an.

Der große russische Revolutionär Leo Trotski sagte, daß der Wind der Revolution zuerst in die Spitzen der Bäume bläst - die Söhne und Töchter der herrschenden Klasse, die anscheinend verwöhnten verhätschelten studentischen Schichten der Gesellschaft. Er führte aus, daß die Studierenden das erste und wahrscheinlich einzige Mal in ihren Leben der Zwänge der bürgerlichen Gesellschaft enthoben seien. Die Universität bedeutet ein Übergang von den Einschränkungen des Lebens in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Häusern und der neuerlichen Integration in komfortable Jobs und angenehme Positionen innerhalb der bürgerlichen Ordnung.

Darüber hinaus werden sie ermutigt, mit Ideen herumzuexperimentieren, sogar mit sozialistischen und quasi-marxistischen Ideen, die dem Bürgertum eigentlich und üblicherweise völlig fremd sind.

Eine Massenbewegung der ArbeiterInnenklasse kann einen enormen ideologischen Effekt auf die Auffassung von Studierenden ausüben. Wenn sich eine starke Anziehungskraft entwickelt, können die besten der StudentInnen für die Ideen und Ziele des Sozialismus und Marxismus gewonnen werden. Diese können nur, indem sie erstens ideologisch und zweitens auch bezüglich ihrer Lebensweise mit ihrem bürgerlichem bzw. kleinbürgerlichen Hintergrund brechen, beweisen, zuverlässige Mitwirkende der ArbeiterInnenklasse zu sein.

Die Tragödie in Frankreich bestand darin, daß keine Organisation existierte, die diesen Prozeß vorantrieb. Im Gegenteil, ultralinke Sekten, von sich behauptend, trozkistisch zu sein, verstärkten die anmaßenden Vorurteile von vielen Studierenden, indem sie ihnen die Rolle der Leiter in diesem Kampf zuteilten. Die Revolution wäre also unter dem Taktstock der Studierenden fortzuführen und zu lenken.

Eine der Sekten, die JCR, ging so weit, eine Broschüre zu verfassen, mit einem eingeflochtenen Zitat von Lenin, wonach die Arbeiterbewegung nicht über Gewerkschaftsbewußtsein hinausgehe. Die Folgerung war, daß es den Studierenden vorbehalten sein muß, die Position der "revolutionären Generäle" einzunehmen, während die Arbeiterklasse lediglich die FußsoldatInnen zur Verfügung stellt. Dies behielten sie bei, zu einer Zeit, als mehrere Millionen französischer ArbeiterInnen begannen, ungeheure Kräfte zu zeigen, Initiative und Mut. Diese ArbeiterInnen, die jene Broschüren und Infoblätter lasen, zuckten darüber bloß ihre Achseln und setzten ihren wichtigen Einsatz fort.

"The Economist" (22.Mai) erklärte weniger wissenschaftlich einen der stattfindenden Prozesse in den ersten Tagen des Mai 1968.

"Offensichtlich werden viele der heutigen Rebellen und Rebellinnen morgen absorbiert sein und nur

damit beschäftigt, ihre Karriereleiter ins Establishment hinaufzuklettern bzw. ihren Teil des Wohlstands zu ergattern. Aber jetzt sind sie noch immer jung genug, um mit Anwandlungen von Sympathie den Parolen über den Umsturz der herrschenden Gesellschaft. Der Schlagstock tat dazu sein übriges.“

Die "Force de Frappe" wie derselbe Artikel sie genannt hat - die "Sturmtruppen" der Garde Mobile und der CRS - waren ein schrecklicher Lehrmeister:

"Frankreich benötigte die Truppen für einen Bürgerkrieg und seine verschiedenen Regime haben sie oft skrupellos benützt.“

## Staatliche Repression

Die "Republican Security Companies (CRS)" sind eine am Ende des Zweiten Weltkriegs gebildete bewaffnete Sicherheitseinheit. 1947 spielten sie eine blutige Rolle, als sie vom sozialdemokratischen Innenminister Jules Moch gegen streikende Bergarbeiter eingesetzt wurden. Häufig wurden sie seit damals zum Zerschlagen von Streiks gerufen und gegen alle möglichen Demonstrationen. Nie zuvor setzte man sie so ausgedehnt gegen Studierende ein. Die Pariser Polizei als solche war von reaktionären Antikommunisten bevölkert, von solchen, die alle jene mit Inbrunst hatten, von denen sie annahmen, sie seien für den "Ausverkauf" Frankreichs und seiner Kolonien verantwortlich - Intellektuelle, "Progressive", kommunistische und gewerkschaftliche Militante.

Den Indo-ChinesInnen gegenüber und später den AlgerierInnen verdeutlichte sich ein virulenter Rassismus. Dieser erreichte in der grausamen Unterdrückung von Demonstrationen von AlgerierInnen in Paris und den sogenannten "Rattenjagden" in den Straßen und den Armenvierteln in den Randbezirken der Stadt ihren traurigen Höhepunkt. Nicht weniger brutal benahm sich die Polizei jenen französischen Menschen gegenüber, die die Unabhängigkeit Algeriens wollten und dafür auch kämpften. Die Zerschlagung der "anti OAS Demo" am 8. Februar 1962 hat acht Tote auf dem Gewissen. Geheime Komitees für öffentliche Sicherheit wurden in der Pariser Präfektur zur Zeit von de Gaulle's Staatsstreich von 1958 gebildet. Elemente der SAC - eine andere halbunabhängige paramilitärische Organisation, die von der gaullistischen Partei ins Leben gerufen wurde - Sie forderten Helme und Knüppel, um die Attacken gegen die Barrikaden auf der Seite der Polizei durchzuführen.

Andere organisierten einige der Polizisten in

Gruppen, die sich die "Unkontrollierbaren" nannten und ihre unbedingte Bereitschaft erklärten, auch außerhalb der Anweisungen von ihren eigenen Polizeichefs zu handeln. Später, als die "Verteidigungskomitees der Republik" nach der Rede de Gaulles am 30. Mai mobilisiert wurden, verteilte die SAC unter der Polizei als auch der CRS ein Flugblatt, das zum Beitritt zum SAC aufrief. Diese Gruppierungen stellten ohne Zweifel die Haupttäter der schlimmsten Exzesse der Pariser Maitage 1968 dar. Der Polizeipräfekt Grimaud warnte alle Polizisten vor "den zugegebener-

maßen wenigen unter Euch, die durch ihre unbedachten Aktionen für unser schlechtes Image in der Bevölkerung verantwortlich sind.“ Eliteeinheiten, die normalerweise von der öffentlichen Meinungsbildung ausgeschlossen bleiben, sind nichtsdestotrotz eine schlagkräftige Waffe in den Arsenalen eines bonapartistischen Staates. Flexibilität und Schlagkraft sind nicht die Parolen einer Militär- bzw. Polizei Diktatur, trotzdem waren sie mit den parlamentarischen Form, die sich unter de Gaulle entwickelt hatte, eng verbunden. Die Wut und Verbitterung die sich in der französischen Gesellschaft aufgestaut hatte, hatte ihre Wurzeln in der Behandlung der so gut wie jede Schicht der Bevölkerung durch den repressiven Staatsapparat ausgesetzt war.

Das Verhalten der Regierung, die Gewohnheit der Gaullisten, Krisen zu ignorieren, die Kasernensprache von de Gaulle hatten den Groll, der über die langen Jahre der willkürlichen Einzelherrschaft entstanden war, auf die Spitze getrieben. De Gaulle sagte in einem privaten Gespräch am 7. Mai, daß es notwendig sei, die Bildung zu modernisieren, daß es aber auch unmöglich sei, Gewalt auf der Straße zu tolerieren: "Das war nie die Methode eines Dialogs."

Wenige nur glaubten, daß de Gaulle mit den Menschen je einen Dialog geführt hatte - sogar wenn der beliebte bonapartistische Trick einer Volksabstimmung angewendet wird. Die Kräfte und Zwänge des Gesetzes gingen einigermaßen über dieses hinaus. Die Debatten im Parlament hatten wenig damit zu tun, was vom Staat ausgeführt wurde, oft durch Verordnungen. Rigide Zensur der Presse, von Radio und Fernsehen, bedeutete, daß wenig oder gar keine Kritik lautwerden konnte. Bei täglichen Sitzungen des staatlichen Radio und Fernsehens (ORTF) mußte der Direktor alle planmäßigen Nachrichten den Repräsentanten der Regierungsstellen umreißen, die dann Überarbeitungen, Ergänzungen und Streichungen "vorschlugen".

Die Kontrolle der Regierung über das Fernsehen war noch um einiges strenger als über das Radio. Kein LehrerInnen- oder Studierendenvertreter konnte die eigene Sicht der Dinge vor der Kamera darstellen und Aufzeichnungen von blutigen Straßenschlachten wurden, wenn überhaupt, nur aufgrund der Intervention der Gewerkschaften gesendet.

Der Rund-um-die-Uhr Nachrichtensender "France-Inter" durchbrach die Zensurvorschriften während der Unruhen. Ihre Berichterstattung im "Latin Quarter" konnten sich mit den beiden kommerziellen Sendern "Radio Luxemburg" und "Europe No. 1" messen, die immer von "vorderster Front" berichteten. Für eine ArbeiterInnenklasse, die mit ihren europäischen Gegenüber in Kontakt kam, und einer Mittelschicht, die auf die Früchte einer rasanten Expansion der Wirtschaft schauen, war die Sprache des Stiefels und die Methoden des Diktators nicht länger zu tolerieren. die satirische Zeitschrift "Le Canard Enchaîné" kommentierte die erstickende Atmosphäre. Ganz Frankreich, schrieb sie, lebte unter einer "cours

magistral“ ( Gerichtsverhandlung).

Als Pompidou sagte, er hätte die gefangenen Studierenden freigelassen, stellte ihn Le Canard als einen dar, der Studierenden in willkürlicher Art und Weise einsperrt und dann wieder freilässt. Ohnehin schon unfähig, den Frieden aufrecht zu erhalten, so war das bonapartistische Regime noch unfähiger, mit Krisen umzugehen. De Gaulles rohe Antwort auf die Forderung der Studenten nach Reform war: "Reform: Ja! Aber Schweinereien im Bett: Nein!" Die wütende Antwort der demonstrierenden Menge war: "Die Schweinerei im Bett - das ist er!" Der Evening Standard erklärte:

"Die Regierung handelt in ungültiger Art und Weise, die aus den Jahren übermäßiger Zuversicht und Loslösung von den geläufigen Meinungen und Beschwerden, herrührt. Sie ist unfähig, irgendeine zusammenhängende Aktion zu planen."

Sie hat in einem Wespennest gerührt und endet tödlich verwundet.

# Sturmwolken am Horizont

Eine tiefe Verbitterung über die Demütigungen und Mißbräuche des gaullistischen Systems erzeugten die Wut der Maitage. Das entsprach einer brodelnden Unzufriedenheit an den Arbeitsplätzen des Landes, die immer wieder zu bedeutenden Arbeitskämpfen führte. Die Alarmsignale für den größten Streik der Geschichte läuteten in den vorangegangenen Jahren immer wieder.

1963 führte ein zweieinhalb Monate langer BergarbeiterInnenstreik zu einem zumindest teilweisen Sieg der Kumpel und einem psychologischen Rückschlag der Regierung. Die Präsidentschaftswahlen von 1965 zwangen De Gaulle in einen zweiten Wahlgang gegen Francois Mitterrand.

1967 und Anfang 1968 kam es zu Streiks und Aussperrungen von Ingenieuren, Auto-, Stahl- und WerftarbeiterInnen sowie von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die großen Gewerkschaftsverbände riefen zu eintägigen oder gar nur zu einstündigen Streikaktionen auf. Obwohl die Mehrheit der ArbeiterInnen, etwa 80 Prozent - nicht gewerkschaftlich organisiert war, beteiligte sie sich an den Streikmaßnahmen. Oft aber wurden sie bei erbitterten Kämpfen mit der Staatsgewalt sich selbst überlassen.

Im Juni 1967 griff die kasernierte Polizei-Sondereinheit CRS in einen Streik bei Peugeot ein und tötete zwei Arbeiter. GewerkschafterInnen, welche den Streik organisieren wollten, machte man zu Sündenböcken. In der Rhodiaceta-Kunststofffabrik in Lyon fand ein Arbeitskampf statt. Im Sommer 1967 waren 14.000 ArbeiterInnen an einem 23 Tage langen Streik beteiligt. Später folgten Aussperrungen und Entlassungen und bis 1968 große Massendemonstrationen. Auseinandersetzungen fanden in der LKW-Fabrik Saviem in Caen statt. Im Januar 1968 tobten die Kämpfe zwischen Streikposten und Polizei nicht nur vor dem Betrieb, sondern auch in den Straßen der Stadt.

Renault in Billancourt hatte schon immer einen hohen Organisationsgrad; die von der „kommunistischen“ Partei geführte CGT-Gewerkschaft organisierte drei Viertel der 30.000 Lohnabhängigen. 22.000 von ihnen wurden nach Stundenlohn bezahlt. Hier gab es zwischen März und Anfang Mai 1968 nicht weniger als 80 Gewerkschaftsaktionen mit Forderungen nach höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten und besseren Arbeitsbedingungen.

Auch Anfang Mai gab es keinen Mangel an Arbeitskämpfen. 100.000 demonstrierten am 1. Mai in den Straßen von Paris. Jugendliche forderten „Arbeit für die Jugend“ und demonstrierten mit geballten Fäusten. Breite Schichten von ArbeiterInnen beteiligten sich. Die Forderungen nach der 40-Stundenwoche, Gewerkschaftsrechten und die Aufhebung der Verordnungen über die Sozialversicherung dominierten. Der größte Gewerkschaftsverband, die CGT, sowie die zweit-

größte exkatholische CFDT hatten bereits für den 15. Mai einen Aktionstag für soziale Sicherheit und gegen Arbeitslosigkeit angekündigt. Für den 8. Mai planten sie auch Massendemonstrationen im Westen Frankreichs.

„Le Monde“ vom 3. Mai berichtete über eine angespannte Situation bei der Flugzeugfabrik Sud Aviation in Nantes. Die ArbeiterInnen kämpften gegen eine Lohnsenkung, welche ihnen die Chefs anlässlich der Arbeitszeitverkürzung auf 48 ½ Stunden aufzwingen wollten. In der ersten Maiwoche stellten sie mehrmals täglich die Arbeit ein; die Angestellten forderten das Management auf, den Forderungen der ArbeiterInnen nachzugeben. Diese Fabrik sollte ein Brandherd des großen Streiks werden.

Am 3. Mai drohen die DruckerInnen mit Streikaktionen gegen Betriebsverlegungen. Der spontane Streik der Pariser BusfahrerInnen gegen eine Arbeitszeitverlängerung führt dazu, daß in einem Vorort von Paris nur zehn von 180 Bussen fahren. Am 5. Mai streiken 560 ArbeiterInnen einer Zuckerfabrik. Am 6. bereiten TaxifahrerInnen und Postangestellte Streikaktionen vor. In „Le Monde“ ist auch die Rede von der Krise in den Krankenhäusern.

Am nächsten Tag diskutieren die Polizeigewerkschaften ihre Forderungen und schlagen Aktionen für den 1. Juni vor. In Korsika beginnen LandarbeiterInnen eine Besetzungsaktion. Fluglotsen drohen mit Streik. In der LKW-Fabrik Berliet gibt es einen 24-Stundenstreik über die Frage von Lohnprämien. Selbst die Gewerkschaften der Beschäftigten in den Wetterstationen diskutieren ihre Ansprüche. Eisenerzbergleute, die seit einem Monat im Streik stehen, blockieren für eine Stunde eine wichtige Nationalstraße. Eine Gießerei ist besetzt und die ArbeiterInnen einer Textilfabrik übernehmen für eine Woche die Führung ihres Betriebes.

Am dramatischsten spitzt sich die Lage vor dem Generalstreik in Westfrankreich zu. Hier gibt es Massendemonstrationen von Elektrizitäts- und TransportarbeiterInnen, MechanikerInnen und BauarbeiterInnen, FischerInnen und PostlerInnen, sowie Demonstrationsblöcke von Schulen, Geistlichen und Nonnen und vor allem zahllosen Jugendlichen. Die Geschäfte bleiben aus Solidarität geschlossen.

Ursache der Krise hier ist die Benachteiligung der Region mit großen Problemen in der Landwirtschaft, einem starken Rückgang der Industrie und dem Fehlen von Arbeitsplätzen für die Jugend. Jedes Jahr verlassen 45.000 Jugendliche die Schule, aber selbst die in Paris verfügbaren Jobs sind schon vergeben. Der Lebensstandard und das Einkommen der LandwirtInnen sinkt.

Nach Meinung von Paul Houee, dem Direktor des Instituts für Wirtschaft und Sozialwissenschaften in Angers, sind alle Bedingungen für eine vorrevolutionäre Situation vorhanden. Unter der Parole „Der Westen will leben!“ demonstrierten am 8. Mai 30.000 in Brest, 20.000 in Quimper, 10.000 in Rouen und in Saint-Brieuc

- der größten Demonstration dieser Stadt seit Kriegsende - 12.000 in Morkix, 20.000 in Angers, 20.000 in Nantes und 10.000 in Le Mans. Es tickte eine Zeitbombe!

Wie in einem mächtigen Dampfkessel verstärkte sich der Druck auf die FührerInnen von ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften. Immer mehr junge ArbeiterInnen unterstützten die StudentInnen im Kampf. Das Verhalten der Obrigkeit - UniversitätsdirektorInnen, MinisterInnen und Polizei - brachte den Ärger und die Empörung zum Kochen und drohte an allen Ecken Frankreichs zu explodieren.

## In den ersten Tagen

Viele Böcke wurden geschossen, als der StudentInnenprotest auf die Fabriken überzugreifen begann: In den ersten Tagen der Unruhen erklärte Peyrefitte, diese Demonstrationen hätten nichts mit denen in Berlin und Warschau gemein, ihre Ursachen seien kleinere lokal begrenzte Probleme. Aber am Samstag, den 11. Mai, wurde sein Widerstand von seinem Premierminister bloßgestellt und am Ende des Monats war seine politische Karriere beendet.

*In den ersten Tagen der StudentInnenunruhen* erklärte Francois Mitterrand, Präsident der Vereinigung der Linksparteien, seine halbherzige Unterstützung: „Selbst wenn die Methoden der StudentInnen nicht die besten sind, so bedeutet das nicht, daß die des Innenministers gut sind.“ Am Ende des Monats schlug Mitterrand dann als einzige Lösung der Krise eine zehnköpfige provisorische Regierung mit ihm selbst an der Spitze vor.

*In den ersten Tagen der StudentInnenunruhen* verurteilten die FührerInnen der Kommunistischen Partei und ihres Gewerkschaftsbundes CGT, unterstützt von der Moskauer Prawda, die StudentInnen und erklärten, daß Ultralinke, AnarchistInnen, TrotzkistInnen und PseudorevolutionärInnen, die StudentInnen vom Ablegen der Examen abhielten. Aber am 11. Mai riefen sie alle ArbeiterInnen zu einem eintägigen Solidaritätsstreik mit den StudentInnen auf unter der Parole „Beendet die Unterdrückung“ und am Ende des Monats wurde ihnen die Macht auf einem silbernen Tablett angeboten.

*In den ersten Tagen der StudentInnenunruhen*, als einige HochschülerInnen zu den Fabriken gingen und die ArbeiterInnen zur Unterstützung ihres Kampfes aufforderten, hatte man sie kurzerhand an die Luft gesetzt. Am Ende der dritten Maiwoche folgten dann zehn Millionen ArbeiterInnen ihrem Beispiel; und dann im Juni, als das gaullistische Regime wieder im Sattel saß, verbot es die StudentInnenorganisationen und ihre Zeitschriften.

Der enorme Druck von unten zwang die FührerInnen der ArbeiterInnenorganisationen, in der StudentInnenfrage ihren Kurs um 180 Grad zu wenden. Jetzt versuchten sie, die Führung der Bewegung in die Hand zu bekom-

men, um sie kontrollieren zu können. Andre Jeanson von der CFDT gab später zu: „Für viele der VeranstalterInnen sollte die Demonstration den Schlußpunkt der Bewegung bedeuten.“ Der Druck sollte, so hofften sie, durch einen 24-stündigen Generalstreik abgelassen werden und dann sollte das Leben gefälligst wieder normal weitergehen! Das war eine langerprobte Taktik, besonders von Seiten der „kommunistischen“ GewerkschaftsführerInnen. George Marchais, der spätere Führer der Kommunistischen Partei, war damals sogar gegen einen eintägigen Generalstreik! In Italien war diese Praxis noch weiter verfeinert worden; hier behauptete man, sogar ein zweiminütiger Generalstreik könne etwas bewirken. Die französischen Gewerkschaften hatten wiederholt zur gleichen Taktik gegriffen, wenn es darum ging, die Energie kampfbereiter ArbeiterInnen zu verzetteln und zu verwässern. Besonders in der Zeit vor dem Mai hatten sie Teilkämpfe und regionale Bewegungen organisiert: Hier ein eintägiger Streik in einem Wirtschaftszweig, hier ein Streik in einer Fabrik, während die anderen Fabriken arbeiteten; dort die Arbeitsruhe in einem Departement für eine Stunde, usw. Manchmal organisierten sie statt der Streiks auch Unterschriftensammlungen und Protesterkklärungen.

Doch diesmal gelang es nicht, den Generalstreik vom 13. Mai nach 24 Stunden zu beenden. Er war eine massive Solidaritätskundgebung der ArbeiterInnenklasse und hinterließ einen tiefen Eindruck im Bewußtsein der ArbeiterInnen. Hatten sie einmal die Kraft ihrer Macht gespürt, so sollte es sich unter den gegebenen sozialen Bedingungen als unmöglich erweisen, den Druck von oben zu verstärken. ArbeiterInnen aller Berufe nahmen an den gigantischen Manifestationen in Paris (1 Million), Marseille (50.000), Toulouse (40.000), Bordeaux (50.000) und Lyon (60.000) teil. Der Geist war nicht mehr in der Flasche zu halten!

In Paris war die Demonstration an diesem Tag so mächtig, daß die Polizei von den Straßen verschwand. Die Kriminalitätsrate sank rapide, im Bereich der Demonstration gab es keine Plünderungen und Schaufenstereinbrüche. Die CGT allein hatte 20.000 gut organisierte OrdnerInnen aufgeboten. Ein britischer Journalist beschrieb die Situation in Paris:

„Eine menschliche Flutwelle,... niemand kann sie wirklich zählen. Die ersten DemonstrantInnen kommen am Ziel an, Stunden bevor die letzten Reihen den Platz der Republik um sieben Uhr abends verlassen... Endlos ziehen die Reihen vorbei.“

Ganze Abteilungen von Krankenhausbeschäftigten sind auf den Beinen, einige tragen Transparente „Wo sind die aus den Krankenhäusern Verschwundenen?“ - eine Anspielung auf die Verletzten der Straßenkämpfe, für die man polizeiliche Untersuchungshaft fürchtete.

Jede Fabrik, jede größere Firma scheint beteiligt. Es gibt zahllose Gruppen von EisenbahnerInnen, PostlerInnen, DruckerInnen, MetroarbeiterInnen, MetallerInnen, Flughafen- und MarktarbeiterInnen, ElektrikerInnen, RechtsanwältInnen, KanalisationsarbeiterInnen, Bankangestellten, Bau-, Glas- und ChemiarbeiterInnen, KellnerInnen, städtischen Angestellten, StraßenfegerInnen, FilmvorführerInnen, BusfahrerInnen, LehrerInnen, ArbeiterInnen der neuen

Plastikindustrie; Reihe in Reihe hintereinander, das Fleisch und Blut der neuen kapitalistischen Gesellschaft, eine unendliche Masse; eine Macht, die alles beiseiteschieben könnte, falls sie sich dazu entschließen würde...

Es gab Transparente aller Art: Gewerkschaftsbanner, StudentInnenfahnen, politische und unpolitische Transparente, Fahnen der Bewegung gegen Atomwaffen, von Elternkomitees. Einige wurden stürmisch bejubelt, so das der Angestellten des Staatsfernsehens ORIF: „Befreit die Nachrichten“. Andere Transparente waren sehr symbolisch wie das grausige einer Gruppe von Künstlern: Es zeigte menschliche Hände, Köpfe und Augen mit Preisschildern wie im Metzger-Laden“

Trotz der Spaltungen der ArbeiterInnenorganisationen, die von ihren FührerInnen gepflegt wurden, sah man hunderte gemeinsamer Gewerkschaftstransparente. Andere forderten „StudentInnen, LehrerInnen, ArbeiterInnen - alle gemeinsam“. Überall sah man rote Fahnen. In allen Blöcken sang man die Internationale, immer wieder skandierte man „De Gaulle - Rücktritt“ oder „De Gaulle - Mörder!“ Es war auf den Tag genau der zehnte Jahrestag der Machtergreifung De Gaulles, so kamen Parolen wie „10 Jahre sind genug“ oder „Tschüs Charlie“ und „Schönen Geburtstag De Gaulle“ sehr gut an. Auf dieser gigantischen Demonstration wurden sich ArbeiterInnen ihrer unaufhaltsamen Macht bewußt. Ein solch ausgeprägtes Bewußtsein ist das wichtigste Element der Stärke der Arbeiterklasse. Der Damm drohte zu brechen.

## Universitäten werden besetzt

Von der Demonstration kehrten die StudentInnen zur Sorbonne zurück. Sie besetzten sie, diskutierten und öffneten sie für ArbeiterInnen und alle Interessierten. Rund um die Uhr diskutierte man über alles, über was man diskutieren kann. Im 13. Jahrhundert gegründet, war die Sorbonne für Jahrhunderte der unnachgiebige Zensor aller den katholischen Autoritäten mißliebigen Bücher. Einmal diente sie gar als Gefängnis für ProtestantInnen und Ungläubige. Nun waren alle Schranken eingerissen und überall erblühten ungebremsst Ideen; Aktionen wurden ersonnen. Das sah man an den Postern und Transparenten, die jede freie Fläche der Mauern einnahmen: „Verbieten ist verboten“, „Kreativität, Spontaneität, Leben“, „Die Zukunft wird den Inhalt haben, den wir ihr heute geben“, „ArbeiterInnen aller Länder, viel Spaß“, „Die Phantasie hat die Macht ergriffen“, „Wir werden nichts verlangen, wir werden nichts fordern, wir nehmen es uns, wir besetzen es“, „Alles ist möglich“. Die skurrilen, exotischen Ideen waren der Ausfluß jugendlichen Überschwangs, der zu lange von kleinlichen Einschränkungen und der verdummenden Zentralisierung zurückgehalten worden war. Da die StudentInnen von der ArbeiterInnenbewegung isoliert waren, glaubten sie fälschlicherweise, ihre Macht resultiere aus ihrer eigenen Aktion und nicht aus der des Proletariats. Gelegentlich verloren sie den Sinn für die Wirklichkeit und trieben ihre „Demokratie“ ins Extreme. Unaufhörlich wurde diskutiert.

Jeden Abend gab es eine Vollversammlung der Sorbonne-BesetzerInnen in dem mit mehr als 5.000 TeilnehmerInnen aus allen Nähten platzenden Amphitheater. JedeR hatte Rederecht für drei Minuten, aber manchmal auch länger. Für das Besetzungskomitee das Pressekomitee, das Propagandakomitee, das Verbindungskomitee der StudentInnen und ArbeiterInnen, das Verbindungskomitee mit den ausländischen StudentInnen, das Aktionskomitee der OberschülerInnen und das Komitee für die Zuweisung der Räume wurden Räume zur Verfügung gestellt. Zahllose Kommissionen wurden gegründet, um Einzelprojekte anzugehen wie die Anlage eines Dossiers über polizeiliche Grausamkeiten, die Auswirkungen der Autonomie auf das Prüfungssystem usw.

Die Zusammensetzung der Komitees wechselte manchmal täglich, trotzdem konnte man einige Sachen organisieren. So wurde in einer großen Halle eine Kantine eingerichtet, sowie in einem anderen Raum ein Kindergarten. Man schuf eine Erste-Hilfe-Station und anderswo wurden Schlafsäle zur Verfügung gestellt. Putzdienste arbeiteten und Einheiten eines Ordnungsdienstes wurden an den Eingängen der Universität aufgestellt. Sie hatten die Aufgabe, Angriffe der CRS und der Faschisten abzuwehren.

Überall in Frankreich waren bald die Universitäten besetzt, alle möglichen Experimente von „kritischen Universitäten“ und „permanenten Diskussionen“ entstanden. Viele StudentInnen zeigten Mut und Verantwortlichkeit: sie organisierten Gruppen für den Barrikadenbau, Teams zur Versorgung der Verwundeten, Einheiten von Kurieren auf Motorrädern mit roten Fahnen usw. In ihrem Stolz auf sich aber glaubten viele, sie würden eine „Revolution“ anführen. Doch die entscheidenden Ereignisse spielten sich an anderen Orten ab.

Die „schweren Bataillone“ der FabrikarbeiterInnen traten in die Schlacht ein und motivierten neue Schichten, die nie zuvor in Aktion getreten waren, sich ihnen anzuschließen. Die „leichte Kavallerie“, wie Trotzki StudentInnen und Intellektuelle bezeichnete, kann die ersten Manöver machen. Sie können eine Bresche in die Reihen der feindlichen Kräfte schlagen, aber der Sieg kann nur errungen werden, wenn die mächtige Kraft des Proletariats den entscheidenden Schlag führt.

Die ArbeiterInnen gingen von der gigantischen Demonstration am 13. Mai nach Hause und überdachten die Folgen ihrer Aktion. Innerhalb von Tagen, manche gar innerhalb von Stunden, traten sie wieder in den Streik und stellten die Macht dieser Gesellschaft in Frage.

Der Präsident der Republik General De Gaulle hatte bisher keine öffentliche Stellungnahme abgegeben, seine Bedeutung schien immer geringer zu werden. Als Taktiker bekannt, entschied er, seinen Staatsbesuch in Rumänien wie geplant weiterzuführen, als sei nichts Außergewöhnliches geschehen. Zu Beginn des Monats hatte er die Sowjetunion als einen „Pfeiler Europas“ bezeichnet. Er und der rumäni-

sche Führer Ceaucescu wollten, das war klar, angesichts der Stürme in ihren jeweiligen Ländern eng zusammenhalten.

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei drohten zu einer politischen Revolution gegen alle stalinistischen Bükratien im Osten anzuwachsen. Die Streikwelle in Frankreich bedrohte nicht nur die Existenz des Kapitalismus in Europa, er sollte auch die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen unter den stalinistischen Regimen verschärfen. Der Generalstreik war längst in vollem Gang als De Gaulle gezwungen war, wieder nach Frankreich zurückzukehren.

## Der Sturm bricht los

Am 14. Mai, dem Morgen nach dem eintägigen Streik, waren etwa 200 ArbeiterInnen im Ausstand. Am 19. Mai streikten zwei Millionen Beschäftigte und am 21. Mai zehn Millionen. Die jungen MetallarbeiterInnen der Firma Sud Aviation können für sich in Anspruch nehmen, der auslösende Funke für diesen historischen Generalstreik gewesen zu sein. An jedem Dienstagmorgen hatten sie in ihrem Kampf mit der Geschäftsleitung ihre Arbeit für 15 Minuten eingestellt. Jetzt waren sie von dem ansteckenden Virus der StudentInnenproteste und dem Gefühl der enormen Macht, das der eintägige Streik vom Vortag bei ihnen hinterlassen hatte, infiziert. Statt an diesem Dienstag nur die Arbeit einzustellen, beschlossen sie, ihre Aktion zu verlängern und den Streik in alle Abteilungen der Fabrik zu tragen. Sie schlossen die 20 Leute der Geschäftsleitung in ihren Büros ein und spielten ihnen über Lautsprecher permanent die Internationale vor, damit sie den Text lernten. An der Tür wurden Wachen aufgestellt, nur in deren Begleitung durften die Chefs auf die Toilette gehen. Die ArbeiterInnen bildeten ein Aktionskomitee, um den Streik auszuweiten. Es war kein Zufall, daß der Streik hier begann, wo es bereits spontane Konflikte zwischen Management und ArbeiterInnen gegeben hatte. Einige junge Arbeiter waren von marxistischen Ideen beeinflusst. Aber wenn er hier nicht angefangen hätte, wäre er irgendwo anders ausgebrochen, so gespannt waren die sozialen Beziehungen überall in Frankreich geworden. Vor dem Mai 68 - und später wieder - fielen die revolutionären Ideen wie Saatkörner auf unfruchtbares Land, aber jetzt schlugen sie Wurzeln.

Die StudentInnenaktionen sowie die ArbeiterInnenmassendemos hatten den Damm durchbrochen. Als die Bewegung begonnen hatte, entwickelte sie sich mit unwiderstehlicher Kraft weiter. Am 15. Mai breiteten sich die Streiks und Besetzungen auf die Renaultfabriken, die Werften, Krankenhäuser und das staatliche Odeon-Theater in Paris aus.

Am 16. Mai stellten alle 60.000 RenaultarbeiterInnen die Arbeit ein und besetzten die sechs Fabriken, wie die „Sunday Times“ berichtete:

„In der riesigen Renaultfabrik von Billancourt murrten die jungen ArbeiterInnen, die qualifizierten HandwerkerInnen in der Motorherstellung: „Wenn die StudentInnen Zugeständnisse von der Regierung erreichen, könnten die Gewerkschaften das auch...“ Am Donnerstag streikten die RenaultarbeiterInnen in Cleon und Flins. Am Freitagmorgen wurden dann alle Fließbänder in Billancourt abgestellt... Bezeichnenderweise begann der Streik im Atelier 70, dem Werkzeuglager. Und er war bereits im Gang, als ein Aufgebot von StudentInnen aus dem Quartier Latin eintraf. Die Atmosphäre in der großen Halle, in der täglich die Streikversammlung mit 4.000 TeilnehmerInnen stattfand, war elektrisch geladen. Es war wie Karneval am frühen Morgen. Ein Transparent forderte „Mehr Studienplätze für ArbeiterInnenkinder“... Reden wurden durch Forderungen nach dem Rücktritt De Gaulles abgelöst... Über die Lautsprecher ertönte die Internationale, geschmettert von

Männern aller politischer Richtungen. plötzlich war Solidarität etwas Greifbares geworden. Es ist eine bewegende Erfahrung.“

Die Renault-Getriebefabrik in Cleon bei Rouen war relativ neu und die jugendlichen Arbeitskräfte waren frisch vom Lande rekrutiert worden. Ihre Beteiligung am 13. Mai war nicht sehr zahlreich gewesen; aber als sie sahen, was sich da entwickelte, waren sie entschlossen, „dies bei der ersten Gelegenheit wieder gut zu machen“, wie es einer der Arbeiter erklärte. Als der Firmendirektor sich weigerte, eine Delegation zu empfangen, wurde er kurzerhand eingeschlossen und gefangengesetzt. Bei Renault Flins meldeten sich regelmäßig 3.000 Mann als Streikposten. Von hier aus zogen Gruppen junger ArbeiterInnen zu den kleineren Fabriken der Umgebung, um den Streik auszuweiten. Bei der Citroenfabrik, in der nur 200 der 18.000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, zögerte man. Die Zeitschrift „Le Canard Enchaîné“ berichtete, wie die „Hausbullen“ (die firmeneigene Polizei) die Fabrik überwachten, als die GewerkschafterInnen die ArbeiterInnen zum Streik aufriefen. Die ArbeiterInnen blieben unentschlossen, bis ein CGT-Mitglied einen „Hausbullen“ aufforderte, die Position der Geschäftsleitung zu erklären. Er war so schlecht, daß die ArbeiterInnen vollständig überzeugt wurden und von da an für Streikaktionen stimmten. Vor dem Streik war Citroen als „Fabrik der Angst“ berüchtigt.

Über den Fabriken wurden rote Fahnen aufgezogen. In der Instandhaltungshalle des Flughafens Orly traf sich täglich ein intergewerkschaftliches Streikkomitee, es berief jeden Morgen eine Streikversammlung mit bis zu 3.500 ArbeiterInnen ein. Die Disziplin wurde gewahrt und die Maschinen waren besser gewartet als unter normalen Bedingungen. Am 16. Mai wurden die Häfen Marseille und Le Havre geschlossen, der Transeuropa-Express wurde in Valence in Südfrankreich gestoppt. Die Zeitungen erschienen weiter, aber die DruckerInnen kontrollierten den Inhalt. Anlieferungen kamen überall knirschend zum Stillstand. Einige öffentliche Dienstleistungen arbeiteten noch, jedoch nur mit der Erlaubnis der Streikenden.

„Zu keinem Zeitpunkt kam von den Pariser Zentralen der Gewerkschaftsföderationen ein Aufruf zum Generalstreik, aber überall im Land begrub eine ruhige, unwiderstehliche Flutwelle der ArbeiterInnenmacht die Kommandozentralen der französischen Wirtschaft. In tausenden von Fabriken beschränkten sich die ArbeiterInnen nicht auf Streiks, sondern blieben an ihren stillstehenden Maschinen und verwandelten die Fabriken so in bewaffnete Festungen.“ (*Französische Revolution 1968*)

Der Streik breitete sich über alle Ecken Frankreichs aus. Von den MechanikerInnen über die TransportarbeiterInnen, von den Warenhäusern über Bäckereien, von Textilfabriken über LeichenbestatterInnen bis zu den Schleppkähnen auf der Seine. Selbst Arbeitsämter wurden besetzt und mit der roten Fahne

gekrönt. Der Kreis der Streikenden weitete sich täglich aus, von den ärmsten bis zu den gehobenen Schichten der Bevölkerung.

So wie sich die Streiks im Mai 1968 entwickelten, hatten sie eine große Ähnlichkeit mit den großen Besetzungstreiks, die auf den Wahlsieg der Volksfront 1936 folgten, und die Trotzki in „*Wohin geht Frankreich?*“ beschrieb:

„Die Bewegung bekommt epidemieartigen Charakter. Die Seuche pflanzt sich von Fabrik zu Fabrik, von Korporation zu Korporation, von Gebiet zu Gebiet. Alle Schichten der Arbeiterklasse rufen sich gleichsam gegenseitig zu. Den Anfang machen die Metallarbeiter: das ist die Vorhut. Doch die Kraft der Bewegung will es, daß im kurzen Abstand nach der Vorhut die schweren Reserven der Klasse folgen, darunter auch die rückständigsten Berufe, ihre Nachhut, die die Herren Parlamentarier und Gewerkschaftsführer gewöhnlich ganz vergessen.“

Die FührerInnen der Kommunistischen Partei und der CGT bemerkten, daß sich irgendetwas Bedeutendes um sie herum abspielte. Am frühen Samstagmorgen, dem 11. Mai, hatten sie 300.000 Exemplare einer Sondernummer ihrer Tageszeitung „L'Humanite“ drucken lassen. Auf der gewaltigen Demonstration vom 13. Mai konnten sie „einen großen Willen zur Veränderung“ feststellen.“. Jetzt versuchten sie, ihre eigenen Streikkomitees in den Fabriken durchzusetzen. Wie die BeobachterInnen einstimmig feststellten, versuchten sie die Bewegung zu enthaupen, indem sie die frisch radikalisierten und vornehmlich jugendlichen Elemente beiseite schoben, die mit viel Phantasie und Energie in den Kampf gegangen waren.

Am 17. Mai erklärte die „L'Humanite“ schamlos: „Die CGT grüßt alle ArbeiterInnen, die unserem Aufruf zur Besetzung gefolgt sind.“ Welcher Aufruf? Seitens der GewerkschaftsführerInnen hatte es einen solchen Appell nie gegeben. Dann warnten sie die ArbeiterInnen davor, an der von den StudentInnen geplanten Demonstration zum staatlichen Radio- und Fernsehsender teilzunehmen. Auch vom Marsch der StudentInnen zu Renault nach Billancourt sollten sie sich fernhalten. Sie setzten ihre Politik des Teilens und Herrschens fort und versuchten, die ArbeiterInnen gegen die Ansteckung durch die revolutionären Ideen zu immunisieren. „Die StudentInnen wollen kommen, um die Maschinen zu zerstören“, erzählten sie den RenaultarbeiterInnen in einem verzweifelten Versuch, Gift gegen die StudentInnen zu verspritzen.

Bei einem so starken Anteil der CGT unter den ArbeiterInnen von Renault-Billancourt war es kein Wunder, daß diese am Anfang die Angebote der StudentInnen zurückwiesen. Ein Flugblatt der sogenannten TrotzkiistInnen von der JCR hatte nichts bewirkt, die KP versuchte weiter, den Graben zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen zu vertiefen.

Der „Canard Enchaîné“ beschrieb die StudentInnen, die zwei Nächte nicht geschlafen, zwei Tage nichts gegessen hatten. Sie waren den Tränen nahe, als man sie

nicht in die riesige Fabrik von Renault einließ. „Wir sind gekommen, Euren Kampf zu unterstützen!“ „Bravo, danke!“ Überall geballte Fäuste und die Internationale, aber die Mauern und die Eisengitter des Tores blieben fest verschlossen. Dann versuchten es 1.500 bis 2.000 StudentInnen mit der „Jericho-Taktik“ und marschierten um die Mauern der riesigen Fabrik. Auch das brachte kein Ergebnis. Die StudentInnen kamen zum Haupttor zurück, die ArbeiterInnen saßen wieder auf den Mauern und standen hinter den Toren. Diesmal gab es kurze Diskussionen. Die ArbeiterInnen auf den Mauern waren meist jung. Wenn man sie fragte: „Was macht Ihr, KollegInnen?“, antworteten sie: „Wir führen einen Dialog!“ Denn „Monolog“ war das Losungswort für De Gaulles bonapartistisches Regime. Überall wurden „Dialoge“ geführt. ArbeiterInnen wurden miteinander bekannt. Besonders ausländische ArbeiterInnen bemerkten, daß ihre ArbeitskollegInnen ihnen erstmals Aufmerksamkeit schenkten.

Transparente in Billancourt forderten „Tausend Francs mindestens, 40 Stunden höchstens!“ und „Hoch leben die ArbeiterInnen!“. In Cleon forderten sie außerdem „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ und eine „Linksregierung“.

### ‘Die große ruhige Kraft`

Die PolitikerInnen und GewerkschaftsführerInnen der französischen ArbeiterInnenklasse kamen unter steigenden Druck, einen politischen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Georges Seguy, Generalsekretär der CGT, sprach vor RenaultarbeiterInnen: „Jede Aufstandsforderung würde den Charakter unseres Streiks ändern.“ Ein Vorschlag, der zu bedenken war! Natürlich zielte der Vorschlag des KP-Würdenträgers darauf ab, die ArbeiterInnen zu erschrecken. Tatsächlich aber gab es einen Anstoß, eine politisch-revolutionäre Lösung der Krise in Erwägung zu ziehen. Premierminister Pompidou rief die StudentInnen über das Fernsehen dazu auf, den AgitatorInnen nicht zu folgen; die BürgerInnen sollten die Anarchie zurückweisen. Er sprach im gleichen Ton wie die FührerInnen der Kommunistischen Partei. Doch in den besetzten Fabriken herrschte bei weitem keine Anarchie, dort ging es völlig ruhig und geordnet zu. Pompidou war auf sich selbst gestellt. In Paris kursierte ein Witz, De Gaulle habe in Rumänien eine Exilregierung gebildet. Ein Vertreter der Gewerkschaft der Aufstandsbekämpfungspolizei CRS erklärte, es sei immer schwerer, seine Leute vom Streik abzuhalten. George Seguy versuchte wie viele der GewerkschaftsführerInnen heute auch, die Wogen zu glätten. Er erklärte, die CGT sei die „große ruhige Kraft“. Mitten im revolutionären Sturm sangen die ArbeiterInnenführerInnen Wiegenlieder, während die ArbeiterInnen versuchten, den „Himmel zu erobern“, wie Karl Marx es unübertrefflich in seiner Analyse des heroischen Kampfes der Pariser CommuneInnen von 1871 formuliert hatte.

## ‘Die Herren Demokraten und Kommunisten’

Marx und Engels schrieben viel über die revolutionären Erhebungen in Frankreich. Immer wieder analysierten sie, wie die Herren Demokraten an der Spitze der Bewegung den ArbeiterInnen die Siege entrissen, die sie so hart erkämpft hatten, und der Reaktion den Sieg ermöglichten, der immer mit Massakern endete. Die glorreiche Pariser Commune wurde im Blut von 45.000 PariserInnen ersäuft, zehntausende starben in den Gefängnissen oder in der Verbannung. 1968 fiel der Jahrestag der Pariser Commune am 28. Mai mitten in die Periode eines neuen revolutionären Aufschwungs. Wieder einmal versuchten die FührerInnen der ArbeiterInnenbewegung, den Massen den Sieg zu entreißen. Warum handelten sie so? Die Antwort ist in der Geschichte der Kommunistischen Partei Frankreichs zu suchen. Der Kongreß des Sozialistischen Partei 1920 in Rours spaltete ReformistInnen und RevolutionärInnen. Vier Fünftel der Delegierten stimmten für die Dritte - die Kommunistische Internationale. Seither ist die dort gegründete Kommunistische Partei die wichtigste Organisation der französischen ArbeiterInnenklasse. Seit dem Aufstieg des Stalinismus in der Sowjetunion führte die französische KP alle Befehle des Kreml treu aus. Die sowjetische Bürokratie war vor allem daran interessiert, ihre privilegierte Position zu erhalten und jede revolutionäre Bewegung zu verhindern, die den Kapitalismus in Frankreich stürzen könnte. Ein solcher Umsturz, der zu einem ArbeiterInnenstaat mit breitester Demokratie im Gegensatz zum bürokratischen Regime geführt hätte, wäre auch eine Gefahr für das Überleben der Bürokratie in der Sowjetunion gewesen. So entwickelte sich die KP zu einer zweiten reformistischen Partei in Frankreich, teilweise Werkzeug des Stalinismus, teilweise Agent der Bourgeoisie. Seit ihrer Gründung hatte sie wiederholt die Möglichkeit gehabt, die Macht zu ergreifen und die Gesellschaft nach sozialistischen Zielen umzugestalten. Aber jedes Mal lehnten die Führer der Kommunistischen Partei dankend ab. Im Mai 1968 war die Gelegenheit für die Arbeiterklasse tausendmal günstiger als zur Zeit der Pariser Commune. Das Gefühl des möglichen Sieges war so groß, daß sogar der Parteisekretär Waldeck-Rochet davon ergriffen wurde. Ging er normalerweise mit bürokratischer Denkweise an politische Fragen heran und sah sich vor allem als Führer einer Oppositionspartei, so war er jetzt unter dem massiven Druck von unten gezwungen, auf die Ideen aus der revolutionären Gründungsphase seiner Partei zurückzugreifen. Im Gegensatz zu seinem üblichen Standpunkt gab er eine Erklärung ab, die die Umriss eines richtigen Weges nach vorn skizzierte:

„Um die Ziele der ArbeiterInnen, LehrerInnen und StudentInnen zu erfüllen, schlägt die Kommunistische Partei Frankreichs nicht nur die Verstaatlichung der Großbanken, sondern auch die der monopolisierten Industrien vor, welche die Schlüsselpositionen der Wirtschaft beherrschen... Wir

müssen mit der Ausweitung der Rolle der Fabrikkomitees und der freien Tätigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben beginnen... Die Macht der Monopole und mit ihr die Macht der GaullistInnen muß beendet werden.“

Ab und zu findet man verstreut in den Materialien der PCF vom Mai 1968 Hinweise auf die Notwendigkeit des Sozialismus, aber niemals so konkret wie im obigen Zitat. Wie ihre VorgängerInnen in den 30er Jahren behaupteten die stalinistischen Führer der KP und der CGT ständig, die Situation sei nicht revolutionär und leugneten den politischen Charakter der Bewegung. Es handele sich, so behaupteten sie, um einen einfachen Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Aber Politik ist bekanntlich konzentrierte Ökonomie. So ein Kampf kann über einen längeren Zeitraum ohne sozialistische Umwälzung der Gesellschaft nicht erfolgreich sein. Der Kapitalismus mit seiner Gier nach Profit kann es sich langfristig nicht leisten, diese Forderungen zu erfüllen. Eine echte revolutionäre Partei hätte die streikenden ArbeiterInnen um sich geschart und ihre Tagesforderungen mit weitergehenden Forderungen bis hin zur Notwendigkeit der Umgestaltung der Gesellschaft verknüpft. Die Spannungen in der Kommunistischen Partei - einer der unbeweglichsten, wenn nicht sogar die strengste stalinistische KP in Westeuropa - mußten zwangsläufig zu einem Knackpunkt führen. Am Ende der ersten Maiwoche wurde Jean-Pierre Vigier, ein führendes Mitglied der Vietnam-Solidaritätsbewegung, wegen seiner „Anti-Parteihaltung“ ausgeschlossen. Zwei Wochen später trat Andre Barjonet, führender Wirtschaftsfachmann der CGT, von seinem Posten zurück und aus der KP aus. Er erklärte sich überzeugt von der Möglichkeit der Revolution, während die Kommunistische Partei nichts zu ihrer Unterstützung unternehme. Statt dessen bremse sie und unternehme alles, um die Revolution zu sabotieren. Das Hauptinteresse der reformistischen KP-FührerInnen war es, genau wie das von Maurice Thorez in den 30er Jahren, wie man den Streik beenden könne. Ihr Dilemma drückt sich im Kommentar „Wir haben nicht zum Streik aufgerufen“ aus. Zwei- unddreißig Jahre nach Thorez sagte Georges Seguy: „Wir haben nicht zum Streik aufgerufen, also konnten wir sie auch nicht wieder zur Arbeit zurückschicken!“

# Das Gleichgewicht der Kräfte

Die FührerInnen aller Parteien zeigten sich angesichts der sich entfaltenden Ereignisse völlig hilflos. Stärker noch als die Führer der bürgerlichen Parteien waren die der ArbeiterInnenorganisationen in ihrer Aktivität gelähmt, auch wenn sie es mit radikalen Phrasen kaschierten. Die kommunistischen und sozialistischen FührerInnen nahmen ihre Rolle als „Kommission zur Wiedergabe der Unzufriedenheit der Massen“ ein, aber niemals dachten sie im Traum daran, daß man dazu aufrufen könne, die Hebel der Macht in die Hand zu nehmen und eine neue Gesellschaft zu schaffen. Niemals hatten sie erwartet, das Ruder zu übernehmen und das Schiff zu steuern. „Wall Street Journal“ betonte:

„Die in der Nationalversammlung gehaltenen Reden waren völlig belanglos. Der Oppositionsführer Francois Mitterrand und Waldeck-Rochet, Fraktionschef der Kommunistischen Partei, waren genauso hilflos wie Premierminister Georges Pompidou. Alle waren Mitglied des Establishments, sie sahen sich einer Volksbewegung gegenüber, die ihnen Angst einjagte.“

Am 19. Mai kehrte wie ein Geist um Mitternacht De Gaulle aus Rumänien zurück. Zwanzig Jahre später erinnerte sich der Präfekt von Paris in einem Interview mit der „Sunday Times“ der Nacht vom 19. Mai: Gerade zurückgekehrt, ließ der Präsident der Republik den Präfekten Grimaud und Premierminister Pompidou vorladen und forderte sie auf: Heute Nacht erobern sie das Odeon-Theater zurück und morgen früh die Sorbonne! Grimand bemerkte später, dies wäre ein stümperhafter Fehler gewesen. Ein Versuch der Rückeroberung dieser Gebäude während dieses Ausbruchs der Leidenschaften, den die Ereignisse erreicht hatten, hätte bedeutet, Blut fließen zu lassen. Er konnte den Präsidenten überreden, in dieser Phase von seinem Plan abzugehen. Damit aber war De Gaulle ein machtloser Gefangener im Elysee-Palast. Frankreich war fast vollständig gelähmt. Bauernhöfe und Landwirtschaftsdepots waren besetzt. Die Bankangestellten und die Finanzbeamten waren dem Streik beigetreten. Regisseure hatten das Filmfestival von Cannes unterbrochen. Pferderennen, Motorradwettbewerbe und selbst eine Golfmeisterschaft mußten abgesagt werden. Die Nachrichtensendungen standen größtenteils unter der Kontrolle der Radio- und FernsehjournalistInnen.

## Aktionskomitees

Die vielen hundert Aktionskomitees in den Fabriken, Büros, Universitäten und Wohngebieten begannen sich zu koordinieren. Im Departement Loire-Atlantique wurde die vielleicht am weitesten fortgeschrittene Form von ArbeiterInnendemokratie in diesem Jahr 1968 praktiziert. Hier waren es die ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen und StudentInnen, die alles gemeinsam

entschieden.

In der Departementshauptstadt Nantes übte das zentrale Streikkomitee die Kontrolle über den Verkehr aus der in die Stadt kam und sie verließ. Straßensperren wurden von den TransportarbeiterInnen errichtet und mit Hilfe der Schulkinder bewacht. Mit Benzingutscheinen und Fahrerlaubnissen wurden jene FahrerInnen ausgestattet, die Lebensmittel von den Bauernhöfen der Umgebung abholten. Die Bewegung war so mächtig, daß die städtische Polizei und die Angestellten der Stadtverwaltung sich zurückzogen und die neuen Machtverhältnisse stillschweigend duldeten.

Zugunsten der Streikenden wurde ein Fußballspiel ausgetragen. Zu Beginn der Fabrikbesetzungen war hier ein unprovocierter und potentiell blutiger Angriff der Polizei durch eine Verbrüderungsaktion gestoppt worden! Arbeiterfrauen organisierten die Verteilung von Lebensmitteln an die EinzelhändlerInnen und eröffneten Verkaufsstellen in den Schulgebäuden. ArbeiterInnen und StudentInnen halfen den Bauern und Bäuerinnen bei der Kartoffelernte,

„Durch die Ausschaltung der Zwischenhändler konnte die revolutionäre Macht die Einzelhandelspreise senken, der Preis für einen Liter Milch sank von 80 auf 50 Centimes, ein Kilo Kartoffeln von 70 auf 12, Mohrrüben von 80 auf 50 Centimes. Die großen Lebensmittelmärkte mußten schließen, die kleinen Einzelhändler durften öffnen, aber jeden Morgen kontrollierten GewerkschaftsvertreterInnen die Preise. Den ärmeren Familien von Streikenden halfen die Gewerkschaften mit der Verteilung von Lebensmittelgutscheinen: Für Kinder unter drei Jahren Milch im Wert von einem Franc, 500g Brot für Kinder über drei Jahre. Lehrer richteten Tagesstätten für die Kinder der Streikenden ein. ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen, die sich oft in den Haaren gelegen hatten, fingen jetzt an zusammenzuarbeiten. Die ArbeiterInnen der Elektrizitätswerke sorgten dafür, daß der Strom für die Melkmaschinen nicht abgestellt wurde. Die normalen Anlieferungen von Tierfutter und Benzin wurden gesichert; die Bauern und Bäuerinnen kamen nach Nantes, um Seite an Seite mit den ArbeiterInnen und StudentInnen zu demonstrieren. 32 Jahre zuvor hatten 50.000 Bauern, die vorwiegend von den Großgrundbesitzern abhängig waren, 1936 in Nantes gegen die Volksfrontregierung demonstriert. Es war auch das Land der großen royalistischen Bauernrevolte gegen die revolutionäre Herrschaft der Jakobiner am Ende des 18. Jahrhunderts. Aber die Zeiten ändern sich; der Königsplatz wurde in „Platz des Volkes“ umbenannt.“ (*Revolution in France, 1968*)

Was hier an realen Erfolgen für die arbeitenden Klassen erreicht wurde, war ein kleiner Hinweis darauf, was in einer sozialistischen Gesellschaft möglich wäre. Im gleichen Sinne handelte fast 20 Jahre später der sozialistische Stadtrat von Liverpool, als er Häuser bauen ließ und Arbeitsplätze schuf; und das hat mehr Gehalt als jede politische Rede.

Solche proletarischen Errungenschaften werden auf der Waage der Geschichte immer schwerer wiegen als die avantgardistischen Experimente an den Universitäten. Trotzdem zementierten sich zwischen den ArbeiterInnen, die zu den Unis strömten und den StudentInnen, die in die Fabriken gingen, eine fruchtbare Bezie-

hung. An der berühmten Hochschule für schöne Künste wurden täglich tausende von Postern produziert - insgesamt 350 verschiedene Motive. Zahllose Flugblätter bestärkten die ArbeitInnen, den Kampf fortzusetzen.

In einem während der Air France-Besetzung herausgegebenen Flugblatt stand: „Wir weigern uns, diese erniedrigende „Modernisierung“ zu akzeptieren, denn sie bedeutet, daß wir ständig überwacht werden und uns Bedingungen unterwerfen müssen, die für unsere Gesundheit und unser Nervensystem schädlich sind. Sie beleidigen unsere menschliche Existenz.“ Die ArbeiterInnen von Rhone-Poulenc schrieben: „Die Bewegung der StudentInnen hat uns gezeigt, daß nur die Aktionen von unten die Herrschenden zum Rückzug zwingen“ Und in einem Flugblatt bei Renault Billancourt konnte man lesen:

„Die Regierung fürchtet die Ausweitung der Bewegung. Sie fürchtet er die sich entwickelnde Einheit zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen. Pompidou hat angekündigt, die Regierung werde die Republik verteidigen. Armee und Polizei stehen bereit, De Gaulle wird am 24. eine Rede halten. Wird er die Polizei gegen die Streikposten vor den besetzten Betrieben schicken? Seid wachsam! Bereitet die Selbstverteidigung von Arbeitsplätzen und Fakultäten vor!“

ArbeiterInnen und StudentInnen diskutierten gemeinsam über dieses Flugblatt und die Folgen. Der Mut und die revolutionären Ideen der StudentInnen zogen die besten der jungen ArbeiterInnen an, sie waren sich vorher nie begegnet. Die ArbeiterInnen waren nicht sicher, ob die StudentInnen, sollte die Bewegung einmal vorbei sein, sich nicht wieder in Luft auflösen würden. Aber sie fragten sich auch, was die traditionelle ArbeiterInnenpartei - die KP - tun werde, wenn die Streikwelle sich so schnell weiterentwickelte.

Diese KP plante ein Jugendfestival mit Tanz und Erholung sowie eine Versammlung. Doch am gleichen Tag begannen die 40.000 ArbeiterInnen bei Citroen ihren Streik und das Jugendfestival wurde von den BürokratInnen der Kommunistischen Partei schnell wieder abgesagt. Es hätte eine Massenversammlung der Jugendavantgarde für die Revolution werden können, aus Angst vor der Beeinflussung durch „wilde Radikale“ wurde es wieder abgesagt. In jeder Zelle und jeder Fabrik fragten sich die Mitglieder, ob die Partei nicht eine einmalige Chance vergebe. Der Pariser Korrespondent des „Economist“ schrieb: „Die Fortführung der vorsichtigen, gemäßigten und höchst verantwortungsvollen Politik in diesem Mai führte zu großen Spannungen in der Partei. Sie schien wie ein Mann, der altbackenes Brot zu verkaufen versucht, wenn Kuchen im Angebot ist.“

## **Wozu eine Revolution gut ist**

Die Politisierung war weit fortgeschritten. Bekannte JournalistInnen aus Radio und Fernsehen machten während des Streiks, also ohne Unterstützung ihrer Medi-

en, in einer Art Reisezirkus eine Rundreise durch Frankreich. Doch das Publikum schien weniger an den Stars interessiert als an den anschließenden Diskussionen. Gefragt waren keine Monologe mehr, sondern mehr Dialoge. Neue und unerwartete Schichten des Proletariats wurden von der „Epidemie“ angesteckt. Während des großen Streiks von 1936 hatten sich Verkäuferinnen der großen Warenhäuser gewiegert, Lippenstift und Make-up zu benutzen mit der Erklärung, sie seien Arbeiterinnen und keine Schauspielerinnen. 1968 verlangten die Schauspielerinnen der Folies Bergeres, ebenfalls als Arbeiterinnen anerkannt zu werden. Sie verlangten 2,50 DM mehr pro Stunde, bessere Waschgelegenheiten und das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen. „Wir sind nicht blöd, nur weil wir Stripperinnen sind“, erklärten sie.

Sie spielten zusammen Schach, sangen und veranstalteten Diskussionsgruppen. Das berühmte Warenhaus Lafayette wurde wie 1936 geschlossen und besetzt. TotengräberInnen und TaxifahrerInnen stellten die Arbeit ein. Die Ziehung der staatlichen Lottozahlen mußte ebenso wie die Tennismeisterschaft verschoben werden. Profifußballer streikten, besetzten die Zentrale des Fußballverbandes und forderten: „Gebt den Fußballsport den Fußballspielern zurück!“ IngenieurInnen besetzten das Hauptquartier des französischen UnternehmerInnenverbandes. BeamtInnen, Angestellte der Kernkraftwerke, WetteransagerInnen, BuchhändlerInnen traten dem Streik bei, die Liste ist endlos.

Ebenso die Anekdoten: Da sah man einen ausländischen Gast von einem geschlossenen Hotel zum nächsten auf der Suche nach einem Bett eilen. In seiner Not rief er beim Amtssitz des Premierministers an, aber auch da hatte er kein Glück. Es handelte sich um König Hussein von Jordanien! Die Revolution respektiert weder Rang noch Namen.

Während des Staatsbesuchs von De Gaulle in Bukarest wollte dieser ein Bankett für Ceaucescu in der französischen Botschaft geben. Doch die Flugzeugladung mit 205 Kilo Lebensmitteln - beste Weine, foie gras usw. blieb in Paris, denn die LuftfrachtarbeiterInnen streikten. „Mon General“ mußte sich mit rumänischer Verpflegung zufrieden geben. Als er später den Oberkommandierenden der Truppen in Deutschland anrufen wollte, sagte man ihm, es sei keine Verbindung herstellbar. Der Telefonist streikte. „Aber es ist für General De Gaulle!“. „Das ist mir egal, ich bestreike alle Verbindungen der Welt“.

Die Angestellten, welche das Hotel Plaza besetzt hielten, beriefen die AktienbesitzerInnen zu einer Versammlung ein und stellten ihnen das Ultimatum, das Hotel nicht an den britischen Millionär Charles Forte zu verkaufen. Die Handelsmarine streikte. Sogar die Offiziere beteiligten sich an den Sit-ins der Mannschaften, schrieb „TIZE „Times““ vom 23. Mai. Gutshöfe und Landwirtschaftsdepots waren besetzt. Die Vereinigung Junger Landwirte rief zum Generalstreik auf den Höfen und zu „wahrer Wirtschafts- und sozialer Demokratie“ auf. In Südfrank-

reich kontrollierten die Gewerkschaften die Wochenmärkte. Man berichtete, daß im Süden weniger über Parteiprogramme und Ratenzahlungen diskutiert wurde - man verlangte eine qualitative und keine quantitative Änderung des Lebens.

In den Großbetrieben - der Hochburg der Revolution - herrschte eine Karnevals- oder Urlaubsatmosphäre. Hier löste die Heiterkeit die Angst der letzten zehn Jahre ab. Die ArbeiterInnen von Berliet veränderten die Buchstaben ihrer Fabrik in Liberte - Freiheit. In den Fabriken tauchten neue Poster auf: „Streik ohne Ende“, „Wir sind die Macht“.

Ein junger Arbeiter der SNECMA-Flugzeugmotorenfabrik meinte: „Jetzt sind wir wir selbst, gehören uns selbst... Wir fühlen, daß wir den Sozialismus leben. Und ein junger Renaultarbeiter: „Wir wollen, daß alles von unten nach oben und nicht wie jetzt von oben nach unten entschieden wird!“ Ein Unterstützer des britischen „MILITANT“, der Frankreich besuchte, war erstaunt über die Tatsache, daß die Leute überall miteinander redeten und sich kennenlernen wollten:

„JedeR diskutierte über Politik. Wir erlebten die Stimmung der ArbeiterInnen, als wir mit ihnen vor der großen Citroenfabrik diskutierten: Ein Bus mit Arbeiterfrauen fuhr vorbei. Er bremste und die Frauen begannen, begeistert die Internationale zu singen und die Fäuste zu schwenken. Die ArbeiterInnen spendeten Beifall.“

Man sah SchülerInnen an den Toren von Renault ernsthaft mit den Streikenden diskutieren. Zeitweise kamen die Familien der Streikenden in die Fabriken, die sich dann in einen geschäftigen Rummelplatz verwandelten, wie ein Journalist des „Observer“ bemerkte. „Für die ArbeiterInnen war dieser Zustand wie ein herrlicher, verlängertes, freier Tag.“ Und weshalb auch nicht?

Trotzki beschrieb in seiner Geschichte der russischen Revolution die Empörung eines ehemaligen Vorsitzenden des russischen Industriellenverbandes, V. Auerbach:

„Die Revolution wurde von den unteren Schichten als so etwas wie der vorösterliche Karneval betrachtet. DienerInnen zum Beispiel verschwanden für ganze Tage, liefen mit roten Bändern herum, fuhren mit Automobilen, kamen erst am frühen Morgen nach Hause, schiefen sich aus und verschwanden wieder, um sich weiter zu vergnügen.“

## **Die Mittelschichten treten in Aktion**

Wenn die ArbeiterInnenklasse sich zu Millionen bewegt und zeigt, wer die wahre Macht in der Gesellschaft ist, schließen sich ihr die breitesten Schichten an. Zahllose Gruppen auf allen Ebenen der Gesellschaft beginnen ihre Forderungen zu stellen. Die TankstellenbesitzerInnen, die im Mai 1968 in den Streik traten, konnten natürlich nicht weiter denken als an höhere Profite, aber selbst die PfadfinderInnen wagten es, Mitbestimmung bei der Führung ihrer Bewegung zu fordern.

Junge KatholikInnen besetzten mit ihren Transparenten die Kirche St. Severin im

StudentInnenviertel und riefen: „Wir wollen die Kirche neu begründen!“ Junge Juden und Jüdinnen besetzten die jüdische Gemeindeleitung und gaben eine Erklärung ab, in der sie die archaischen und undemokratischen Strukturen der Institutionen ihrer Gemeinde angriffen. Der Erzbischof von Paris besuchte während der Straßenkämpfe das Quartier Latin und schrieb danach in seiner Bistumszeitung, Gott sei für Gerechtigkeit und kein Konservativer. ChristInnen müßten eine Gesellschaft in Frage stellen, welche die grundlegendsten Ansprüche der Menschen vernachlässige. Das hörte sich an wie die spätere Befreiungstheologie in der Dritten Welt, formuliert von einem Vertreter der Kirchenhierarchie in einem entwickelten Land des Kapitalismus! Eine Reporterin des „Evening Standard“, die mit dem Fahrrad durch die Dörfer Nordfrankreichs radelte, traf in einer kleinen Kneipe drei Landarbeiter. Lautstark diskutierten sie über die Ursachen des Streiks, beschwerten sich über die hohen Lebenshaltungskosten, die Benzinpreise, Steuern usw. Sie verstand Gesprächsfetzen:

„Profite? ... Nicht für die ArbeiterInnen, sondern für die Bankiers, die KapitalistInnen, die Mittelschichten - Macht nette Auslandstouren... Er (De Gaulle) fährt nach Rumänien und unterhält sich mit den StudentInnen da über die Freiheit - was ist mit unseren Freiheiten?.. - Wir haben eine Konsumgesellschaft - Kauft, kauft, kauft! -. Was kann der Bauer mit Mist kaufen?“

Die LandarbeiterInnengewerkschaften waren gezwungen, ihre Forderungen aufzugreifen und eine Kampagne zu machen. Weitere Depots und Gutshöfe wurden besetzt. Die Landflucht von hunderttausend Menschen jährlich bewirkte, daß es massenweise Beziehungen zu den städtischen ArbeiterInnen gab.

Im Gegensatz zur Bewegung in den 30er Jahren begann der Funke des Streiks 1968 unter den Intellektuellen zu zünden und sprang dann auf die ArbeiterInnen auf allen Ebenen über. Diese Tatsache, verbunden mit der wesentlich größeren Macht der französischen ArbeiterInnen 1968 führte dazu, daß alle Teile der Mittelschichten nicht nur mitgerissen wurden, sondern sich aktiv an der Bewegung beteiligten. Sie wurden getragen von der Kraft der ArbeiterInnenklasse, die ihnen das Vertrauen gab, gegen die alte Ordnung zu kämpfen und das klare Ziel, eine neue Form der Gesellschaft zu schaffen.

Alle bisher akzeptierten Grundsätze wurden in Frage gestellt. RichterInnen schlossen sich zum Streik zusammen, aber sie fragten sich auch, welche Rolle - wenn überhaupt - sie in einer zukünftigen, wahrscheinlich sozialistischen Gesellschaft sie einnehmen würden. BeamtInnen und RechtsanwältInnen taten das gleiche. Die AstronomInnen der Sternwarte von Meudon untersuchten die Strukturen ihres Forschungsinstituts und fanden sie mangelhaft. 200 MuseumsdirektorInnen aus ganz Frankreich trafen sich, um über die Rolle der Museen in der Gesellschaft nachzudenken. Gleichzeitig erklärten sich ihre Untergebenen mit der großen Bewegung,

die durch das Land fegte, solidarisch und begannen eine gründliche Überprüfung der altertümlichen, sterilen und überzentralisierten Museumsverwaltung. ArchitektInnen, StädteplanerInnen und sogar StatistikerInnen fühlten, daß ihre wildesten Träume sich erfüllen und sie ihre Talente in den Dienst der Gesellschaft, statt in den einer reichen Minderheit stellen könnten.

Krankenhäuser wurden von Komitees aus ÄrztInnen, PatientInnen, MedizinstudentInnen, Krankenschwestern und -pflegern und ArbeiterInnen geführt und erklärten sich für autonom. Die medizinischen Berufe hatten den Ruf von ReaktionärInnen, jetzt führte man hitzige Debatten, wie man die antiquierten Hierarchien der Krankenhäuser und Ausbildungsstätten überwinden könnte und wie der zukünftige Gesundheitsdienst wirklich in den Dienst derer gestellt werden könne, denen er dienen solle. Zehntausend Angestellte des Atomforschungszentrum von Saclay streikten. Sie erhoben nicht nur gewerkschaftliche Forderungen, sondern grundlegende Fragen nach Macht und Kontrolle.

## **Kultur**

So wie ein plötzlicher Regenguß in der Wüste auf einmal die sonderbarsten und wundervollsten Pflanzen zum Blühen bringt, so läßt die Aussicht auf die Revolution die sonderbarsten und wundervollsten Ideen im Bereich von Kunst, Musik und Literatur entstehen. In Umrissen zeichnete sich ab, wie Kultur blühen kann, wenn einmal die Fesseln des auf Profit ausgerichteten Kapitalismus zerbrochen sind. Ein „Literatur-Kommando“ unterstützt von 50 weiteren Schriftstellern, übernahm das „Haus der Literatur“. Eine Vollversammlung der neugebildeten SchriftstellerInnengewerkschaft diskutierte die Rolle der LiteratInnen in der sozialistischen Gesellschaft. Das Treffen der „Generalstände“ des französischen Fernsehens - insgesamt 1.300 Leute - arbeitete Grundsätze für die Erneuerung dieser gesamten Industrie aus. Die Dokumente waren sehr utopisch, denn sie waren gegen die ökonomische Ausrichtung der Filmproduktion in der kapitalistischen Gesellschaft gerichtet. In einer Planwirtschaft wären solche Pläne natürlich überhaupt nicht utopisch.

Direktoren der Theater und Kulturhäuser der Provinz trafen sich eine Woche lang während des Höhepunkts der Krise. MalerInnen brachten ihre „sozial inspirierte Kunst“ ein und schickten ihre Bilder, um sie in den riesigen „Galerien“ der Auto- und Flugzeugfabriken aufzuhängen. SchauspielerInnen verlegten ihre Aufführungen in bestreikte Fabriken. Alle bedeutenden Orchester streikten - KomponistInnen genauso wie DirigentInnen und InstrumentalistInnen. OpernsängerInnen verlangten mehr Mitsprache über den Inhalt der Musik. In einer Marathondebatte zwischen Mitte Mai und Juni wurde ein Reformprogramm für die Ausbildung in Musik und Kunst entworfen. Man wollte die wasserdichte Zelle, in der die Kunst so

lange eingeschlossen war, endlich aufbrechen.

Die Liste der Elemente, die in den Strudel der Revolution gezogen wurden, ist endlos. Selbst in den Schulen und Universitäten, an denen die Bewegung begonnen hatte, steigerte sich die Unruhe weiter. Am 19. Mai beteiligte sich ein Kontingent von 6.000 SchülerInnen aus 18 Pariser Gymnasien an der riesigen Demonstration und endete auf den Barrikaden. Die Appelle der StudentInnen nach gemeinsamen Aktionen waren ein Jahr lang ungehört geblieben, jetzt brachte die Erfahrung der Demonstration das gleiche Ergebnis in drei Stunden. Im Februar hatte ein Treffen von 600 OberschülerInnen bereits die Rolle ihrer kleinen Organisationen diskutiert, aber die Aktionen waren sporadisch und auf einige Schulen beschränkt geblieben. Jetzt aber waren alle Schulen in Bewegung. Nicht weniger als 300 Entwürfe für die Reform des Schulsystems wurden von SchülerInnenkomitees nach langen und ernsthaften Diskussionen mit Eltern, LehrerInnen und ArbeiterInnen während der Besetzungen ausgearbeitet.

An den Universitäten wurden die letzten konservativen Bollwerke geschleift: Die Medizinische Fakultät, das Universitätsdorf - eine Ansammlung von StudentInnenwohnheimen für tausende von ausländischen StudentInnen im Süden von Paris -, das für seine Selbstgefälligkeit berüchtigte Institut für Politische Studien, sowie die theologischen Fakultäten. Einige wurden durch politische Debatten erobert, andere steckten sich einfach an, wieder andere erlebten die Attacken der CRS. Einer von den Medizinstudenten, die den Ruf von „politischen Eunuchen“ hatten, berichtete über einen Kommilitonen:

„Er wollte am Boulevard Saint Michel sein Auto holen, als eine Gruppe von CRS über ihn herfiel, ihn zusammenschlug und ihn als „dreckigen Studenten“ beschimpfte. Ein oder zwei Tage später, als er im Radio vom Wiederaufflackern der Kämpfe hörte, sprang er ins Auto und wollte sich beteiligen. Er nahm einen Schraubenzieher mit, um damit die Pflastersteine zu lockern. Am nächsten Morgen traf ich ihn wieder, er war ein aktiver Rebell geworden.“

Besonders rebellisch zeigten sich die TheologiestudentInnen. Sie beschrieben ihre Kirche als eine „entfremdete, sich selbst verewigende Gesellschaft. Das haben wir auf den Barrikaden gelernt.“ Ein junger Seminarist, der das Verbot übertreten hatte, nach Paris zu fahren, erklärte: „Ich fand es wichtiger, hier teilzunehmen, als weiterhin Genesis I mit dem Psalm 104 zu vergleichen. Das habe ich die ganze letzte Woche gemacht.“

Man sah einen Professor durchs Quartier Latin wandeln, offensichtlich über irgend etwas sehr verwirrt: „Ich weiß nicht was mit mir los ist, aber plötzlich scheint mir meine Arbeit für die Sorbonne über den Sprachwitz im Mittelalter irgendwie lächerlich.“

Diese AkademikerInnen aus der klösterlichen Atmosphäre der Universitäten und

Bibelschulen waren daran gewöhnt worden, so entscheidende Fragen wie „Wieviel Engel können auf der Spitze einer Stecknadel tanzen?“ zu diskutieren. Jetzt stellten sie fest, daß die wahren Probleme, mit denen der Rest der arbeitenden Menschheit konfrontiert war, bedeutend faszinierender waren.

Natürlich gab es in der aufgeheizten und irrealen Atmosphäre der Universitäten einige Exzesse. Wenige stimmten dem Vorschlag zu, die Pariser Aktienbörse niederzubrennen und so „dem Kapitalismus das Herz auszureißen“. Wenige gingen so weit wie Ernest Mandel von der PCI, der sein Auto auf einer Barrikade brennen sah und dabei erklärte, wie schön die Revolution sei. Trotzdem war es für alle eine unvergeßliche Erfahrung, als die Beschränkungen des Lebens der kapitalistischen Gesellschaft sich für immer aufzulösen schienen. Sie hatten das Parfum der Revolution in der Nase und es roch gut.

Aber die Ansteckung durch die französische Revolution war nicht an den Grenzen des Landes zu stoppen. Überall wurden die StudentInnen infiziert, nicht zuletzt in Großbritannien, wo es eine Reihe von Protestaktionen gab: Auf der Kunsthochschule in Hornsey und an den Universitäten von Oxford, Sussex und Canterbury, StudentInnen, die mit der Fähre aus Frankreich zurückkamen, erklärten, sie hätten den Ärmelkanal befreit. „Paris is coming!“

StudentInnen von der London School of Economics, die schon „Sleep Ins“ veranstaltet hatten, beschlossen zu den Londoner HafendarbeiterInnen zu gehen und mit ihnen Solidaritätsaktionen für die französischen ArbeiterInnen zu veranstalten. Sie bekamen eine gehörige Abfuhr. Zur gleichen Zeit führten die Frauen der Hafendarbeiter einen Kampf gegen Mieterhöhungen. Sie demonstrierten vor der Bezirksversammlung von Ostlondon und dem Rathaus von Waterloo. Als sie die Titelseite des „Militant“: „Die französische Revolution hat begonnen“ sahen, sangen sie fröhlich: „Das wollen wir hier auch!“

Zweifelsehne entfesselte die Bewegung in Frankreich die Phantasie von Millionen von ArbeiterInnen und StudentInnen im übrigen Europa. Ein direktes Resultat des Beispiels der französischen ArbeiterInnenklasse war ein massiver Generalstreik in Italien. Dort streikten am 14. November 1968 12,5 Millionen und am 5. Februar 1969 fast 20 Millionen. Argentinien erlebte seine Maitage genau ein Jahr nach dem Ausbruch in Frankreich. Eine Generalstreik-Bewegung, Cordobazo genannt, brach nach anfänglichen Kämpfen zwischen StudentInnen und Militärs aus.

Aber wie würden im Frankreich des Jahres '68 die Ereignisse enden? Wenn der Generalstreik so bis zum Ziel weiterginge, war man nicht nur auf dem Weg zur französischen, sondern auch zur europäischen Revolution.

## **Gibt es eine Revolution oder nicht?**

„Alle verfassungsmäßigen Waffen, mit denen er sein Regime zu verteidigen suchte, erwiesen sich in einer Krise wie dieser als Fetzen Papier, auch die Waffe der Volksabstimmung bleibt stumpf. Die Streiks haben einen so politischen Charakter angenommen, sie drohen das Regime zu stürzen. Auch die großzügigsten Angebote werden nicht mehr angenommen.“ (*„Evening Standard“ vom 29. Mai 1968*)

Die Regierung überlebte in der Nationalversammlung am 22. Mai mit 11 Stimmen Mehrheit knapp ein Mißtrauensvotum. Zwei gaullistische Abgeordnete traten zurück. Massen standen vor den Fernsehgeschäften und wie im Krieg preßten sich Familien um die Radiogeräte, um die Parlamentsdebatte mitzuverfolgen. Das Ergebnis wurde mit einer Mischung aus Empörung und Erleichterung aufgenommen. Die Übertragung war nur mit Zustimmung der ORTF-ArbeiterInnen zustande gekommen.

Charles De Gaulle, Präsident der Republik, schien der Krise völlig unfähig gegenüberzustehen. Er wurde verspottet und lächerlich gemacht. Die Weltpresse nannte sein Regime „anachronistisch“. Er war der innenpolitischen Situation zu lange ferngeblieben, dann kehrte er zurück und schwieg. Als er am 24. Mai schließlich seine siebenminütige „Ansprache an die Nation“ hielt, blieb das Fernsehen abgeschaltet und die Rede konnte nur übers Radio ausgestrahlt werden. Er gab zu, daß das französische Volk bei täglichen Entscheidungen des Lebens wohl mehr mitreden wolle, doch alles was er vorzuschlagen hatte, war ein Referendum über die Frage, wie man mitbestimmen könne. Seine Zukunft machte er vom Ergebnis dieser Volksabstimmung abhängig. Nach dieser Rede herrschte insgesamt das Gefühl vor, De Gaulle sei auf seinem Tiefpunkt angelangt.

GaullistInnen begannen seinen Rücktritt zu fordern. Sogar der Verfassungsrat wurde aufgefordert, sich darauf vorzubereiten. Niemanden hatte seine Rede befriedigt.

Mitterrand forderte zu Neuwahlen auf. In dieser Nacht des 24. Mai endete eine Demonstration mit noch mehr ArbeiterInnen und StudentInnen auf den Barrikaden.

Die Politik der Vermittlungen und Zugeständnisse hatte nicht zu einer Beruhigung der Revolte geführt. Sie hatte den Willen der ArbeiterInnenklasse bestärkt, an den Forderungen festzuhalten. Angesichts dieser Entschlossenheit waren einige Mitglieder der Regierung bereit zurückzuschlagen. „Genug ist genug!“ Befehle zum Sturm der Barrikaden wurden gegeben, ein neuer schwarzer Freitag kündigte sich an. In einigen Städten war die Nacht des 24. Mai die bisher gewalttätigste.

In Paris hatte sich die Situation durch eine Erklärung des Innenministers von drei Uhr morgens noch erhitzt, der die Stadt aufforderte, „den kriminellen Abschaum auszukotzen“, den er für die Kämpfe verantwortlich machte. „Wir sind alle Ab-

schaum“, entgegneten ihm StudentInnen und ArbeiterInnen. Heftige Kämpfe tobten innerhalb und außerhalb des Quartier Latins. Am nächsten Morgen zählte man 800 Verhaftete und 1.500 Verletzte. Es gab zwei Tote: ein Polizist in Lyon und ein Jugendlicher in Paris.

Das war der Hintergrund eines entscheidenden Treffens in der Rue de Grenelle. Die GewerkschaftsführerInnen und die Regierung schienen als einzige an der Beendigung der Bewegung interessiert zu sein. Die GewerkschaftsführerInnen verlangten verzweifelt nach Verhandlungen - genau wie 1936, als im Hotel Matignon Verhandlungen mit Regierung und UnternehmerInnen stattfanden. Die ArbeiterInnenführerInnen eilten zu Gesprächen mit VertreterInnen einer Regierung, die in der Luft hing und mit RepräsentantInnen der Bosse, die man in ihren Büros eingeschlossen hatte!

Ein Journalist kommentierte: „Anstatt Monsieur Pompidou zu stürzen, gingen sie mit ihm verhandeln - und natürlich im Geheimen!“ Millionen von ArbeiterInnen klebten an ihren Radios und erwarteten Neuigkeiten von den Verhandlungen in der Rue de Grenelle. Eine Masse von ReporterInnen campierte beim Sozialministerium wo die Verhandlungen stattfanden. Der meistbegehrte Interviewpartner war Benott Frachon, 70jähriger CGT - Führer, der dreißig Jahre zuvor einer der Unterzeichner des Abkommens von Matignon gewesen war.

Auf einer CGT-Demonstration am Abend zuvor hatten junge ArbeiterInnen Plakate getragen mit den Parolen „Seguy, gib nicht nach!“, „Adieu De Gaulle“, „Die Macht liegt auf der Straße“ und „Die Macht den ArbeiterInnen!“

Zwei Tage und zwei Nächte lang arbeiteten 49 ExpertInnen und setzten ein Liste von massigen Reformen auf. Die GewerkschaftsführerInnen erschienen müde, aber lächelnd. Sie hofften den Lohn für etwas einzuheimsen, für das sie nichts getan hatten - die größten Zugeständnisse an die französische ArbeiterInnenklasse seit der Befreiung am Ende des zweiten Weltkrieges.

Ein Reporter der „Sunday Times“, wohl wissend um das Gleichgewicht der Kräfte außerhalb des Verhandlungssaales, stellte die Zugeständnisse in den richtigen Zusammenhang.

„JedeR AmateurIn hätte in dieser Situation gewaltige Konzessionen erhandelt.“ Eine revolutionäre Welle, die den gesamten Staatsapparat bedroht, kann einer KapitalistInnenklasse Reformen entreißen, die in jahrelangen Verhandlungen vergeblich gefordert wurden. Eine Klasse, die ihren Untergang fürchtet, wird das letzte Gramm ihrer Reserven hergeben, um den/die GegnerInnen zu beschwichtigen. Sie wird sich einen Zeitgewinn erkaufen und Wege ersinnen, wie sie diese Zugeständnisse dem/den GegnerInnen wieder entreißen kann, wenn die Krise vorbei ist und er das Schlachtfeld wieder verlassen hat.“

Alle ArbeiterInnen erhielten mindestens 7 Prozent Lohnerhöhung und weitere 3

Prozent im Laufe des Jahres. Der gesetzliche Mindestlohn wurde um ein Drittel angehoben, in der Landwirtschaft um 56 Prozent. Einige Verkäuferinnen bekamen bis zu 72 Prozent mehr Lohn. Für die Zeit der Betriebsbesetzungen wurden den Streikenden die Hälfte des Lohnes zugesagt.

Stolz eilte Georges Seguy zur CGT-Hochburg Renault Billancourt. Innerhalb von Minuten wurde er ausgebuht und niedergeschrien. Augenzeugen berichteten, daß die riesige Werkshalle bis in den letzten Winkel voll war, auch auf den Kränen saßen ArbeiterInnen. In Sprechchören forderten sie eine Volksregierung, das konnte für sie nur ArbeiterInnenregierung bedeuten. Die kommunistischen GewerkschaftsfunktionärInnen erlitten genau das gleiche Schicksal in der selben Renaultfabrik wie die kommunistische Verhandlungsdelegation nach dem Maignon-Abkommen 1936! Dann folgte das gleiche Schauspiel: In einer Fabrik nach der anderen wurden die Verhandlungsergebnisse ohne Umschweife abgelehnt, die ArbeiterInnen blieben hart und erwarteten eine bessere Alternative.

Zwei Jahre lang hatten die GewerkschaftsführerInnen versucht, mit der Regierung in Verhandlungen zu treten. Unter dem Druck der Revolution hatten sie jetzt Zugeständnisse erreicht, die ihre kühnsten Träume übertrafen. Aber die französischen ArbeiterInnen waren damit nicht zufrieden. Sie verlangten mehr als höhere Löhne, bessere soziale Sicherheit und Gespräche über mehr Gewerkschaftsrechte. Die Veränderung ihres ganzen Lebens war in Sicht! Diese Chance wollten sie sich nicht so leicht entgehen lassen - niemals zuvor hatten sie etwas ähnliches erlebt und vielleicht würden sie nie mehr etwas ähnliches erleben.

Nun ist die französische Gesellschaft vollständig polarisiert. In diesem entscheidenden Moment haben es die ArbeiterInnenführerInnen in krimineller Weise versäumt, die Führung zu übernehmen. Die Rechte beginnt jetzt, sich in „Komitees zur Verteidigung der Republik“ zu organisieren und sich zu bewaffnen. Aber die ArbeiterInnenführerInnen sind gelähmt. Mit mutigen Aktionen hätte man vorher und später die Situation verändern können.

## Vier Bedingungen für die Revolution

In Frankreich hatte sich ohne Zweifel eine „klassische“ revolutionäre Situation entwickelt. Für die Frage, ob man sich in einer revolutionären Situation befände, hatte der „Economist“ als Maßstab nur ein Kriterium ausgewählt: ob ein ausreichend großer Teil der Bevölkerung überzeugt sei, daß seine Lebensbedingungen nicht mehr tragbar seien. Doch arbeitende Menschen können jahrelang und sogar für Jahrzehnte unter unmöglichen Umständen leben, ohne das Bewußtsein zu haben, sie könnten eine Revolution machen. Aber wie Lenin wiederholt erklärte, kann man nur eine Revolution machen, wenn mehrere Bedingungen zusammentreffen. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn vier wichtige Bedingungen erfüllt sind.

Erstens muß die herrschende Klasse angesichts einer tiefen Krise unfähig sein, in der herkömmlichen Weise weiter zu regieren. Sie beginnt sich in verschiedene Flügel zu spalten, von denen jeder einen anderen Ausweg aus der Krise sucht. Zweitens müssen die Mittelschichten in Gärung sein. Drittens muß die ArbeiterInnenklasse einen Ausweg sehen, nicht auf der Grundlage der alten Gesellschaft, sondern in einer neuen Ordnung. Und als vierte und wichtigste Bedingung muß an der Spitze der Massenbewegung eine klare marxistische Führung stehen, die über die notwendige Strategie, Taktik und Organisation verfügt, um den Sieg zu sichern.

Jede objektive Analyse der Situation zeigte klar, daß drei der vier Kriterien Lenins im Mai und Juni 1968 in Frankreich vorhanden waren. Und niemals zuvor in der Geschichte Frankreichs und eines anderen Landes zeigten sich diese drei objektiven Bedingungen so deutlich. Nur wer vom grauen Star des Reformismus erblindet war konnte nicht sehen, was sich vor seinen Augen abspielte.

### Die Spaltung der herrschenden Klasse

Das erste Element der französischen Revolution von 1968 war das Schwanken, die Vertrauenskrise der herrschenden Klasse. Die Panik der französischen Bourgeoisie zeigte sich durch den rapiden Anstieg des Goldpreises und die noch nie dagewesene riesige Kapitalflucht. Man berichtete von Verkehrstaus an der Schweizer Grenze.

Karl Marx zeigte auf, daß eine Revolution entgegen allem Anschein von oben beginnt. Schwächen und Spaltungen an der Spitze, welche die unterirdische Revolte der Massen widerspiegeln, werden sichtbar. Sie ermutigen wiederum die revolutionären Kräfte von unten, mutig vorzugehen. Ein Teil der herrschenden Klasse will den Knüppel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft benutzen, ein anderer Flügel bevorzugt Zugeständnisse. Die gaullistische Regierung war angesichts der Krise deutlich in „Falken“ und „Tauben“ gespalten. „Linke“ GaullistInnen erklärten, sie seien auf der Seite der StudentInnen und beklagten den Einsatz der CRS. Der Zick-

zack-Kurs von brutaler Unterdrückung zu nie dagewesenen Zugeständnissen und zurück zeigte den totalen Verlust der Kontrolle über die Situation.

Minister fielen in tiefste Hoffnungslosigkeit. Christain Fouchet erklärte: „Wenn sich das weiter so ausbreitet, sind wir am Ende.“ Und Georges Pompidou: „Das ist das Ende meiner politischen Karriere!“ Selbst der gerissenste Bourgeois - und Pompidou muß man zu ihnen zählen - dachte 1968, als er von den Wellen der Revolution hin- und hergeworfen wurde, zuerst und vor allem einmal an sein persönliches Schicksal. Vor der Krise hatte der Finanzminister Michel Debre täglich mindestens drei Interviews und zwei Presseerklärungen gegeben. Seit dem Beginn der Ereignisse aber verstummte er völlig. Dann erklärte er, als ob er sich selbst beruhigen wollte: „Sechs Millionen Streikende? Das ist doch keine Revolution!“ Das nennt man im Dunkeln pfeifen, um sich Mut zu machen.

Während De Gaulles Abwesenheit in Rumänien zeigte sich Pompidou eher für den Druck von unten empfänglich, er schien weniger unter der Bürde zu leiden, Frankreich zu repräsentieren, wie ein Kommentator schrieb. Dann sah er zu, wie De Gaulle aus seiner Perspektive einen Fehler nach dem anderen machte und sich vor aller Welt als abgehalfterter und bankrotter Politiker präsentierte.

Aber die gleichen Stimmen, die De Gaulle nun wegen seiner andauernden Fehler verdamnten, hatten ihn vorher als Wunderdoktor gepriesen. Er hatte ihrer Meinung nach die Grundlagen des blendenden Feuerwerks eines wirtschaftlichen Aufschwunges gelegt, als ihm die Einschüchterung des mächtigen französischen Proletariats gelang. Sie schrieben es seiner Ausstrahlung und dem großen politischen Waffenarsenal zu, über das der Bonapartismus angeblich verfüge.

Hegel, der dialektische Philosoph, schrieb 150 Jahre zuvor, wie aus Logik Dummheit werden kann. Die Methoden von gestern, die Erfolg zu garantieren scheinen, verwandeln sich in einer geänderten Situation in ihr Gegenteil. Der „starke Staat“ wurde machtlos, wie der „Evening Standard“ mit seinen Worten bestätigte: „Alle verfassungsmäßigen Waffen, mit denen er sein Regime zu verteidigen suchte, erwiesen sich in einer Krise wie dieser als Fetzen Papier, auch die Waffe der Volksabstimmung bleibt stumpf.“ (29. Mai) De Gaulle, der Architekt des starken Staates, war politisch gelähmt und unfähig, eine Initiative zu ergreifen. Weit entfernt davon, die Situation zu stabilisieren, hatten seine Methoden eine Revolution angefacht und konnten sie jetzt nicht mehr kontrollieren. Am Ende des Monats floh er ins Ausland. Die Erinnerungen seines Premierministers bezeugten es: „Tatsächlich litt der General unter einer moralischen Krise. Er glaubte sein Spiel verloren und beschloß sich zurückzuziehen. Als er in Baden-Baden ankam, rechnete er damit, lange Zeit zu bleiben.“

## Der Mittelstand wird gewonnen

Die zweite Bedingung für eine erfolgreiche Revolution ist der Aufruhr des KleinbürgerInnentums. Es sucht einen Ausweg aus den Problemen, mit denen es konfrontiert ist. Dabei orientiert es sich normalerweise an den beiden entscheidenden Klassen, zwischen denen das KleinbürgerInnentum steht: ArbeiterInnen oder KapitalistInnen. Im Frankreich des Jahres 1968 gab es tatsächlich einen Aufruhr, aber kein Schwanken. Die große Mehrheit des KleinbürgerInnentums sah sein Schicksal vom Sieg der ArbeiterInnenbewegung abhängig. Das galt für die Angestellten, das mittlere Management und die IngenieurInnen. Das galt für die Bauern/Bäuerinnen auf dem Land ebenso wie für die Werktätigen und StudentInnen in den Städten.

Ihre Unterstützung war nicht passiv, sondern im Gegenteil sehr aktiv, enthusiastisch mit direkter Beteiligung. Neue Türen öffneten sich für sie. Aus der enormen Kraft, die die streikenden ArbeiterInnen zeigten, schöpften sie Kraft und Vertrauen. Der Appetit kommt beim Essen, hätte Rabelais Gargantua gesagt. Scheinbar konnte sich ihnen nichts entgegenstellen, zusammen würden sie die Welt verändern.

„Das ist nicht wahr!“ widersprachen die StalinistInnen. Dieses Bild widersprach, wie sie behaupteten, einer Demonstration von eine Millionen kleinbürgerlicher ReaktionärInnen. Aber das war am 31. Mai. Zwei Wochen zuvor folgten einem Aufruf der paramilitärisch reaktionären Organisation Occident nur 2.000 Leute. Am Ende des Monats hatte die Konterrevolution genügend Zeit gewonnen, einen Teil des Bodensatzes des KleinbürgerInnentums an sich zu ziehen. So zeigte der „Economist“ ein besseres Verständnis des tatsächlichen Gleichgewichts der Kräfte, als er die Demonstration der GaullistInnen mit der einer der kommunistischen Gewerkschaften verglich, die mit ähnlicher TeilnehmerInnenzahl in der vorangegangenen Nacht stattgefunden hatte. „Auf der Ebene der Wahlen mögen beide großen Demonstrationen das gleiche Gewicht gehabt haben; aber in einer Zeit des sozialen Aufruhrs war jene bedeutender, die die Wirtschaft lähmte.“

Die Beweise für die dritte Voraussetzung der Revolution - die Bereitschaft der ArbeiterInnen, dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen - konnte nicht überzeugender ausfallen. In seinen Schriften über die früheren Klassenkämpfe in Frankreich hatte Friedrich Engels bemerkt, daß die großartige ArbeiterInnenklasse dieses Landes immer bereit gewesen war, bis zum Ende zu kämpfen.

Vor Beginn des Streiks hatten die Gewerkschaften kaum mehr als 2,5 Millionen Mitglieder. Jetzt aber hatten 10 Millionen - zwei Drittel aller ArbeiterInnen - die Arbeit eingestellt, ihre Arbeitsplätze besetzt und diskutierten andauernd, wie es in der Zukunft weiter gehen sollte. Der Appetit wuchs beim Essen. Was wäre, wenn sie die Bosse niederringen könnten? Es ging nicht mehr nur um die Frage, De Gaulle und den unterdrückerischen Staatsapparat loszuwerden.

Millionen von ArbeiterInnen fühlten die Macht, die sie in der Gesellschaft hatten. Alles stand still. Kein Rad oder Generator funktionierte ohne ihre Erlaubnis. Sie fühlten, daß sich ihnen nichts in den Weg stellen konnte. Sie sagten wie die britischen Arbeiter: „Warum sollen wir uns mit einem Kuchen zufrieden geben, wenn wir die ganze Bäckerei haben können?“ Warum sollten sie ihre ganze Kraft für ein paar Wirtschaftsreformen einsetzen, wenn sie eine neue Gesellschaft aufbauen konnten?

Die spontane Bewegung des Mai 1968 kam von unten. Der große eintägige Generalstreik, den die linken Parteien und Gewerkschaftsverbände ausgerufen hatten, war entgegen der Hoffnung der FührerInnen nicht ein Sicherheitsventil zum Dampf-Ablassen geworden. Jetzt liefen diese „FührerInnen“ schreiend und fußstampfend hinter der Bewegung her und versuchten, sie zu bremsen. Die kommunistischen Edelleute versuchten alles, um respektabel zu wirken. Der „Observer“ wies auf den Widerspruch hin: „Die kommunistischen Gewerkschaften und die gaullistische Regierung, die sich scheinbar bekämpfen, stehen in Wirklichkeit auf der gleichen Seite der Barrikade.“

Keine andere Organisation mit Massenbasis war in der Lage, eine klare Führungsrolle zu übernehmen. Die Gewerkschaft CFDT war enger mit den Kämpfen der StudentInnen und ArbeiterInnen verbunden, erklärte sich aber nur sehr unklar für Demokratie und die Selbstverwaltung der Industrie.

Die PSU, eine zentristische Partei unter der Führung von Michel Rocard, (er sollte als Ministerpräsident und Rechter in der Sozialistischen Partei enden, die erst später gegründet wurde, Anmerkung des Übersetzers) tonte revolutionär. Zwischen Reformen und Revolution schwankend, spiegelten ihre Erklärungen die instinktiven Hoffnungen aller am Streik beteiligten wider. Sie redete von „Arbeitermacht“ und davon, daß die Situation noch nie so günstig für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft gewesen sei. Aus diesem Grund gewann sie viele AnhängerInnen unter ArbeiterInnen und StudentInnen. Aber auch sie war nicht fähig, mit klarer Stimme zu Aktionen aufzurufen, die die Revolution vorwärts gebracht hätten.

An der Spitze der Gesellschaft gab es ein großes Vakuum. Die Regierung hing in der Luft. Der herrschenden Klasse waren alle verbündeten Schichten weggelaufen. Tragischerweise aber fehlte die vierte Voraussetzung, die Lenin als Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution genannt hatte: Eine Massenpartei mit einem marxistischen Programm sowie einer weitsichtigen und mutigen Führung, getragen vom Vertrauen einer bedeutenden Anzahl von ArbeiterInnen und bereit, bis zum Ziel vorwärts zu preschen. Das war alles, was nötig war, aber das war auch alles, was fehlte.

Was jedeR ArbeiterIn suchte war der Weg, wie man eine sozialistische Gesellschaft schmiedet, egal welchen Namen sie trägt. Die FührerInnen der kommunisti-

schen Partei wären als einzige in einer Position gewesen, die Teile des Puzzles in der Form eines konkreten Programms zusammenzufügen. Sie verfehlten ihre Aufgabe völlig. Dann schoben sie die Verantwortung auf die ArbeiterInnen. Rene Andrieu, Chefredakteur der KP - Zeitung „L'Humanite“ wusch die Politik seiner Partei in einem Artikel im „Morning Star“ vom 8. Juni weiß:

„Es reicht nicht aus, daß die wichtigen Kräfte einer Nation in Bewegung sind - was der Fall ist. Es ist ebenso wichtig, daß sie für die Ideen einer sozialistischen Revolution gewonnen werden. Aber das traf nicht auf alle zehn Millionen Streikenden zu und noch weniger auf die Mittelschichten, besonders die Bauern und Bäuerinnen.“

Hier haben wir ein vollendetes Beispiel des pedantischen und bürokratischen Mißtrauens der KP-FührerInnen gegenüber den Massen, die sich weigern, sich nach den Verboten dieser FührerInnen zu richten. Lange zuvor hatte Lenin schon jene ScholastikerInnen verachtet, die vorhersagten, die Revolution werde aus zwei gegeneinander aufmarschierenden Armeen bestehen, eine der Revolution und die andere der Konterrevolution. Die ArbeiterInnen und Bauern/ Bäuerinnen in Rußland wollten 1917 Brot, Land und Freiheit. Sie kamen zur Einsicht, daß dies nur durch eine Revolution erreicht werden konnte. Lenin und Trotzki untermauerten die Forderungen der Massen theoretisch. Das zeigte den Massen, daß nur die Bolschewiki die Revolution führen konnten.

Die Mehrheit der französischen ArbeiterInnen wollte 1968 bessere Arbeitsbedingungen, starke Lohnerhöhungen, eine gute Ausbildung für ihre Kinder, massive Ausgabensteigerungen für Sozialausgaben, usw. Gleichzeitig verstanden sie instinktiv, gleich in welcher kurzen Zeit sie den KapitalistInnen Zugeständnisse entreißen konnten, diese ihnen bei der nächsten Gelegenheit wieder wegzunehmen versuchen würden. Der einzige Ausweg war eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft.

Wieso glaubten die kommunistischen ParteiführerInnen, den ArbeiterInnen fehle es an revolutionärem Temperament? In der vergleichbaren Situation von 1936 geißelte Trotzki die kommunistischen FührerInnen für ihre Feigheit angesichts der großartigen Besetzungstreiks:

„Die gelehrten Ärztekommunistischen Internationale haben ein Thermometer, das stecken sie der alten Dame Geschichte unter die Achsel, um auf diese Weise unfehlbar die revolutionäre Temperatur zu bestimmen. Doch ihr Thermometer zeigen sie niemandem.

Wir behaupten: die Diagnose der kommunistischen Internationale ist grundfalsch. Die Situation ist so revolutionär, wie sie bei einer nichtrevolutionären Politik der Arbeiterparteien nur sein kann. Genauer: die Situation ist vorrevolutionär. Damit diese Situation reif werde, ist sofortige, kühne und unermüdliche Mobilisierung der Massen unter den Losungen der Machteroberung im Namen des Sozialismus notwendig. Unter dieser Bedingung allein wird die vorrevolutionäre Situation zu einer revolutionären werden.“ (aus *„Wohin geht Frankreich?“*)

Diese Worte hätten mit gleicher oder noch größerer Sicherheit auf die KP-FührerInnen von 1968 zugetragen. Warum engagierten sich 10 Millionen ArbeiterInnen in einen monatelangen Besetzungstreik, vertrieben und beseitigten die Kontrolle der Chefs in den Fabriken. Warum beschränkten sie sich nicht auf Demonstrationen, Streiks und Kundgebungen? Für alle, deren Sicht nicht durch ein reformistisches oder stalinistisches Herangehen an Politik beeinträchtigt ist, mußte klar sein: Die Mehrheit der französischen ArbeiterInnenklasse hatte verstanden, daß nur weitestgehende Maßnahmen die Erfüllung ihrer Forderungen garantieren konnten.

Die Aufgabe einer richtigen, revolutionären Partei wäre es gewesen, diesem Willen zur Veränderung, Ausdruck zu verschaffen. Statt dessen handelten die KP-FührerInnen wie eine riesige Bremse der Bewegung. Ihre Haltung war nicht besser als das arrogante Gehabe der „Grüppchen“, die sie so gerne verdammt: „Wir wissen was zu tun ist, aber die ArbeiterInnen verstehen es nicht“ bedeutete das. Sie zeigten ihren tiefliegenden Zynismus gegenüber der einzigen Klasse, die den Sieg des Sozialismus sichern kann.

Die Haltung der StalinistInnen an der Spitze der ArbeiterInnenorganisationen war auch von Furcht geprägt. War die Bewegung erst einmal auf dem Weg des Sozialismus, hätte der Massenansturm diese Hasenherzen beiseite geschoben. Wie so oft in der Geschichte waren die ArbeiterInnen tausendmal weiter links von ihren Führern, tausendmal mutiger. „Mut, immer Mut und noch mehr Mut“ war die Losung Dantons während der großen französischen Revolution. Das wäre genau die richtige Herangehensweise der FührerInnen an diese neue französische Revolution gewesen. Statt dessen duckten sie sich und jammerten, krochen vor dem Feind und forderten von der ArbeiterInnenklasse „Ruhe“!

## **Polizei und Armee schwanken**

Eine neue Oktoberrevolution, aber im industrialisierten Frankreich auf höherer Ebene als in Rußland, war mehr als eine reale Möglichkeit. Aber es sollte nicht sein. „Unmöglich! Überhaupt keine Chance!“, schrien die unerschrockenen StalinistInnen während dieser Zeit und noch lautstärker nach den Ereignissen. „Polizei und Armee waren zu stark.“, war ihre Entschuldigung.

Wie sah es in Wirklichkeit aus? Die Schlagzeile des „Evening Standard“ vom 23. Mai lautete: „Streikt die Pariser Polizei?“ Ein Sprecher der Polizeigewerkschaft hatte erklärt, daß „sie möglicherweise gezwungen seien, die Befehle in Frage zu stellen, falls sie weiterhin gegen Streikende eingesetzt werden sollten, die um ihre Rechte kämpften“. Sie verstünden sehr gut die Motive der Streikenden und bedauerten die Tatsache, durch Gesetz daran gehindert zu sein, gleichartige Aktionen zu unternehmen.

Es gab 60.000 städtische Polizisten, 14.000 CRS gegen innere Unruhen und die von der Armee kontrollierten 16.000 Gendarmen. Schon am 13. Mai hatte eine Polizeigewerkschaft die 80 Prozent des uniformierten Personals vertrat, bei der Regierung Klagen vorgetragen. Sie protestierten gegen die verspätete Erklärung des Premierministers, die StudentInnen seien im Recht gewesen, und der dann die Polizeiaktionen mißbilligte, welche die Regierung selbst angeordnet hatte. „Der Dialog mit den StudentInnen hätte stattfinden müssen, bevor diese bedauernswerten Zwischenfälle stattfanden“, betonte sie.

Unter den PolizistInnen wurden Unterschriften für eine Erklärung „Wir wollen nicht länger die Clowns spielen“ gesammelt. Der für die Bespitzelung der StudentInnen zuständige Nachrichtendienst hatte der Regierung vorsätzlich Informationen über StudentInnenführerInnen vorenthalten, um Spesenforderungen durchzusetzen. Ein so unzufriedener und demoralisierter Polizeidienst war wohl kaum in der Lage, eine zuverlässige Stütze der Regierung zu bilden.

Insgesamt hatte der Staat etwa 300.000 Personen bewaffnet. Selbst bei intakter Moral wären sie völlig unfähig gewesen, die Arbeit von 10 Millionen Streikenden zu übernehmen oder sie mit vorgehaltener Waffe zur Arbeit zurückzutreiben. Außerdem bestand die Armee in ihrer Mehrheit - 120.000 der 168.000 Soldaten - aus Wehrpflichtigen. Die meisten hatten Streikende in ihren Familien und hätten sich nur widerwillig als Streikbrecher mißbrauchen lassen. Der Korrespondent der „Times“ fragte einen Soldaten, ob er auf StudentInnen und ArbeiterInnen schießen würde. „Niemals“, antwortete der, „Ihre Methoden mögen zwar ein bißchen rauh sein, aber ich bin selbst Sohn eines Arbeiters. Erst in einer späteren Phase, als die Bewegung zurückging und sich verzettelte, sollte es möglich werden, die bewaffneten Kräfte zur Räumung von besetzten Fabriken zu benutzen.

1988 schrieb Neill Ascherson im „Observer“ über die lange Tradition der Wehrpflichtigen in Frankreich:

„Ich erinnere mich, als Französisch-Algerien in den letzten Todeszuckungen lag, als Massen von Mörderbanden die Rinnsteine von Algier mit Blut tränkten, sich eine ‚Geheime Organisation von Wehrpflichtigen gründete. Es war die Verschwörung aufgebracht junger Wehrpflichtiger im Namen des gesunden Menschenverstandes. ‚Schluß mit dem Krieg‘, sagten sie, ‚gebt Algerien die Unabhängigkeit oder wir werden unsere Waffen gegen euch richten.“

Ende Mai 1968 war der Flugzeugträger Clemenceau auf dem Weg zum französischen Atomtestgebiet im Pazifik, als eine Meuterei ausbrach und das Schiff nach Toulon zurückkehren mußte. Drei Familien wurde erklärt, ihre Söhne seien auf hoher See „verloren gegangen“. Ein ausführlicher Bericht erschien in der Zeitschrift „Action“ der StudentInnengewerkschaft am 14. Juni, aber die Ausgabe wurde von den Behörden beschlagnahmt und vernichtet. Die linke Zeitschrift „Nouvel

Observateur“ berichtete, nachdem die 5. Armee in Alarmbereitschaft zum Streikbruch versetzt worden war, hätten sich Soldatenkomitees gebildet. Sie richteten sich gegen ihre Offiziere und planten die Sabotage von Transporten und Panzerfahrzeugen. „Le Monde“ schrieb, das Verteidigungsministerium habe sich gegen alle Versuche gewandt, die Armee in direkte Auseinandersetzungen mit den Streikenden zu verwickeln.

Für das 153. Infanterieregiment, bei Straßburg stationiert, gab ein Komitee ein Flugblatt heraus. Es forderte gleiche Behandlung aller bei der militärischen Ausbildung, Sexualerziehung für Soldaten, sowie „Dialog und Mitverwaltung“ bei der Ausbildung nach den gleichen Prinzipien, die auch in Universitäten und Schulen gefordert wurde. Dramatisch ging es weiter:

„Wie alle Wehrpflichtigen sind wir in Baracken eingesperrt. Wir werden dazu vorbereitet, als Unterdrückungskräfte zu dienen. Die ArbeiterInnen und Jugendlichen sollen wissen, daß die Soldaten des Kontingents niemals auf ArbeiterInnen schießen werden. Unser Aktionskomitee widersetzt sich um jeden Preis der Blockade der Fabriken durch Soldaten. Falls wir Morgen oder Übermorgen aufgefordert werden, eine Waffenfabrik mit 300 ArbeiterInnen abzuriegeln, die ihre Fabrik besetzen wollen, werden wir uns mit ihnen verbrüdernd. Soldaten, bildet Komitees!“

Der volle Umfang dieser Bewegung in der Armee wird sicher niemals aufgedeckt werden aber dieses Flugblatt allein zeigt, auf welch fruchtbaren Boden ein Klassenappell streikender ArbeiterInnen gefallen wäre. Es war eine der außergewöhnlichen Situationen in der Geschichte, das sollte besonders hervorgehoben werden, in der die Möglichkeit bestand, den Übergang zum Sozialismus friedlich - oder zumindest relativ friedlich - durchzuführen.

„Aber nein!“ schrie wieder der Herausgeber der „L'Humanite“ „Selbst wenn die Regierung gelähmt war, stand die Armee mit ihren Panzern und Flugzeugen bereit, beim erstbesten Vorwand die Gelegenheit zu ergreifen, die Arbeiterbewegung im Blut zu ertränken und eine Militärdiktatur zu errichten.“ Jeder Versuch des gaullistischen Regimes, die Armee - und auch die in Deutschland auf der anderen Rheinseite stationierten Regimenter - marschieren zu lassen, hätte den gleichen Effekt wie der Marsch des reaktionären Generals Kornilow auf Petersburg im August 1917 gehabt.

Die ArbeiterInnen hätten eine solide Mauer des Widerstandes gebildet Der Einsatz der Armee in dieser Situation hätte ihre Zerschlagung zur Folge gehabt. Eine Revolution ist mehr als ein bloßes Abenteuer: Auf der Seite der ArbeiterInnenklasse waren weit mehr Kräfte als im gegnerischen Lager. Lenin hob in seinem Artikel „*Können die Bolschewiki die Staatsmacht erobern?*“ am Vorabend der Oktoberrevolution gegen die Zögerer in seiner Partei hervor:

„Den Widerstand der Kapitalisten fürchtet und sich gleichzeitig als RevolutionärIn bezeichnen (...) -

welche Schmach. Wenn aber der letzte ungelernete Arbeiter, jeder beliebige Arbeitslose, jede Köchin, jeder ruinierte Bauer gesehen hat, - nicht in der Zeitung erfahren, sondern mit eigenen Augen gesehen hat -, daß der Arbeiterstaat nicht vor dem Reichtum kriecht, sondern den Armen hilft, (...) daß der Grund und Boden an die Werktätigen übergeht, daß die Fabriken und Banken unter die Kontrolle der Arbeiter kommen, (...) dann werden keinerlei Kräfte der Kapitalisten und Kulaken, keinerlei Kräfte des über hundert Milliarden gebietenden internationalen Finanzkapitals die Volksrevolution besiegen können, im Gegenteil dann wird sie die ganze Welt besiegen, denn in allen Ländern reift der sozialistische Umsturz heran. "

Außer wenn man ihnen im voraus einen schmerzlosen Sieg garantiert hätte, wann hätten die feigen stalinistischen FührerInnen jemals eine günstigere Situation antreffen können? Das Gleichgewicht der Kräfte neigte sich stark zur Seite der ArbeiterInnenklasse. Auf der Höhepunkt des Streiks, als die ArbeiterInnen weiter vorwärts stürmten, war die herrschenden Klasse gelähmt. Der Staatsapparat war noch nicht zerstört, aber er hing in der Luft .

Während einer entscheidenden Periode waren die Hebel der Macht blockiert. Es war natürlich überhaupt nicht ausgeschlossen, daß die kapitalistischen FührerInnen auf blutige Unterdrückungsmaßnahmen gegen die ArbeiterInnenklasse zurückgreifen würden. Durch die Geschichte hindurch war die französische herrschende Klasse berüchtigt für die Rücksichtslosigkeit, mit der sie ihren Reichtum, ihre Macht und ihr Ansehen verteidigt.

Aber die Umgestaltung der Gesellschaft ohne gewalttätige Konflikte hängt, wenn sich eine günstige Situation eröffnet - von der Führung der ArbeiterInnenklasse ab. Die FührerInnen der KP jammerten über die Gefahr der militärischen Reaktion. Aber alle halbherzigen Maßnahmen, Zögern und Passivität sind für die KapitalistInnen nur eine Einladung, eine blutige Reaktion auszulösen. Eine mutige Führung der ArbeiterInnen, auf einen unverfälschten Marxismus gestützt und sich ihrer Aufgaben bewußt, hätte nicht aus Angst vor dem Kampf die Hände in den Schoß gelegt, sondern wirksame Maßnahmen ergriffen, um der Reaktion zuvorzukommen. Sie hätte Strategie und Taktik zur Neutralisierung der bewaffneten Kräfte des Staates ergriffen und die gewaltigen Kräfte der ArbeiterInnenklasse mobilisiert, um alle Versuche der Konterrevolution zu vereiteln.

Die FührerInnen der Massenorganisationen ließen zwei Wochen lang diese Möglichkeit ungenutzt die Initiative entglitt der ArbeiterInnenklasse, die Gelegenheit wurde verpfuscht. Die Lähmung De Gaulles in den ersten drei Wochen der Krise zeigte, wie nah die ArbeiterInnen einer sozialistischen Revolution gekommen waren.

## **Wozu dient Arbeiterdemokratie?**

In der letzten Maiwoche hätte ein Aufruf zur Übernahme der Macht durch die ArbeiterInnenklasse die Totenglocke für den Kapitalismus auf Weltebene schlagen

lassen. Auf das Programm Lenins gestützt, hätten die französischen ArbeiterInnen mit ihren Komitees die am weitesten fortgeschrittene Form von Arbeiterdemokratie durchsetzen können, die es je gab. Dazu hätten sie nur das Programm Lenins übernehmen müssen, der sich wiederum auf die reichen Erfahrungen der Pariser Communarden von 1871 stützte. Alle Delegierten und FunktionsträgerInnen, sei es auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene, hätten gewählt werden müssen und wären jederzeit wieder abwählbar gewesen. Keiner von ihnen hätte mehr als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn bekommen. Es hätte keine Berufsmiliz gegeben, die man leicht gegen ArbeiterInnen einsetzen kann, sondern Verteidigung und Polizeiarbeit hätte man gemeinsam organisiert. Ein möglichst demokratisches System von Berichterstattung und Kontrolle verbunden mit einer drastischen Reduzierung der Arbeitszeit würde jedem gestatten, am Regieren teilzunehmen „Jede Köchin kann Ministerpräsidentin werden“, hatte Lenin vorgeschlagen... und jedeR TechnikerIn, TelefonistIn, BusfahrerIn und jede Krankenschwester bzw. -pfleger.

Die ArbeiterInnenkomitees hätten sich national zusammengeschlossen und die Industrie, die Verteilung der Güter, die Finanzen und den Grund und Boden in öffentliches Eigentum unter ihrer Kontrolle und Verwaltung übernommen. Aus Organen der Besetzungen und des Kampfes wären sie in Institutionen der Demokratie und der Verwaltung des arbeitenden Volkes geworden. Sie hätten die Kleinbauern und -bäuerinnen, die KleinunternehmerInnen und LadenbesitzerInnen gewonnen, indem sie deren Schulden gestrichen und ihnen neue Kredite gegeben hätten, deren Zinsen sie nicht erdrückten. Sie hätten einen Plan zur Produktion diskutiert, nach den Bedürfnissen der Menschen entworfen mit Preisen, die von ihnen eigenen VertreterInnen festgelegt worden wären. Pachten, Zinsen, Profite, Verschwendung und Armut hätte man abgeschafft. Ein Appell an die ArbeiterInnen der ganzen Welt, diesem Beispiel zu folgen, hatte eine entscheidende Wirkung auf den Lauf der Weltgeschichte gehabt.

Der vorgebliche Träger des Titels einer revolutionären Führung, die Kommunistische Partei, zeigte sich angesichts dieser Situation zu allem fähig, außer zur revolutionären Führung. Sie behaupteten weiter, es handle sich um einen reinen Lohnkampf, die ArbeiterInnen seien zum Sozialismus noch nicht bereit. Aber die Aufgabe einer revolutionär Partei ist es, genau auch die unausgesprochenen Wünsche der ArbeiterInnenklasse zu vertreten, die Millionenmassen der ArbeiterInnen zu inspirieren und zu ermutigen, mit mutigen Aktionen für ein klares sozialistisches Programm voranzugehen. Aber dazu waren die FührerInnen der Kommunistischen Partei völlig unfähig.

In der Nacht des 27. Mai war das Vakuum an der Spitze am stärksten fühlbar. Die ArbeiterInnen hatten die Vorschläge aus der Rue de Grenelle zurückgewiesen und warteten auf Anleitung. Das stark gestiegene Interesse an Politik zeigte sich an der

massiven Beteiligung an einer Versammlung der StudentInnengewerkschaft. Das Charlety-Stadion war bis zum letzten Platz gefüllt, bis zu 50.000 TeilnehmerInnen schätzte man. Aber der politische Inhalt blieb verschwommen, nebulös und konfus. Einer der alten Linken, der frühere Premierminister Pierre Mendes-France, nahm an der Versammlung teil. Er wartete auf den „Ruf der Nation“ und sympathisierte mit den Studenten, deshalb wollte er sich auf kein Programm festlegen lassen und schwieg! Niemand auf dieser Veranstaltung hatte ein klares Programm, das die Bewegung vorwärts gebracht hätte.

KP-Mitgliedern wurde erzählt, sie sollten von dem Treffen fernbleiben. Die CFDT-Mitglieder waren mit ihren Fahnen anwesend, sowie alle StudentInnenorganisationen. Vigier und Barjonet, die Dissidenten der Kommunistischen Partei, wurden stürmisch begrüßt. Aber man griff mit zehnmal größerer Energie die Politik der PCF an, statt ein Programm zum Sturz des kapitalistischen Regimes von De Gaulle aufzustellen. Wieder wurde eine große Möglichkeit vergeben.

Am nächsten Tag, dem 28.Mai, rief die CFDT zur Ausweitung des Streiks auf. Francois Mitterrand forderte die Einrichtung einer provisorischen Regierung, aber damit verärgerte er die Anhänger der Verfassung unter seinen potentiellen Verbündeten ebenso wie die Kommunistische Partei, denn er machte keine Aussage, welche Rolle sie dabei einnehmen sollte.

Der Boden unter den Füßen der KP- und CGT-FührerInnen wurde immer heißer. Sie hofften auf ein gemeinsames Regierungsprogramm mit den Linken. Zusammen mit ihnen hatten sie bei der letzten Wahl 9,2 Millionen Stimmen bekommen. Verzweifelt bemühte sich die KP, eine neue Volksfrontregierung zusammenzuflicken. Ein Mitglied der Linksföderation war die von VertreterInnen des Kleinbürgertums getragene winzige Radikale Partei, sie konnte die Rolle des Strohmans der Großbourgeoisie übernehmen. Jedes gemeinsame Programm hätte nur einen Minimalkonsens ergeben. Eine Volksfrontregierung hätte sich als völlig unfähig erwiesen, die Aufgaben zu bewältigen und wäre unweigerlich zur Bremse der Bewegung der Arbeiterklasse geworden. Dennoch waren die KP-FührerInnen gezwungen, die Nationalisierung der Monopole als Lippenbekenntnis an die Spitze ihrer Forderungen zu setzen. Sie schimpften über „Regierungen mit einer Zusammensetzung, die keine Probleme lösen kann“, aber ihre Politik war im Grundsatz falsch.

Jetzt bestanden die CGT-FührerInnen darauf, sie hätten sich die ganze Zeit geweigert, bei den Gesprächen mit der Regierung irgendetwas zu unterzeichnen! Am 28. Mai konnte man in der britischen KP-Zeitung „Morning Star“ folgende unglaubliche Stellungnahme lesen: „Einige Berichte aus Frankreich behaupten, Monsieur Seguy sei in der Renaultfabrik ausgebuht worden. In Wirklichkeit galten diese Buhrufe dem Unternehmerverband, als er ihn in seiner Rede erwähnte!“ Später

berichtete die gleiche Zeitung, niemals habe Herr Seguy die ArbeiterInnen zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert; wir erinnern uns dagegen, daß er sie nie zum Streik aufgefordert hatte! „Es gab falsche Berichte mit der Behauptung, die CGT-Führer hätten die ArbeiterInnen davon zu überzeugen versucht, wieder zu arbeiten. Sie machten mehrmals deutlich, daß sie das Angebot der Lohnerhöhungen für nicht ausreichend hielten.“ Gegen den Willen der ArbeiterInnen-“FührerInnen“ - trotz ihrer Proteste und ohne ihre Erlaubnis - weitete sich der Generalstreik noch aus. Immer größere Teile leisteten trotzig Widerstand.

## Der Wendepunkt

„Die ArbeiterInnenklasse wartet auf eine Initiative von ihren Organisationen. Wenn sie zur Einsicht kommt, daß ihre Erwartungen enttäuscht worden sind - und dieser Zeitpunkt ist vielleicht nicht mehr weit - wird der Prozeß der Radikalisierung abbrechen und den Anzeichen von Enttäuschung, Apathie und isolierten Verzweigungsausbrüchen Platz machen.“ (*Trotsky. Wohin geht Frankreich?*)

Während die Presse speulierte, ob man am Rand des Bürgerkrieges stehe, überlegten StaatsbeamtenInnen, wie die Macht an die ArbeiterInnenklasse übergeben werden könne, denn ihnen war klar, dies müsse sein. Staatliche Planungsämter, Nachrichtenagenturen und VerlagsarbeiterInnen traten in die Reihen der Streikenden. GaleriebesitzerInnen gaben eine Erklärung heraus: „Kunst ist nicht käuflich“.

Es war offensichtlich, daß De Gaulles Referendum ausfallen würde. Man konnte weder in Frankreich, noch in Belgien oder Südeuropa eineN DruckerIn für die Stimmzettel finden und - es war unglaublich - der Verfassungsrat hatte das Referendum für verfassungswidrig erklärt! Der Verfassungsrat ist ein Staatsrat, der darüber entscheidet, ob die Gesetze und Verordnungen der Regierung verfassungsgemäß sind. Für dieses Gremium, das einen nicht unbedeutenden Flügel der französischen Bourgeoisie repräsentierte, mußte die Situation offensichtlich hoffnungslos erscheinen, wenn es zu einer so offenen Opposition gegenüber De Gaulles Plänen überging. Natürlich hatte diese Entscheidung nichts mit Verfassungsrechten zu tun, wohl aber mit der Furcht der Bourgeoisie, De Gaulles Pläne würden sich als Bumerang für ihn und den Kapitalismus insgesamt erweisen.

Die Ablehnung seiner Vorschläge hätte zu einer Explosion der bereits überhitzten Situation führen können. Sie hielt es für besser, ein Abflauen abzuwarten. Im Augenblick schien es sinnvoller, die Geschwindigkeit der Revolution zu testen.

Das Hochwasser war tatsächlich reißend geworden, es hatte die Ufer überspült. Überall in Europa kam es zu Solidaritätsaktionen. In Italien verweigerten HafentarbeiterInnen in Genua, Livorno und Civitavecchia das Entladen von Schiffen aus Frankreich. Die „Times“ berichtete von Solidaritätsaktionen britischer ArbeiterInnen bei französischen Firmen. Niederländische HafentarbeiterInnen lehnten die Entladung der aus Frankreich umgeleiteten Schiffe ab, belgische DruckerInnen verweigerten den Druck der Zeitschrift „L'Express“.

Ein revolutionäres Frankreich wäre sicher nicht isoliert geblieben. Spanische ArbeiterInnen untergruben schon seit langem die Fundamente des Franco-Regimes. In Portugal piffte die Diktatur Salazars aus dem letzten Loch. Ein Aufruf eines siegreichen französischen Proletariats an die ArbeiterInnen aller Welt hätte das Ende des Kapitalismus eingeleitet.

Wie verhielten sich die Führungscliquen an der Spitze der deformierten

ArbeiterInnenstaaten? Die Sowjetbürokratie nahm erst am 5. Juni Stellung. Demagogisch beschuldigte China die Sowjetunion, durch ihr Schweigen De Gaulle zu helfen. Der „Observer“ kommentierte: „Das letzte, was der Kreml will, ist eine Revolution in Frankreich. Das würde Frankreich die bedeutende Unterstützung entziehen, die das Land durch die Außenpolitik De Gaulles erfährt.“

Aber auch die Zukunft der herrschenden Bürokratie in Moskau und Peking stand auf dem Spiel. Entwickelte sich die revolutionäre Bewegung in Frankreich weiter, hätte sie nicht nur den Kapitalismus in Europa, sondern auch die Bürokratie an der Spitze der stalinistischen Staaten hinweggefegt. Diese Überlegungen beeinflussten sicher auch ohne Zweifel die Perspektiven der führenden KP-Mitglieder in Frankreich, insbesondere Georges Seguy. Im Radio wurde er wegen seiner Passivität angegriffen. Überall sagten die ArbeiterInnen, sie wollten das Schwein schlachten. Was bedeutet das für Sie?

In den Statuten der CGT steht das Ziel des Sturzes des Kapitalismus und seine Ersetzung durch den Sozialismus. Was ist jetzt damit? Seguy gab zu, dies sei das grundsätzliche Ziel der CGT, aber... „es bleibt abzuwarten, ob die an der gegenwärtigen Bewegung beteiligten sozialen Kräfte so weit zu gehen bereit sind.“ Wieder einmal entschieden die FührerInnen, die Massen seien noch nicht reif, machten schreckliche Verrenkungen und weigerten sich, die revolutionäre Situation zu sehen. In der Mitte der letzten Maiwoche erkannten dies alle KommentatorInnen an, sogar Guy Mollet, ein sozialdemokratischer Führer, der 1958 angesichts seiner eigenen krisengeschüttelten Regierung De Gaulle zur Machtergreifung aufgefordert hatte.

Wenn Mollet erklärte, die Lage habe ohne Zweifel einen revolutionären Charakter, so zog er damit keine andere Schlußfolgerung für sich. Der rechte Flügel der Sozialdemokratie war diskreditiert und sein Einfluß ging ständig zurück. Aber Mollet mit seiner langen Erfahrung als französischer Politiker konnte wie allen seriösen Beobachter nicht übersehen, was sich da vor seinen Augen abspielte. Nur die an Kurzsichtigkeit erkrankten Politiker an der Spitze der französischen Kommunistischen Partei tönnten weiter, vor ihren Augen wäre keine Revolution zu sehen.

Die französische Wirtschaft kam zum Erliegen. Ein paar ArbeiterInnen in ein oder zwei Fabriken experimentierten mit der Wiederaufnahme der Produktion unter ihrer Kontrolle, aber sonst herrschte in der Wirtschaft und in der Gesellschaft insgesamt tiefster Friede. Die Aktienbörse und die französische Nationalbank hatten ihre Aktivität vorerst eingestellt. Beamten richteten ein Komitee zur Überwachung der Leiter des Finanzministeriums ein. Aber Ende Mai passierte auch an dieser Front wenig. Der „Economist“ berichtete, die

UnternehmerInnenorganisationen verhielten sich in der Zeit dieses außergewöhnlichen Aufruhrs möglichst still und ihre Mitglieder folgten diesem Beispiel.

Am 29. Mai hatten sich alle schweren Bataillone der ArbeiterInnenklasse gegen

alle Abkommen ausgesprochen - die BergarbeiterInnen im Norden, die RenaultarbeiterInnen, die CitroenarbeiterInnen die ArbeiterInnen der Flugzeugwerke, die LastwagenarbeiterInnen von Bertiet, die ArbeiterInnen der Rhodiaceta-Fasernwerke, die FlughafendarbeiterInnen von Orly und Le Bourget. Manchmal hatten die ihnen gemachten Angebote über denen in der Rue de Grenelle gelegen. In der Bretagne brachen neue Streiks in kleinen Firmen aus. Die Stadt Caen in der Normandie war von StudentInnen und ArbeiterInnen beherrscht. Um den Kapitalismus zu retten, hatte man große Zugeständnisse gemacht, aber auch diese verzweifelten Versuche schienen gescheitert zu sein.

Der „*Evening Standard*“ kommentierte: „der Generalstreik sei weit davon entfernt, Anzeichen des Endes zu zeigen; er nehme einen immer mehr aufständischen und offen politischen Charakter an.“ Hunderte von Aktionskomitees in den besetzten Fabriken verlangten eine „Volksregierung“.

Am Vormittag des 29. Mai sollte eine Kabinettsitzung stattfinden. Sie fiel aus, denn De Gaulle, die Verkörperung des Staates selbst, hatte seine Koffer gepackt! Am Morgen hatte er noch dem neuen US-amerikanischen Botschafter Shriver mitgeteilt: „Die Zukunft, Herr Botschafter, hängt nicht von uns, sondern von Gott ab.“ Dann verließ er Paris mit dem Hubschrauber. Es wird behauptet, vor seinem Abflug habe er einem Spitzenbeamten den Schlüssel für den Tresor gegeben, in dem sich sein politisches Testament befunden haben soll. Doch auf seinem Landsitz in Colombey kam De Gaulle nicht an, er schien völlig vom Erdboden verschwunden. Für die folgenden Stunden mußte er sich fragen, ob er sich darauf verlassen konnte, daß die FührerInnen der ArbeiterInnenorganisationen die Machtfrage nicht stellen würden. Würde er genügend Kräfte zusammenbringen, um seine Gegner zu besiegen?

„*Frankreich hat praktisch keine Regierung*“, schrieb der „*Evening Standard*“. Die ArbeiterInnen erwarteten von ihren Organisationen eine Initiative. Friedrich Engels beschrieb eine vergleichbare Situation während der Revolution von 1848:

„Die proletarischen Massen selbst waren sogar in Paris noch nach dem Sieg absolut im Unklaren über den einzuschlagende Weg. Und doch war die Bewegung da, instinktiv, spontan, ununterdrückbar. War das nicht gerade die Lage, worin eine Revolution gelingen mußte?“ (*Einleitung zu: Klassenkämpfe in Frankreich*)

Was nötig war, war ein Programm um die Komitees zusammenzuschließen und die Macht an sich zu reißen. Im Juni 1968 schrieb der „*Militant*“:

„In allen Läden, Fabriken und Arbeitsplätzen müssen selbstverständlich die ArbeiterInnenräte die vorherrschende Aktionsform sein. Auf lokaler Ebene gegründet, müssen sie sich erst auf regionaler und dann auf nationaler Ebene zusammenschließen bis sie alle Teile der Arbeitenden umfassen - Ein Parlament der Massen, mit dem ihr Wille und ihre Forderungen durchgesetzt werden. Das wäre eine

echte Demokratie an Stelle der Scheindemokratie der SchwindlerInnen in der Nationalversammlung. Wenn man die Forderungen der ArbeiterInnen, Bauern, Bäuerinnen und Mittelschichten aufnimmt, ist es möglich sie zusammenzuschließen. Sie fühlen die Notwendigkeit einer radikalen Wende, die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft. Sind die ArbeiterInnenräte erst einmal an der Macht - mit ausschließlich gewählten und wieder abwählbaren VertreterInnen - werden sie zu Organen der Verwaltung und Kontrolle durch die Massen selbst. Danach such die arbeitenden Klassen Frankreichs und das verstehen die intelligenteren VertreterInnen des Kapitals. Als einziges Hindernis zwischen der Durchsetzung des Massenwillens und dem Untergang der KapitalistInnenklasse stehen die FührerInnen der ArbeiterInnenmassenorganisationen. "

Die FührerInnen der Kommunistischen Partei wollten verhindern, daß sich die ArbeiterInnenkomitees zusammenschlossen. Es gab kein zentrales Verbindungskomitee und keinen nationalen ArbeiterInnenrat, die ArbeiterInnen blieben isoliert. Der „*Evening Standard*“ vom 31. Mai schrieb, das Zentralkomitee der KP könne alle der Hebel der Macht in der Hand hatten, „und er will die Macht nicht ergreifen!“ Der Korrespondent des „*Economist*“ schrieb am gleichen Tag: „*In diesem Moment ist die einzig lebenswichtige Frage in Paris die Macht - wer hat sie in der Hand und wer wird sie ergreifen?*“ Aber die Kommunistische Partei erklärte weiter, daß die Machtfrage für keinen Moment offen war. An diesem Abend demonstrierten über eine halbe Millionen hinter den Fahnen der CGT in Paris.

Transparente forderten „Wir sind die Sechste Republik!“ und „Volksregierung!“ . Die MetroarbeiterInnen hatten eine besondere Forderung: „De Gaulle in den Untergrund!“ . Das Blatt der britischen KP „*Morning Star*“ behauptete: „Während der gegenwärtigen Krise hat die Kommunistische Partei Frankreichs systematisch und zielstrebig für die Ablösung De Gaulles durch eine Volksregierung gekämpft.“ Wenn dem so war, warum hat sie nicht zu genau diesem Zeitpunkt den General und sein gesamtes verrottetes System weggefegt? Ein Ackergaul hätte es nicht schwerer gehabt, eine lästige Fliege wegzufegen.

Shakespeare schrieb: „Im Leben der Menschen gibt es eine Flut, die sie zum Glück führen kann, wenn sie sich von ihr treiben lassen. Lassen sie die aus, endet die Reise ihres Lebens in Dumpfheit und Elend.“ Oder: Der Zeitpunkt zum Handeln kam und ging, aber die ArbeiterInnenführerInnen riefen nicht zum Umsturz der Gesellschaft auf. Und solche entscheidenden Perioden dauern nie lange an.

## Doppelherrschaft

Ein Generalstreik, so gewaltig er auch sein mag, gibt der ArbeiterInnenklasse die Macht nicht automatisch in die Hände. Er stellt die ArbeiterInnen und ihre Organisationen nur vor die Machtfrage. Zwei Mächte kämpfen um die Vorherrschaft in der Gesellschaft. Auf der einen Seite der geschwächte bürgerliche Staat, der unter den Schlägen der Revolution wankt. De Gaulles Flucht war ein deutliches Anzeichen, wie schwach das Vertrauen in den bürgerlichen Staat geworden war. Sie war

vergleichbar mit dem Auskneifen von Kaiser Wilhelm II. über die belgische Grenze, als die Revolution die deutsche Gesellschaft erschütterte. Auf der anderen Seite entsteht die Keimform des neuen ArbeiterInnenstaates. Sie besteht aus den Komitees und drückt sich durch die von den ArbeiterInnen ausgeübte eiserne Kontrolle über die Fabriken aus.

Aber die Macht fällt der ArbeiterInnenklasse nicht wie eine überreife Frucht in den Schoß! Sie muß sie an sich reißen. Die Geschichte hat gezeigt, daß ein Generalstreik, der nicht in die Machtübernahme mündet, wie eine Demonstration mit gefalteten Händen wirkt. Der Generalstreik muß der Ausgangspunkt sein: Man muß organisieren, zusammenschließen und ausführen, was die Massen, also die ArbeiterInnenklasse, schon begonnen hat - eine konkrete Planung für die Errichtung des neuen ArbeiterInnenstaates.

Die wichtigste Aufgabe der revolutionären Partei in dieser Situation besteht darin, die Massen mit dem Bewußtsein der eigenen Macht zu erfüllen, also ihr bewußt zu machen, was in ihren Köpfen schon unbewußt vorhanden ist. Wird ein systematischer und zielgerichteter Plan für den Sieg in einer Situation des Aufschwungs des Kampfes nicht vorbereitet und ausgeführt, wird zweifellos eine Ebbe einsetzen. Die Massen verlieren das Vertrauen, verfallen in Gleichgültigkeit, die Kräfte der Konterrevolution erheben ihr Haupt. Wenn die Bewegung nicht zur Revolution vorwärts geht, wird sie rückwärts gehen und erlaubt der Reaktion überhand zu gewinnen.

Am Morgen des 30. Mai kam De Gaulle nach Paris zurück. Später am gleichen Tag hielt er eine viereinhalbminütige Rede an die Nation. In einem plötzlichen Anfall von Willenskraft erklärte er, das Referendum werde fallengelassen, die Nationalversammlung werde aufgelöst und in der dritten Juniwoche sollten Neuwahlen abgehalten werden. Er beschwor die rote Gefahr. „Dieses Land“, so erklärte er, „ist von einer kommunistischen Diktatur bedroht.“ Er holte seine bevorzugte Taktik „Ich oder das Chaos“ wieder hervor. Es war wie ein Echo der Tyrannenherrschaft der Bourbonen - Nach uns die Sintflut.

Offen forderte er zu „Bürgeraktionen“ durch „republikanische Komitees“ auf und drohte mit anderen Maßnahmen, wenn das nötig sei. Die Wetterfahne der Revolution schien sich zu wenden, aber auch jetzt war die Machtfrage noch nicht entschieden. Unter ihren Füßen wieder sicheren Boden fühlend, krochen alle reaktionären Elemente aus dem Unterholz. Bis zu einer Million Menschen, vorwiegend älter und mittelständisch, wurden aus allen Teilen Frankreichs zusammengekartt und marschierten am Tag der Rückkehr De Gaulles durch die Straßen von Paris.

Kaum hatte der General seine Rede beendet, strömten die DemonstrantInnen zusammen. Die Verängstigten und Frustrierten, die in den letzten Wochen vor Wut zuhause gekocht hatten, füllten den Platz da la Concorde, um über die Champs Elysees zum Triumphbogen zu marschieren. Vielleicht nicht so zahlreich wie bei der Demonstration vom 13. Mai, aber die Polizei zückte ihr Vergrö-

Berungsglas und sprach von Millionen. Es war die heilige Allianz aller rechten Schattierungen. Alte Nazikollaborateure marschierten an der Seite von Widerstandskämpfern; Leute mit US-amerikanischen Flaggen gingen hinter gaullistischen Ministern und Abgeordneten, den selbsternannten Kämpfern gegen die „amerikanische Hegemonie“; Unterstützer der kolonialen Unabhängigkeit liefen Seite an Seite mit den Fanatikern des französischen Algeriens, heuchlerische Liberale neben faschistischen Schlägern.“ (*Daniel Singer: Prelude to the Revolution*)

Da die ArbeiterInnenführerInnen es versäumten, mit fester Hand am Steuer die Revolution vorwärts zu bringen, kam der gesellschaftliche Abschaum wieder ans Licht. Klar, die „Partei der Angst“ hat wenig Gewicht in der Gesellschaft, dieser menschliche Staub einer untergehenden Klasse wäre vom Elan einer jugendlichen Revolution schnell weggefegt worden. Als jetzt die revolutionäre Welle abebbte, schrien die rasenden KleinbürgerInnen: „Der Kommunismus kommt nicht durch! Frankreich den Franzosen! Cohn-Bendit nach Dachau! Mitterrand aufs Schafott!“ und andere, ebenso niederträchtige wie chauvinistische Parolen.

Soldaten auf Lastwagen fuhren bis auf wenige Kilometer ans Zentrum von Paris heran. Auf der Ringstraße um Paris tauchten Panzer auf. Zwei Regimenter - zweitausend Mann - wurden an der französischen Grenze mobilisiert. Die Moral war wieder hergestellt und den Befehlen wurde gehorcht.

Es wurde klar, daß De Gaulle nach Baden-Baden „verschwunden“ war, um mit den französischen Armeeführern zu konferieren; vor allem mit General Massu, dem Kommandanten der 70.000 französischen Streitkräfte in Deutschland. Das war der letzte Zufluchtsort De Gaulles. Er konnte lediglich in militärischen Kategorien mit dem Einsatz von Truppen denken. „Wie eine Figur der klassischen Literatur, mußte er zu seinen Wurzeln zurückkehren, um seine Stärke zurückzugewinnen - und das war nun mal die Armee“, berichtete sein Polizeichef. Sam White, Pariser Korrespondent des „*Evening Standard*“ enthüllte später:

„De Gaulle habe die bedingungslose Treue der Armee für sein Regime gefordert. Dann erklärte er Massu, daß der Präsident der Republik im Falle einer Revolution in Paris eine Exilregierung auf der deutschen Seite des Rheins errichten wolle.“ Es war ein bemerkenswertes historisches Detail, daß die einzige politische Partei, die erfuhr, was in Baden-Baden vor sich ging, die Kommunisten waren. Die französische Armee ließ durch ihre Kanäle die FührerInnen der KP wissen, was da De Gaulle vorhabe. Am Abend des 29. Mai war klar, daß in Paris Ruhe herrschte und der General als Triumphant zurückkehren konnte.“

Er verhandelte mit Massu, dem Schlichter von Algier; er erkaufte sich die Unterstützung mit großen Zugeständnissen. General Raoul Salan, der Führer der rechtsradikalen OAS, die mörderische Geheimarmee des französischen Algeriens, sollte bald aus dem Gefängnis entlassen werden. Tatsächlich kam er mit anderen führenden OAS-Mitgliedern nach wenigen Wochen frei.

Die Zusage militärischer Unterstützung hatte die Moral De Gaulles teilweise

wieder hergestellt. Doch die militärische Lösung war sicher die letzte Lösung, wenn alle anderen Versuche scheitern sollten. Vielleicht träumte De Gaulle davon, die Rolle eines modernen Gallifets zu übernehmen - des Generals, der die Pariser Commune im Blut ertränkt hatte - doch jeder Versuch, die Armee einzusetzen, hätte sie gespalten.

Doch der entscheidende Faktor für De Gaulle war die verräterische Rolle der FührerInnen der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei. Selbst ein ernsthafter Stratege des Kapitals wie De Gaulle, der um die Feigheit dieser ArbeiterInnenführerInnen wußte, konnte wirklich nicht erwarten, daß sie dies sich ihnen bietende ganze Macht ablehnten und wie eine sich zierende Jungfrau darauf verzichteten. Die Abgeordneten der jetzt aufgelösten Nationalversammlung schienen völlig konfus oder gar wahnsinnig.

Die „Linken“ beschlossen, zum ersten Mal in diesen heiligen Hallen die Internationale zu singen. Aber das war eine leere Geste; sie konnten sich nicht erklären, was passiert war und wurden von den Ereignissen, die sie nicht kontrollierten, durchgeschüttelt. Innerhalb von 24 Stunden war De Gaulle auf die politische Bühne zurückgekehrt. Wie konnte das passieren? „Als er erklärte, der Staat existiere noch, schienen die KommunistInnen irgendwie erleichtert“, schrieb der „Economist“ vom 1. Juni. Sie hätten die Macht an sich reißen können, sie wurde ihnen von der mächtigen Bewegung der ArbeiterInnen förmlich in die Hand gedrückt, aber sie weigerten sich die Macht anzunehmen.

Die brennendste Frage für sie war, wie man die Revolution zum Entgleisen bringen konnte, wie man die ArbeiterInnen aus den Fabriken brachte. Sie wollten die französische Gesellschaft um jeden Preis aus der stürmischen See der Revolution in die ruhigen Gewässer der Parlamentswahlen steuern. Die übereifrigen HandlangerInnen, in der KP wie bei den SozialistInnen, griffen De Gaulles Angebot gierig auf. De Gaulle begann seine Kampagne mit der Entlassung einiger Minister und führte einen gehässigen antikommunistischen Wahlkampf.

Er benutzte das Schreckgespenst einer stalinistischen Diktatur, um jedeN an radikale Reformen DenkendeN totzutreten. Aber würde er damit gewinnen, würde sein Glück andauern? Würde er bei den Wahlen nicht von einer kommunistisch-sozialistischen Mehrheit weggespült werden? Eifrig stürzte sich die Kommunistische Partei in die Wahlkampagne. Statt um die Macht zu kämpfen, begrüßten sie die Wahlen als eine Möglichkeit fürs Volk, seinen Willen auszudrücken - als ob es seinen Willen nicht schon völlig klargestellt hätte.“ Sie verzichteten auf einen sicheren Sieg und riefen ihre Truppen zum Rückzug auf. Sie forderten die ArbeiterInnen auf, die bestmöglichen Abkommen durchzusetzen und die Arbeit wieder aufzunehmen, auch wenn ArbeiterInnen anderer Abteilungen noch streikten.

## **Eine kommunistische Alternative?**

Im Wahlkampf stellten sie die sozialistischen Teile ihres Programms in den Hintergrund. Zu Beginn hatten sie versucht mit der Föderation der Linken ein Wahlbündnis mit einem gemeinsamen Programm zu finden. Das Programm sah die Nationalisierung von Banken und Kreditinstituten, der Rüstungsindustrie, der Raumfahrt und des Lufttransports, die Schaffung einer nationalen Investitionsbank sowie von Komitees für ArbeiterInnenkontrolle vor. Als das gescheitert war, führten sie eine Kampagne, die noch gemäßiger als die der SozialistInnen war. Sie gingen mit Phrasen wie „demokratische Mobilisierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen“ hausieren, die nichts aussagten. Noch schlimmer aber war, daß sie in den Kleidern ihrer GegnerInnen rumliefen - Patriotismus, Anstand, Respektabilität.

Mit der zündenden Parole „Gegen Unordnung und Anarchie - wählt kommunistisch!“ bemühten sie sich, sich gegen die GaullistInnen als Partei von „Recht und Ordnung“ zu profilieren. Statt der roten Fahne der internationalen ArbeiterInnenbewegung wählten sie das Banner der bürgerlichen Republik Britische KommunistInnen veranstalteten dann auch einen Marsch zur französischen Botschaft unter roten Fahnen und der Trikolore! Statt für ArbeiterInnendemokratie auf der Basis der Verstaatlichung der Monopole unter ArbeiterInnenkontrolle und ArbeiterInnenverwaltung als dem einzigen Weg zur Garantie von kürzerer Arbeitszeit, einem höheren Lebensstandard, angemessenen Wohnungen für ArbeiterInnenfamilien usw. einzutreten, behaupteten sie, eine neue Demokratie werde den Weg zum Sozialismus öffnen.

Wie lange sollten die ArbeiterInnen noch darauf warten? Hieß das, es gebe zwei Stufen der sozialistischen Umgestaltung? Oder eine langsam, gleichmäßig aufgebaute, wenn die KapitalistInnen zurückweichen würden? Oder beide? Ende 1968 machte das Zentralkomitee der PCF dann klar:

„Die beste Methode, in unserem Land den Weg zum Sozialismus einzuschlagen, ist den Kampf der Massen gegen persönliche Macht und für eine fortschrittliche Demokratie zu organisieren. Die Position des Großkapitals im Leben der Nation muß so geschwächt werden, daß die Bewegung des Volkes für den Sozialismus die Monopole zwingt, ihre Positionen aufzugeben, ohne einen Bürgerkrieg gegen den Kapitalismus.“

Welch Illusion in den guten Willen des kapitalistischen Feindes! Welch konfuses, unmarxistisches Denken! Um den Sieg bei den Wahlen vorn Juni 1968 zu sichern, hätte die KP für eine kommunistisch-sozialistische Regierung mit einem Programm zur Nationalisierung der Firmen der 200 reichsten Familien eintreten müssen. Sie hätte die „Ordnung“ der geplanten Wirtschaft der Anarchie des kapitalistischen Marktes gegenüberstellen müssen - sozialistische Demokratie gegen die „kosmopoli-

tische Verschwörung des Kapitals“, wie Marx es formulierte.

Sie hätte ein Programm aufstellen müssen, um die Kleinbauern und -bäuerinnen, HandwerkerInnen und kleinen Geschäftsleute anzuziehen, daß die Streichung ihrer Schulden und billige Kredite und Hilfen beinhaltet hätte. Das hätte diese Schichten unter der Fahne der ArbeiterInnenpartei versammelt. Statt dessen versuchte sie, mit De Gaulle auf dem Boden von dessen Politik zu konkurrieren. Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte eine der wichtigsten Lehren der französischen Ereignisse nicht erkannt: Die Mittelschichten werden durch mutige, die Gesellschaft verändernde Aktionen von der Arbeiterklasse gewonnen und nicht durch Mäßigung und die Versuche, die Ideen des Feindes ins Programm der ArbeiterInnenpartei aufzunehmen.

## Die Wahlergebnisse

Der Ausgang der Wahlen bestätigte, daß die Parteien, welche in der Situation der Zuspitzung der Klassenwidersprüche am klarsten die Klasseninteressen ausdrückten, auch am stärksten gewinnen. Die kleine zentristische PSU, die von ArbeiterInnenmacht redete und die Situation Ende Mai als „noch nie so günstig für den Übergang zum Sozialismus“ beschrieb, verdoppelte ihre Stimmen von 495.412 im Vorjahr auf 874.212. Wegen der Besonderheit des französischen Wahlsystems verlor sie aber auch ihre drei Abgeordneten.

Die Kommunistische Partei verlor 604.675 WählerInnen und die Hälfte ihrer Abgeordneten 1967 hatte sie 5.039.032 Stimmen bekommen. Die Föderation der Linken verlor mit 570.107 Stimmen fast genausoviel WählerInnen und bekam nur noch 57 statt zuvor 118 Abgeordnetensitze. Das war der stärkste Rückgang der französischen Sozialdemokratie in ihrer Geschichte. Am Ende des Jahres zerfiel die Linksföderation und der Rest der SFIO (Sozialistische Partei) bekam bei den Präsidentschaftswahlen 1969 nur noch fünf Prozent! Die GaullistInnen gewannen fast genausoviel Stimmen wie die Linke verlor - 1.214.623. Was war die Ursache?

Die Kommunistische Partei behauptete, eine große Zahl der GaullistInnen, die 20 Jahre lang nicht zur Wahl gegangen seien, hätten sich um den General versammelt. Aber es gab 10 Millionen Streikende und nur ein Teil von ihnen stimmte für die linken Parteien gegen De Gaulle! Wie erklärt sich das? Ganz einfach. Alle kommunistischen Parteien der Welt erklärten einstimmig, das Wahlergebnis beweise eben nur - ohne den Schatten eines Zweifels - daß die Situation in Frankreich nie revolutionär gewesen war!

Die StalinistInnen hatten also Recht, keine Revolution anzustreben, denn die ArbeiterInnen waren offensichtlich noch nicht reif. Wie hätten sie den Triumph De Gaulles sonst zugelassen? Wieder versuchten sie, die Schuld von sich auf die ArbeiterInnenklasse abzulenken. Was die Wahlen bewiesen, war nur, daß die soge-

nannte „revolutionäre“ Partei - die PCF - es versäumt hatte, die 15 Millionen ArbeiterInnen Frankreichs, ihre Familien und das KleinbürgerInnentum davon zu überzeugen, daß der Sozialismus funktionieren kann!

Während des Streiks waren alle Zweifel in den Köpfen der ArbeiterInnen darüber verschwunden, ob man die Gesellschaft ändern könne. Wäre der Streik anders ausgegangen, hätten sie sich und der Welt bewiesen, wozu sie fähig waren. Aber wenn die Bewegung erst einmal zurückflutet, wenn man sich wieder unter das Joch beugen muß, wachsen auch die Zweifel. Die Propaganda der Konterrevolution nutzt die Angst vor dem Unbekannten. Wird sie von der Propaganda für die Revolution nicht energisch bekämpft, zeigt sie Wirkung. Das gaullistische Wahlsystem war natürlich ungünstig für die ArbeiterInnenwahlkreise und richtete sich besonders gegen die Jugend.

Die fünf Millionen 16- bis 20-jährigen, die sich rasch politisiert hatten, waren nicht wahlberechtigt. 200.000 der 21-jährigen die in den letzten drei Monaten wahlberechtigt geworden waren, wurden durch die Benutzung der alten Wahllisten ausgeschlossen. Millionen von EinwanderInnen und ihre Familien schloß man ebenfalls aus. In der Armee war keine Wahlpropaganda zugelassen, außer die der GaullistInnen. Die Aufteilung der Wahlkreise war zugunsten der ländlichen Bezirke durchgeführt worden.

EinE kommunistischeR AbgeordneteR benötigte für seine Wahl 135.000 Stimmen, einE GaullistIn nur 27.000. Trotzdem hatten die GaullistInnen noch wenige Monate vor den Maieignissen befürchtet, die nächsten Wahlen zu verlieren. Trotz des manipulierten Wahlsystems waren sie nach dieser Welle der Unruhen eigentlich zu einer kläglichen und andauernden Niederlage verurteilt. Doch dank der feigen Haltung der Kommunistischen Partei konnte sich nicht nur der Gaullismus, sondern auch De Gaulle selbst und der Kapitalismus wieder erholen. Bis zu einer Million der WählerInnen stimmten angesichts der Alternative zwischen den Aufrufen der StalinistInnen und der GaullistInnen zu „Ruhe und Ordnung“ für die Cholera - denn diese Politik kannten sie bereits.

Aber für De Gaulle selbst war es ein Pyrrhussieg. Im Juli warf er in einem Versuch, alle möglichen Rivalen für seinen Job auszuschalten, seinen treuesten Diener Pompidou aus der Regierung. Er war populärer als De Gaulle und stand für den Bonaparte zu sehr im Rampenlicht. Aber innerhalb eines Jahres wurde Georges Pompidou, Ex-Magnat der Rothschild-Bank, neuer Präsident der Republik. De Gaulle hatte durch den großen Streik der ArbeiterInnen einen tödlichen Stoß erhalten. Den Gnadenstoß fügte er sich selbst zu. Er ließ schließlich doch über ein Referendum zur Partizipation und Regionalisierung abstimmen und verlor es. Danach verschwand er von der Bühne der Geschichte. Die Presse kommentierte: „Nichts wird mehr wie zuvor sein, langfristig waren die Wahlen nur eine Nebensache“

## Die Lehren des Mai 68

Menschen, die ein Interesse daran haben, den revolutionären Elan von ArbeiterInnen und Jugendlichen zu dämpfen, ziehen aus den Erfahrungen von 1968 die Schlußfolgerung, es lohne sich nicht zu kämpfen, das ende nur mit der Stärkung der Reaktion. Sie verweisen auf das Marxzitat, durch Revolutionen werde der Staatsapparat perfektioniert. In gewissem Umfang gelang es dem französischen Kapital tatsächlich, neue Wege zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft zu finden, die besser als die Polizeistaatsmethoden waren.

Doch das Kapital wurde durch die Ereignisse von 1968 hart getroffen und fand nie sein volles Selbstbewußtsein wieder. Auf der anderen Seite können die ArbeiterInnen große Zuversicht aus den Ereignissen schöpfen. Einen Moment lang konnten sie einen Blick in die Zukunft werfen, so wie über 1917 ein US-amerikanischer Journalist schrieb: „Es scheint eine gute Chance zu haben, daß es funktioniert.“, als er die neue Rätewacht in Rußland sah. Skandalöserweise verweigerten die FührerInnen der ArbeiterInnen ihnen die Möglichkeit, selbst eine Räteregierung auszuprobieren. „So blöd waren wir nicht“, erklärte Georges Seguy später.

Im „*Morning Star*“ vom 6. Juni 1968 versuchte ein Redakteur eine theoretische Rechtfertigung für den Verrat der Kommunistischen Partei Frankreichs zu finden. Pompös tönte er, eine Revolution sei mehr als ein wütender Aufschrei. Mit einem Leninzitat wollte er beweisen, daß es keine Revolution in Frankreich gegeben habe, da der Staatsapparat nicht von einer Klasse auf die andere übergegangen war. „Der alte Staatsapparat wurde errichtet und ausgestattet, um dem Kapitalismus zu dienen“, schrieb er. „Es sei nötig ihn durch einen Staat zu ersetzen, der in der Lage sei, den Sozialismus aufzubauen. Dazu sei der Kampf der Massen und eine revolutionäre Partei nötig. Im Leben eines Revolutionärs oder einer revolutionären Partei gibt es Augenblicke einer entscheidenden politischen Wende, wenn das arbeitende Volk in den Kampf eintritt und innerhalb weniger Wochen seine Anschauungen schnell ändert. Andererseits gibt es lange Perioden geduldiger Vorbereitung, Schulung und Organisierung. Es gibt den Mut der Massendemonstrationen und der Barrikaden, und es gibt den Mut der Behutsamkeit, die Leute für die Notwendigkeit der revolutionären Veränderung der Gesellschaft zu gewinnen.“

Beide Arten des Mutes sind für eine revolutionäre Partei notwendig.“ Aber der Autor gibt uns keine Antwort, welche dieser Perioden auf Frankreich im Mai 1968 zutrifft. Kommt es zur Revolution, so ist es ein genauso großer Fehler, den letzten Monat einer Schwangerschaft für den ersten zu halten und den ersten für den neunten. Dann zitiert der Autor eine lange Passage von Engels' Einleitung der „Klassenkämpfe in Frankreich“ von Karl Marx. Das Zitat dreht sich vollständig um die Frage, ob die deutschen SozialdemokratInnen die Mehrheit im Parlament gewinnen

können, ohne in „Straßenkämpfe“ verwickelt zu werden.

So wie Kautsky zu Beginn des Jahrhunderts läßt der Autor in Engels' Zitat beiseite, daß Straßenkämpfe und Barrikaden auch in Zukunft weiter zu ihrem Recht kommen werden. Er stellt Engels dar, als wäre er ein saft- und kraftloser gesetzestreuer Liberaler, der gegen jede außerparlamentarische Aktivität wettet oder als wäre Engels ein Reformist der Kommunistischen Partei, der den revolutionären Weg zugunsten des parlamentarischen Pfades in dem Moment aufgibt, als der Sieg in Sichtweite ist.

Ende Mai 1968 sah man die Geburt einer neuen Gesellschaft. Eine revolutionäre Partei hätte sich nicht einmal auf die Organisierung eines gewaltsamen Aufstandes vorbereiten müssen. Die einzige Kraft, die sie gebraucht hätte, wäre der Einsatz ihrer Macht im richtigen Augenblick gewesen. Der Generalstreik der 10 Millionen ArbeiterInnen war der Löwenanteil des Krafteinsatzes gewesen, die Macht von einer Klasse auf die andere übergehen zu lassen. Warum verwarf man diese Möglichkeit und fing mit der Parlamentswahl ganz von vorn an? Damit legte man die Macht zurück in die Hände der KapitalistInnenklasse. Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte die Wahlen lautstark als Ausweg propagiert. Aber sie war nicht mal fähig, den Wahlkampf in revolutionärer Weise mit einer Kampagne zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu führen!

## **Sektierertum**

Während der Studentenkämpfe hatten sich Gruppen hervorgetan, die die Situation in Frankreich als revolutionär ansahen. Unter ihnen befanden sich moderne BlanquistInnen, die glaubten, eine mutige Gruppe revolutionärer KämpferInnen könne die Massenaktivität der ArbeiterInnenklasse ersetzen. Viele von ihnen - darunter MaoistInnen und einige, die sich Trotzkestinnen nannten - wurden von der romantischen Idee angezogen, die Guerillamethoden von Guevara und Castro auf die Städte Europas übertragen. Dazu brauchten sie auch keine Basis in den Fabriken.

In den Straßenkämpfen des Mai hatte sich die um Pierre Frank und Ernest Mandel gruppierte Revolutionär Kommunistische Jugend (JCR) mit viel Mut und Gespür für Organisationsfragen hervorgetan. Aber sie mußten die gleiche Schlußfolgerung aus ihren Aktivitäten ziehen, die Trotzki Jahrzehnte zuvor gezogen hatte: Auch die mutigsten Intellektuellen sind nichts ohne die Massen. Aber als sie die ArbeiterInnen in den Fabriken um Hilfe baten, machten sie das mit einer ausgesprochen arroganten Haltung und nicht mit der Bescheidenheit, die Lenin und Trotzki immer verlangt hatten. Ständig verurteilten sie den Opportunismus der KP, erklärten aber selten die Ursachen für die Fehler der FührerInnen.

Diese Leute verstanden nicht die Rolle der Massenorganisationen - was es die

ArbeiterInnen gekostet hat sie aufzubauen und warum sie ihnen so treu bleiben. Sie suchten nach Abkürzungen auf dem Weg der Bewußtseinsbildung von Millionen ArbeiterInnen. Sie betonten die Notwendigkeit der Revolution und die Wichtigkeit der revolutionären Partei, ohne zu verstehen, daß diese Frage unlösbar mit dem Problem verbunden ist, wie man die bestehenden Organisationen der ArbeiterInnenklasse verändern kann. In der Wahlkampagne hätte eine marxistische Gruppierung großen Erfolg haben können, wenn sie ihre Propaganda auf die Basis der KP-ArbeiterInnen gerichtet hätte, die während des Streiks nach revolutionären Ideen suchte.

Sie hätte sie anspornen können, von ihren FührerInnen eine Kampagne für das ganze sozialistische Programm zu fordern, wie es Waldeck-Rochet auf dem Höhepunkt des Streiks vorgestellt hatte. Sie hätten als ein Katalysator bei der Auslösung der Fragestellung „Was war wirklich los?“ wirken können und hätten den ArbeiterInnen - besonders den jüngeren - beim Umbau der Kommunistischen Partei in eine revolutionäre Massenkraft assistieren können - Die Herangehensweise dieser PseudotrotzkistInnen entsprang einer falschen und unmarxistischen politischen Perspektive.

Manchmal war sie auch richtig, wie ihr Programm zum Zusammenschluß der Aktionskomitees als Ausgangspunkt für eine Regierung von echten ArbeiterInnenvertreterInnen. Aber sie verschleuderten das von ihnen angehäuften Kapital und verloren eine einzigartige Möglichkeit, als sie die ArbeiterInnen zum Wahlboykott aufriefen. Lenin hatte den Boykott der Parlamentswahlen nur unter der Bedingung empfohlen, daß mit den Sowjets oder Räten bereits eine konkrete Alternative in Form einer ArbeiterInnenregierung vorhanden wäre. Solange die ArbeiterInnenbewegung nicht die Stärke und den Einfluß hat, die überwiegende Mehrheit gegen die Beteiligung an den bürgerlichen Wahlen zu mobilisieren, wird sie scheitern. Die SektiererInnen sahen nicht daß der Augenblick für die Machtübernahme vorbei war und jetzt keine Massenalternative zum Parlament existierte. Im Juni wurde die JCR und Pierre Franks PCI im Rahmen einer Repressionsmaßnahme De Gaulles zusammen mit zehn anderen Organisationen und Zeitschriften verboten.

Ihre FührerInnen gingen in den Untergrund, einige waren kurzzeitig verhaftet. Sie fingen unter anderen Organisationsnamen neu an, konnten aber die Periode, in denen sie sich befanden, nicht einschätzen. Sie stellten sich vor, daß die während des Streiks gebildeten hunderten von Komitees beibehalten werden konnten und man sie als Basisorganisationen für die ArbeiterInnenkontrolle in Industrie und Gesellschaft benutzen könne. Aber Komitees dieser Art können die Bedingungen, unter denen sie geschaffen wurden, nie lange überleben. Zur Zeit der großen Streiks in Frankreich gab es in Großbritannien und anderen Ländern eine breite Diskussion

über ArbeiterInnenkontrolle und Mitbestimmung in der Wirtschaft.

Tony Benn, Minister für Technologie, befürwortete zu dieser Zeit mehr ArbeiterInnendemokratie. Unter dem Einfluß der französischen Ereignisse wurde über diese Fragen heiß diskutiert. In „normalen“ Zeiten können Elemente von ArbeiterInnenkontrolle in der kapitalistischen Industrie in nur sehr geringem Umfang als Komitees von Vertrauensleuten existieren. Parteizellen in den Fabriken und Massenversammlungen am Arbeitsplatz während des Wahlkampfes können eine bedeutende Rolle spielen.

In Frankreich hätten Diskussionen in den besetzten Fabriken und Büros über aktuelle Fragen im Wahlkampf den KandidatInnen der ArbeiterInnenparteien sehr geholfen. Aber die Kommunistische Partei versuchte die Aktionskomitees in Wahlversammlungen für die Volksfront ohne sozialistischen Inhalt umzuformen. Sie wandten den immer noch Millionen von ArbeiterInnen im Streik den Rücken zu, überließen sie sich selbst und stürzten sich kopfüber in den Wahlkampf. Nachdem die Möglichkeit des politischen Wandels durch den Generalstreik schnell schwand, wurden überall Verhandlungen aufgenommen und die KapitalistInnen gewannen ihr Vertrauen zurück.

Trotzdem brauchten sie neben der Peitsche auch den Zucker, um die Produktion wieder in Gang setzen zu können. Viele ArbeiterInnen dachten nicht daran, ohne jede Garantie für Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit wieder an die Arbeit zurückzukehren. Viele erreichten, daß es ab jetzt eine freie Tätigkeit der Gewerkschaften im Betrieb geben solle und niemand für seine Streiktätigkeit belangt werden solle. Wo die ArbeiterInnen besonders aktiv waren, mußten die UnternehmerInnen noch weiter nachgeben.

In einigen Fällen boten sie die volle Bezahlung des ganzen Streiks an. Den ArbeiterInnen der Elektrizitätswerke war eine 20-prozentige Lohnerhöhung und die 40-Stundenwoche angeboten worden, aber sie wollten noch keinen Abschluß. Auch die Bus- und MetroarbeiterInnen stimmten für die Fortsetzung des Streiks. Die zweitgrößte Kategorie von ArbeiterInnen, die 1,4 Millionen Verkäuferinnen und Verkäufer, warteten erst mal ein paar Tage ab, um zu sehen, wie es weiterging, ehe sie sich entschieden.

In einer geheimen Abstimmung lehnten die BergarbeiterInnen des Nordens das Angebot einer zehnprozentigen Lohnerhöhung ab. Einige Firmen beschlossen, angesichts des Zerfalls der Bewegung zu Gewalt und Einschüchterung überzugehen. Das provozierte neue Explosionen, neue Demonstrationen und Streiks. Tausend Elitepolizisten wurden nach Flins in die Renaultfabrik geholt, wo die ArbeiterInnen sich weigerten, eine geheime Abstimmung durchzuführen.

Es gab heftige Kämpfe und Demonstrationen. Die CRS verfolgte DemonstrantInnen mit ihren Schlagstöcken durch die Felder, ein Schüler sprang

auf der Flucht vor ihnen in die Seine und ertrank. Auch in Sauchaux wurde die CRS vorn Peugeotmanagement gerufen, zwei Arbeiter wurden beim Kampf umgebracht. In Paris bestand die Antwort in der Rückkehr zu den Barrikadenkämpfen. Fünf Polizeireviere wurden angegriffen. Rufe „Sie haben unsere Genossen umgebracht!“ hallten durch die Nacht. Am Abend des 10. Juni gab es auf beiden Seiten der Seine die gewalttätigsten Auseinandersetzungen und nicht wenige Privatautos und Polizeifahrzeuge gingen in Flammen auf, es gab 72 Barrikaden und 1.500 Verhaftungen. Die CRS wurde eingesetzt, um die besetzten Arbeitsplätze zu räumen - Postämter, Bahnhöfe und Fabriken. Am 14. Juni wurden sie ins Odeon-Theater und am 16. Juni in die Sorbonne geschickt.

Die Hochschule für bildende Künste wurde von der Polizei erst am 27. Juni zurückerobert. Die RenaultarbeiterInnen weigerten sich bis zum 17. Juni, an ihre Arbeit zurückzukehren. Die ArbeiterInnen aller acht Citroenwerke hielten sich ein paar Tage länger und Peugeot widerstand bis zum 24. Juni. Faschisten rotteten sich zusammen und griffen die Gebäude von ArbeiterInnenorganisationen an. WahlhelferInnen wurden zusammengeschlagen und ein junger Kommunist wurde erschossen.

Nach dem Streik wurden hunderte von EinwandererInnen und ausländische StudentInnen ausgewiesen. In den Fabriken wurden viele der kämpferischsten ArbeiterInnen bestraft - allein bei Citroen wurden nach der Wahl 925 ArbeiterInnen entlassen. Die JournalistInnen des staatlichen Radios und Fernsehens hatten erst ziemlich spät die völlige Einstellung der Sendungen erreicht. Sie führten einen hoffnungslosen Kampf, die Medien in den Dienst der gesamten ArbeiterInnenklasse zu stellen. Um seine Kontrolle wieder herzustellen, schickte De Gaulle Militärtechniker, die die Leistungsfähigkeit der Sender wieder herstellten.

Später wurden 66 JournalistInnen entlassen, anderen wurde ihre Sendung weggenommen. Als Akt internationaler Solidarität sammelten belgische RadiojournalistInnen Geld für ihre entlassenen KollegInnen. Geschwächt durch die Isolierung und durch den Mangel an Informationen wurden Niederlagen unvermeidlich. Nach einiger Zeit kam die Entmutigung hinzu. Für das alles waren die Gewerkschaftsverbände verantwortlich, die FührerInnen kamen ihren Aufgaben nicht nach. Sie drängten auf Einzelverhandlungen in jeder Fabrik und trafen keine Abmachungen, die es den ArbeiterInnen ermöglicht hätte, die Arbeit gemeinsam wieder aufzunehmen. Die ArbeiterInnen hatten ihre Muskeln spielen lassen und Bergluft geatmet, jetzt wollten sie die Trümpfe nicht einfach aus der Hand geben.

Aber da sie in der Frage „Wer hält die Macht in der Gesellschaft?“ unterlegen waren, gab es keine Alternative zur Räumung der Betriebe und zur Akzeptierung von Einigungen über Löhne und Arbeitsbedingungen. Der Riese der Arbeit hatte sich im Mai 1968 auf seine Füße erhoben. Er hatte alle Fesseln gebrochen. Aber um

den Feind - das Kapital - zu schlagen, hätte er eines scharfen Schwertes bedurft - einer revolutionären Partei mit einer klaren, entschiedenen und kämpferischen Führung. Ohne eine solche Waffe konnte der Riese wieder auf den Rücken gezwungen werden, aber nur nach einer gewaltigen Kraftanstrengung. Der Feind setzte alle ihm zur Verfügung stehenden Waffen ein, den Staat wie paramilitärische faschistische Organisationen wie Occident.

Am schlimmsten aber war die Rolle der eigenen Organisationen der ArbeiterInnen, als sie den KapitalistInnen halfen, die Fesseln wieder anzulegen. Viele ArbeiterInnen wehrten sich mutig gegen die Versuche, ihnen wieder Ketten anzulegen. Eine Woche nach der Ankündigung der Wahlen waren immer noch mehr als fünf Millionen ArbeiterInnen im Streik, zwei Wochen später waren es noch fast zwei Millionen und einige Teile hielten bis in den Juli durch. Der „Economist“ hatte vorhergesagt, egal wer die Wahlen gewinne, der werde mit einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert. Er sei gezwungen, die Inflation anzuheizen, um die Lohnerhöhungen wieder rückgängig zu machen.

Am 30. Mai forderte die französische Nationalbank dazu auf, den Franc abzuwerten. Sie wollte ihn schwächen um die Konkurrenzfähigkeit französischer Waren auf dem Weltmarkt zu stärken, und das hätte zu Preiserhöhungen im Inland geführt. Der Franc erreichte seinen tiefsten Stand seit 1958, die Berechnung eines Defizits von 400 Millionen Dollar wurden allgemein als untertrieben eingeschätzt. Der „Economist“: „Eine Neuverteilung des Nationaleinkommens würde niemals ausreichen, die geschaffenen Bedürfnisse zu befriedigen, selbst wenn man enorme Summen in den Verbrauch statt in die Investitionen umleiten würde. Damit bremste man auch das gesunde Wirtschaftswachstum.“

Die Bonner Regierung und die EWG waren bereit, Frankreich Kredite zu bewilligen. Sie wollten ihre Importe beschränken und ihre Exporte ausweiten, um das Land vor der Krise zu bewahren. Der Internationale Währungsfonds stellte 300 Millionen Pfund zur Verfügung. Pompidou hatte betont, daß jede Streikwoche das Land zwei Prozent seiner Jahresproduktion koste.

Jede Streikwoche bedeutete auch zwei Prozent weniger Jahreseinkommen für die ArbeiterInnen, aber was wäre das für ein geringer Preis für eine neue Zukunft gewesen! Am Ende der dritten Juniwoche, als die erste Runde der Parlamentswahlen stattfand streikten noch eine Million ArbeiterInnen. Die OberschülerInnen kehrten auch zu Beginn des neuen Schuljahrs im September noch nicht in die Gymnasien zurück.

Doch die CGT unterschrieb gar ein Abkommen, das vorsah, die versäumte Arbeit wieder „nachzuholen“ damit sich die französische Industrie wieder erholen könne. Die Jahresproduktivität schnellte von 7 auf 12 Prozent, aber die Preise kletterten auch. Die massiven Reformen waren ein Erfolg des Streiks gewesen, aber die Lohn-

erhöhungen und Prämien wurden von der Inflation wieder aufgefressen. Am Arbeitsplatz wurden viele Zugeständnisse von einem rachsüchtigen Management wieder rückgängig gemacht.

Aus kapitalistischer Sicht mußten die Zugeständnisse den ArbeiterInnen wieder entrisen werden. Aus der Sicht der ArbeiterInnen war ein Kampf um die politische Macht nötig.

## **Die Wende zu den traditionellen Parteien**

In einem Monat des Jahres 1968 lernten die ArbeiterInnen mehr als in Jahrzehnten zuvor. Sie hatten erfahren, daß sie eine Vielfalt von Talenten und Fähigkeiten hatten, die sie in kürzester Zeit umsetzen konnten. Sie hatten sich schnell politisiert und radikalisiert. Das Interesse an Politik war groß geworden. Auf der Suche nach einem Platz für politische Diskussionen kehrten sie in ihre traditionellen Organisationen zurück. Sie testeten die Organisationen, die mit dem Schweiß ihrer Vorfahren aufgebaut worden war. Sie werden die Führung immer und immer wieder testen mit einem Vertrauen, das ein hohes Niveau von Widerstand anzeigt. Die ArbeiterInnen wandten sich den Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei zu. Während des Streiks war ihnen die Wichtigkeit einer Organisation bewußt geworden.

Jene Organisationen, deren FührerInnen sich während der Ereignisse profiliert hatten, waren tief in der Arbeiterklasse verankert. Die ArbeiterInnen wandten sich ihnen trotz der Versuche der ParteiführerInnen zu, ihre Aktivität einzuschränken und den Apparat unter Kontrolle zu halten. Aber es gab keine alternative marxistische Massenpartei.

Die ArbeiterInnenorganisationen waren weiter intakt und wuchsen im Mai und Anfang Juni gewaltig an. Bei dieser Gewichtung der Kräfte konnte es die Bourgeoisie nicht wagen, zur militärisch-bonapartistischen Reaktion überzugehen, solange sie den ArbeiterInnen nicht eine Reihe entscheidender Niederlagen beigebracht hatten. Es gab überhaupt keine Möglichkeit, unter diesen Bedingungen das gaullistische Regime in irgendeine Form des Faschismus zu verwandeln, wie die StalinistInnen und einige SektiererInnen es anzudeuten versuchten. In einer Situation, in der die Streikbewegung zurückging und De Gaulle versuchte, den Status quo durch eine Wende zu den Wahlen wiederherzustellen, gab es keine Gefahr des Einsatzes konterrevolutionärer Methoden.

Obwohl sie eine Teilniederlage erlitten, blieben die ArbeiterInnen und ihre Organisationen eine starke Kraft. 1968 traten der Kommunistischen Partei 55.000 neue Mitglieder bei, im Mai allein 15.000. In Paris wurden in diesem Monat 80 neue Parteizellen gegründet. Die „L'Humanite“ berichtete von mehreren zehntausend neuen CGT-Mitgliedern, der „Morning Star“ bezifferte den Zuwachs auf 500.000

im Jahr. Fortgeschrittene ArbeiterInnen traten der KP bei, weil sie sie für die Partei der Revolution hielten und ihre verräterische Rolle nicht voll verstanden hatten.

Doch dieser Zuwachs war nichts verglichen mit dem, den sie hätte erreichen können - im Jahr der russischen Revolution wuchs die bolschewistische Partei von 8.000 während der Februarrevolution auf 240.000 im Oktober an, ein Zuwachs um das Dreißigfache. Auf der anderen Seite hatte die PCF wie die CGT eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern ausgeschlossen, die ihre Führung kritisiert hatten. Neue Widerstände und Unruheherde zeichneten sich in den Organisationen ab.

Die CFDT verdoppelte ihre Mitgliedschaft - die Belohnung für ihre Positionen links vom kommunistischen Gewerkschaftsverband während der Ereignisse. Sie war stärker auf die Stimmungen der Streikenden eingegangen und hatte radikalere Forderungen aufgestellt. ArbeiterInnenvertreterInnenwahlen bei Renault Cleon und Michelin zeigten ein Anwachsen der CFDT zuungunsten der CGT. Ein großer Teil dieser Schichten ging 1971 bei ihrer Gründung zur neuen Sozialistischen Partei. Für die französischen ArbeiterInnen bedeuteten die Maiereignisse gleichzeitig ein Teilsieg und eine Teilniederlage.

Da die ArbeiterInnen ihre Stärke gezeigt und ihre Entschiedenheit demonstriert hatten, konnten sie UnternehmerInnen und Regierung große Reformen abringen. Die Massenaktionen hatten gezeigt, was man alles hätte erreichen können. Die KapitalistInnen mußten kurzfristig bedeutende ökonomische Zugeständnisse machen. Aber auch die Macht hätte in der Hand der ArbeiterInnen sein können, jetzt gehörte sie wieder den alten HerrscherInnen.

Sie mußten noch 13 Jahre warten, ehe die Sozialistische und Kommunistische Partei die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1981 gewannen. Nach der Niederlage von 1968 zeigten sich die ArbeiterInnen bei den folgenden Wahlen und außerparlamentarischen Kämpfen eher entmutigt.

Ihre Zweifel kehrten zurück. Hatten sie zuviel erhofft? Waren ihre Träume utopisch gewesen? ArbeiterInnen sind keine Holzscheite, sondern menschliche Wesen mit Gefühlen von Euphorie und Enttäuschung. Alle revolutionären MarxistInnen verstanden die komplexen psychologischen Wechselwirkungen in den Gefühlen der Millionen von ArbeiterInnen während der Ebben und Fluten der historischen Ereignisse. Sie zeigten sich sehr einfühlsam gegenüber dieser Frage. Wer sich jedoch der marxistischen Theorie und Praxis nur als Karikatur und Schema zu bedienen weiß, dem werden solche Einschätzungen völlig unverständlich bleiben. Auch jene, die sich fälschlicherweise den Namen KommunistInnen oder TrotzistInnen zugelegt haben, verhielten sich gegenüber den ArbeiterInnen, die sie zu vertreten vorgaben, verächtlich und zynisch.

1968 waren unter Millionen Hoffnungen erweckt worden, die weit über ihre normalen Erwartungen, über die Probleme des Alltagslebens hinausgingen. Die

französischen ArbeiterInnen von 1968 hatten viel mehr Erfahrung und ein viel höheres Niveau von Kultur und Technik zu ihrer Verfügung als die ArbeiterInnen, die 1917 eine Revolution in Rußland gemacht hatten. So wären auch ihre Ergebnisse erfolgreicher ausgefallen.

Ihre Vorstellungskraft und ihre Kreativität hätten sie auf ein in der Geschichte bisher noch nie erreichtes Niveau geführt. In den Jahren nach 1968 hätten die Kommunistische und Sozialistische Partei die kapitalistischen Parteien mit einem überzeugenden und mutigen sozialistischen Programm herausfordern müssen. Die französischen Familienmonopole waren durch Übernahmen und Fusionen deutlich weniger geworden. Die Verstaatlichung der Kommandohöhen und ein Programm demokratischer ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung hätten der ArbeiterInnenklasse neuen Elan gegeben.

Aber die FührerInnen verfehlten auch dieses Ziel. Sie waren nicht in der Lage 1973 und 1978 einen Wahlsieg zu erringen; sie waren für neue Enttäuschungen und neues Elend verantwortlich, das die so lange leidende französische ArbeiterInnenklasse erdulden mußte. Als die ArbeiterInnenparteien 1981 endlich mit einem massiven Stimmenanteil von 55 Prozent siegten, wurde das mit Tänzen und Gesängen auf den Straßen gefeiert.

Man plante ein großes Reformprogramm, traute sich aber nicht mit dem Kapitalismus zu brechen und Mitterrand wich zurück. Dann folgten drastische Gegenreformen gegen die ArbeiterInnenklasse und der Name des Sozialismus wurde wieder in den Dreck gezogen. Mitterrand hatte keine Skrupel, in sein Kabinett aus den Maitagen gehaßte Personen wie den Polizeipräfekten von Paris Grimaud oder den Renaultdirektor Dreyfus aufzunehmen.

Neue 68er-Bewegungen gibt es nur unter der Oberfläche der französischen Gesellschaft: 1978 erlangten während der Wirtschaftskrise die ArbeiterInnen der Uhrenfabrik Lip in Besançon Berühmtheit. Angesichts der geplanten Schließung hielten sie die Fabrik offen und setzten die Produktion fort. Als die Polizei während der Urlaubszeit die Fabrik räumen sollte, wirkte das wie eine Alarnglocke. Wichtige Teile der ArbeiterInnen, die 1968 beteiligt waren, wurden aus ihrem Schlaf geweckt und traten in Aktion. Selbst in den Ferienzentren brachen Proteste auf und ArbeiterInnen fuhren zu den Landsitzen der Minister. Sie warnten sie vor der Gefahr eines neuen Ausbruches.

1986 demonstrierte die Jugend in den Schulen und Universitäten gegen die Kürzungen der Bildungsausgaben. Diesmal veranlaßte die bloße Ankündigung eines Generalstreiks seitens der Gewerkschaften die neugewählte rechte Regierung Chirac zu einem jämmerlichen Rückzug. Bei einem privaten Treffen erinnerte ein Gewerkschaftsführer Chirac an 1968.

Ähnliche Ereignisse in Spanien 1986 und Anfang 1987 zeigten, wie die Jugend -

um ein mit den MarxistInnen ausgearbeiteten Forderungskatalog versammelt - die älteren ArbeiterInnen zur Unterstützung und zu Kämpfen für eigene Ziele mobilisieren kann. Die Geschichte beider Länder hat gezeigt und wird es auch in Zukunft immer wieder beweisen, daß die europäischen ArbeiterInnen einen starken Willen haben, gegen alle Widerstände zu gewinnen und um die Herrschaft über ihr eigenes Schicksal zu kämpfen. Heute ist das Gewicht der ArbeiterInnenklasse in der französischen Gesellschaft noch größer als 1968. Die Lebensbedingungen sind noch explosiver.

Der Prozeß der Deindustrialisierung hat die Zahl der Arbeitslosen auf das Fünffache von 1968 anwachsen lassen und hat in einigen Teilen Frankreichs eine soziale Wüste hinterlassen. EinwandererInnen und SchulabgängerInnen sind von der Krise besonders hart betroffen. Zündstoff, der sich in Ärger und Unzufriedenheit ansammelt, hat sich immer mehr angesammelt. Die ArbeiterInnen und Jugendlichen haben aus den vergangenen Ereignissen ihre Lehren gezogen, für ihren Betrieb wie auf politischer Ebene. Fast jeder Zwischenfall kann zu einem Funken einer neuen Explosion werden.

Mit 1968 vergleichbare Ereignisse werden stattfinden, sie werden im heutigen Zusammenhang auf Weltebene noch größere Bedeutung erlangen. Angesichts der tiefen Krise der Weltwirtschaft gib es heute kein Land, in dem sich nicht große Widersprüche zu einer explosiven Situation zusammenbrauen. Großbritannien ist weit davon entfernt, eine Ausnahme zu bilden hier kann die Explosion in der kommenden Periode sogar am schnellsten kommen. Ein neues 1968 hätte überall enorme internationale Auswirkungen, es wird sich wie ein Steppenbrand ausbreiten.

Vor allem eins haben die französischen Ereignisse bewiesen: neue Generationen werden mit Mut und Enthusiasmus den Kampf aufnehmen. Die arbeitenden Klassen Frankreichs, besonders die Jugendlichen, haben lange revolutionäre Traditionen und werden sich immer wieder in den Kampf für die Verwandlung ihrer Gesellschaft stürzen. Sie werden weiter versuchen, ihre Organisationen in machtvolle Waffen für die Veränderung der Gesellschaft zu verwandeln.

Die Kräfte für eine revolutionäre Massenpartei werden aus den alten Organisationen des Proletariats kommen, aus der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei, die jetzt größere Wahlunterstützung genießt. Ohne die Herausbildung einer Massenpartei mit marxistischem Programm und marxistischer Orientierung wird die französische Revolution ein stürmischer und sich lang hinziehender Prozeß.

Die Periode nach 1968 ist vergleichbar mit den Ebben und Fluten der spanischen Revolution zwischen 1931 und 1937, aber auf höherer Ebene. „Die Revolution hat einen langen Atem“, betonte Franz Mehring. Der beste Weg für die ArbeiterInnen und Jugendlichen, sich auf die Zukunft vorzubereiten, ist es, möglichst alle Lehren aus der Geschichte der vorangegangenen Kämpfe zu ziehen. Im Treibhaus der revo-

lutionären Massenkämpfe können die marxistischen Kräfte schnell wachsen. Ausgestattet mit den richtigen Ideen und dem richtigen Programm werden sie voll Vertrauen vorwärtsschreiten.

Es wird ein Vorteil sein, mit diesen Erfahrungen aktiv an nächsten 1968 teilzunehmen. Die französische Revolution hatte ihre Generalprobe. Rosa Luxemburg schrieb über die russische Revolution, sie höre „den Wind um ihre Ohren heulen“. Und weiter: „Wir leben in einer Zeit, in der alle Ereignisse zu Unruhen werden können.“ Das gilt für die letzten Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts genauso wie für die ersten. In Frankreich wird es einen Umsturz geben, der nicht nur die französische Gesellschaft verändern und die 1968 begonnene Revolution vollenden wird.

Er wird auch die Erwartungen der französischen ArbeiterInnen, die zwei Jahrhunderte lang immer wieder enttäuscht wurden, erfüllen. Er wird ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnen, das direkt zur Schaffung einer harmonischen sozialistischen Gesellschaft auf Weltebene führen kann. Wenn der alte Maulwurf der französischen Revolution dann wieder auftaucht und der Sieg gesichert ist, wird wie Karl Marx es in seinem „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ schrieb, Europa sich von seinem Sitz erheben und begeistert ausrufen: „Gut gewählt, alter Maulwurf!“



## Erklärungen zu Begriffen und Personen

**Blanquismus** - Louis-Auguste Blanqui lebte von 1805 bis 1881 und war Sozialist und Revolutionär. Er propagierte systematisch bewaffnete Aktionen. Unter Blanquismus wird die Idee verstanden, über bewaffnete Aktionen und nicht über einen Aufstand der Massen die Staatsmacht zu erobern.

**Bonapartismus** - Staatsform, in der sich eine Person oder eine Gruppe von Personen an der Spitze des Staates befinden und diktatorische, unkontrollierte Macht ausüben können. Im Bonapartismus erhebt sich der Staat über die Klassen und erlangt auch von der wirtschaftlich herrschenden Klasse eine gewisse Unabhängigkeit, wenn er auch in letzter Instanz die Interessen dieser Klasse verteidigt. Beispiele für Formen bonapartistischer Herrschaft im 20. Jahrhundert waren die Diktatur Pinochets in Chile, die Militärdiktatur in der Türkei.

**CGT** - An der Kommunistischen Partei Frankreichs orientierter Gewerkschaftsverband

**CFDT** - ursprünglich katholisch orientierter Gewerkschaftsverband, heute an der Sozialistischen Partei orientiert

**EWG** - Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Vorgängerin der Europäischen Union (EU)

**L'Humanite** - Zeitung der Kommunistischen Partei Frankreichs

**Franz Mehring** - 1846 - 1919, revolutionärer Sozialist, der zuerst in der SPD vor allem journalistisch und publizistisch tätig war. Zu seinen wichtigsten Werken gehören die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und eine Biographie über Karl Marx. Während des Ersten Weltkriegs wird er zum Mitbegründer des Spartakusbundes und 1919 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

**Militant** - in Großbritannien erscheinende trotzkistische Zeitung zwischen 1964 und 1996. Die Militant Tendenz arbeitete bis Anfang der 90er Jahre innerhalb der Labour Party (sozialdemokratische Partei in Großbritannien), führte viele Jahre deren Jugendorganisation und spielte eine wichtige Rolle bei allen wichtigen Kämpfen der britischen ArbeiterInnenklasse. 1974 ging von Militant die Gründung des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale aus, deren deutsche Sektion heute die SAV und deren österreichische Sektion heute die SOV ist. Ziel ist es eine neue revolutionär-sozialistische ArbeiterInnenorganisation aufzubauen, die auf der ganzen Welt verankert ist. Anfang der 90er Jahre gründete die Militant Tendenz eine offene und unabhängige Organisation und beendete die Tätigkeit innerhalb der Labour Party. 1996 wurde die Zeitung in „The Socialist“ umbenannt und die Socialist Party gegründet.

**F. Mitterrand** - 1968 Führer der Vereinigung der Linksparteien wurde er später zum Führer der neugründeten Sozialistischen Partei in Frankreich und wurde 1980 zum Staatspräsidenten gewählt.

**Morning Star** - Zeitung der Kommunistischen Partei Großbritanniens

**PCI** - Internationale Kommunistische Partei, 1968 die französische Sektion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (VS). Das VS war damals die Hauptströmung derjenigen Gruppen, die sich auf die Ideen Leo Trotzki's beriefen. Ziel der PCI war der Aufbau revolutionärer, sozialistischer ArbeiterInnenparteien, um eine Alternative zu Sozialdemokratie und Stalinismus darzustellen. Aus Sicht der Autorin war die PCI schon 1968 von vielen wichtigen Grundsätzen des Trotzkismus abgewichen.

**Prawda** - Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Hauptorgan der stalinistischen MachthaberInnen der Sowjetunion.

**Reformismus** - Politik, nach der durch allmähliche Reformen (Verbesserungen) und hauptsächlich parlamentarische Arbeit sowie Arbeit in den bestehenden Strukturen der Kapitalismus immer sozialer werden beziehungsweise überwunden werden soll (Rechtsreformismus / Linksreformismus). Die sozialdemokratischen Parteien betrieben

bis Ende der 80er Jahre reformistische Politik.

**Scholastik** - die auf Aristoteles und den Kirchenvätern fußende und in den Schulen des Mittelalters ausgebaute theologisch-philosophische Lehrweise; unterscheidet bewußt zwischen Glaube und Wissen, sieht aber beides in gegenseitiger Zuordnung, da ihr Natur und Übernatur als einheitliches gestuftes Ganzes erscheinen

**Leo Trotzki** - russischer Revolutionär. 1917 neben Lenin der wichtigste Führer der Oktoberrevolution. Mitte der 20er Jahre wird er zum wichtigsten Gegner Stalins und der bürokratisch-diktatorischen Entartung der Sowjetunion. Trotzki kämpft für ArbeiterInnendemokratie und internationalen Sozialismus. Er wird 1929 aus der Sowjetunion ausgewiesen. 1938 gründet er mit seinen weltweiten UnterstützerInnen die Vierte Internationale, eine neue internationale ArbeiterInnenorganisation, die eine revolutionäre Alternative zum Reformismus der Sozialdemokratie und zum Stalinismus der Kommunistischen Parteien aufbauen will. 1940 wird Trotzki von einem Agenten Stalins in Mexiko ermordet.

**Zentrismus** - Politik, die zwischen Reformismus und Revolution schwankt. Leitet sich historisch ab vom sogenannten Zentrum in der SPD um Karl Kautsky, das zwischen RevolutionärInnen um Rosa Luxemburg und ReformistInnen um Eduard Bernstein stand.

## Was will die SAV ?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein.

Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung.

Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Es tut sich nichts, außer wir tun es!

**Mach mit bei der SAV!**

# SAV

**Sozialistische**  
**Alternative**

# Werde Mitglied der SAV

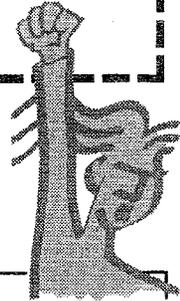
- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

\_\_\_\_\_  
Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:  
Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln

**Infotelefon (02 21) 13 45 04, Fax (02 21) 13 72 80**



**Abonniert VORAN!**

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- zusätzlich \_\_\_\_ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu \_\_ DM (ab 50 DM)

\_\_\_\_\_  
Name, Adresse, Telefon

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
(Adresse siehe oben)

# Der Kampf ist internatio- nal

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:

CWI, PO Box 3688, London E9  
5QX, GB, Tel.: 0044/181/533  
0201

Fax : 0044/181/985 0757

E-Mail: [inter@dircon.co.uk](mailto:inter@dircon.co.uk)

Internet: [http://www.dojo.ie/  
cwi/cwi/en](http://www.dojo.ie/cwi/cwi/en)







**Mai 1968:** In Frankreich springt der Funke der Studierendenbewegung auf die ArbeiterInnen und Arbeiter über. Es kommt zur größten Streikbewegung in der französischen Geschichte. 10 Millionen ArbeiterInnen legen die Arbeit nieder. Betriebe werden besetzt. Frauen, Männer, Jugendliche, RentnerInnen, AusländerInnen diskutieren in jenem Mai über eine vollkommen andere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und entwickeln Ideen, wie das Leben frei und solidarisch organisiert werden kann. Die alten Machthaber sehen ihr Ende nahen. Für einige Tage liegt die Macht auf der Straße...

**Claire Doyle**, die Autorin dieses Buches ist Mitglied der internationalen Führung des Komitee für eine Arbeiterinternationale. Sie hat Frankreich 1968 und viele Male später besucht. Ihr Buch ist eine lebendige Darstellung der Maiergebnisse und eine marxistische Analyse vom Aufstieg und Fall der revolutionären Bewegung.

10, - DM, 70 ÖS